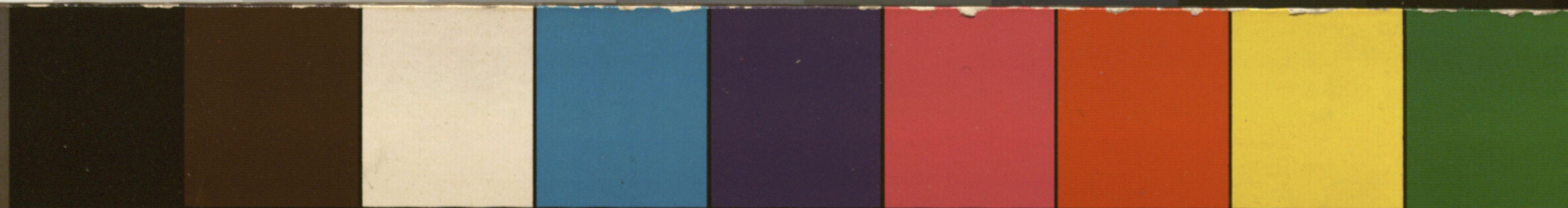
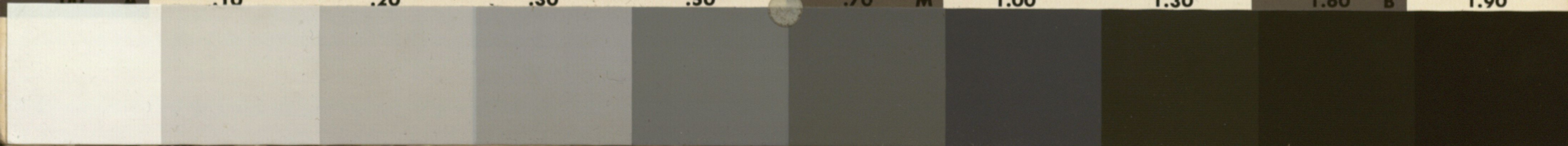


KODAK GRAY SCALE

C	Red-Filter Negative	Cyan Printer	M	Green-Filter Negative	Magenta Printer	Y	Blue-Filter Negative	Yellow Printer
----------	---------------------	--------------	----------	-----------------------	-----------------	----------	----------------------	----------------

00 A .10 .20 .30 .50 .70 M 1.00 1.30 1.60 B 1.90



black 3-color white cyan violet magenta primary red yellow green

KODAK COLOR CONTROL PATCHES

These colors have been selected as representative of the colors actually used in photomechanical reproduction.

<http://publikationsserver.tu-braunschweig.de/get/28460>

U. 5 4-1

Catharinenkirche. Den 26. Decbr., der
Herzogl. Braunsch. Cammerdirector au-
ßer Dienst Herr Gottfried Philipp von
Bül ow, 80 Jahr, 2 Monat, 27 Tage
alt, an Altersschwäche.

UB Braunschweig

84



1204-770-5

0541

Die hier gesammelte Bibliothek
 besteht aus, wie man sieht, aus
 verschiedenen Theilen. Die Zeitfolge
 ist unregelmäßig.

1. zur Erläuterung der Landgerichts-
 Ordnung &
2. Antwortung gegen die Aufseher-
 gerichte & (hier sehr viele eingekommen
 sind)
3. Mein Verbleiben zur Landgerichts- &
4. Erklärung des weltlichen Standes
 (Prof. Priesner)
5. Antwort auf die Schrift &



Zur Erläuterung
der
Landschaftsordnung
des
Herzogthums Braunschweig
von 1820.

Von

Gottfried Philipp von Bülow,

Herzoglichem Cammer-Director, Propst zu St. Lorenz bei Schö-
ningen und Commandeur des Königl. Hannoverschen
Guelfen-Ordens.

»Es ist Geisteschwäche und nicht Geistesstärke, ohne
Landstände mehr durch Befehl, als durch freiwillige
Ueberzeugung regieren zu wollen.«

Spittler, Götting. histor. Magaz. I. S. 81.

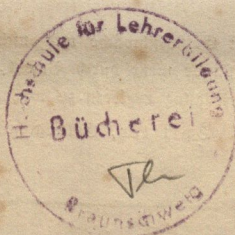
Braunschweig.
Verlag von Friedrich Vieweg.
1831.

Verfassung

BS [Land]

1820

— Doch den laßt nicht zu Euch herein,
Der Andern schadet, um Etwas zu seyn.
v. Göthe.



As41

V o r w o r t.

Die erneuerte Landschaftsordnung v. J. 1820 ist auf dem Wege der historischen Entwicklung zwischen Regierung und Ständen errichtet worden, mit der Absicht, die althergebrachte Verfassung des Vaterlandes dem Bedürfnisse der Zeit anzupassen. Sie hat den Grund gelegt, worauf eine Constitution im engern Wortsinne durch fortschreitende Ausbildung ausgeführt werden kann, ohne daß es dazu einer plötzlichen, revolutionären Umformung bedarf; indem sie den alten Landständen den Charakter von Repräsentanten des Landes allererst beigelegt und den Unterschied der Curien aufgehoben hat. Das Fortschreiten in der Verbesserung liegt in ihrem Zwecke.

In dieser Hinsicht habe ich zusammengestellt, was die Erfahrung aus der bisherigen Anwendung dieses Landesvertrages mich gelehrt, bemerkte Unvollständigkeiten des Gesetzes, Dunkelheiten seiner Fassung angedeutet, und nützliche Erläuterungen und Vergleichen mit den ältern Bestimmungen hinzugefügt. Das Ziel dieser kleinen Arbeit war, theils meinen Mitbürgern überhaupt, theils aber besonders den Mitgliedern der Landstände, welche zu dem bevorstehenden Landtage werden berufen werden, eine Uebersicht der Verfassung und ihrer Entwicklung aus der frühern Einrichtung in die Hände zu geben; möchte es erreicht seyn, meine Bemühung nützlich befunden werden!

Zum bequemern Gebrauche sind in den Anlagen die Landschaftsordnung und Auszüge des Landtags-Abschiedes vom 28^{ten} Juni 1702 und der Privilegien von 1770 beigelegt.

Im Februar 1831.

E i n l e i t u n g.

Der Ursprung der Braunschweigischen Landschaft ist in der altteutschen Verfassung zu suchen, und findet sich in den Versammlungen, die zuerst Märzfelder, später Maifelder¹⁾ nach der Zeit, in welcher sie gewöhnlich stattfanden, genannt wurden. Es ergiebt sich, daß die Fränkischen Könige schon gegen das Ende des siebenten Jahrhunderts die Provinzen ihres Reichs im Frühjahr durchreiseten, und bei solcher Gelegenheit in den verschiedenen Abtheilungen desselben die Kriegsmannschaften musterten, auch gewisse Abgaben erheben ließen. Die hierdurch veranlaßten Zusammenkünfte der Inhaber von Reichsdienstgütern und der freien Grundbesitzer wurden zu Berathungen der öffentlichen Angelegenheiten benutzt. Auch vereinigte der wechselnde Aufenthalt der Könige in den verschiedenen Reichspfalzen die Reichsdienstmannen der dazu gehörigen Landschaft in Hoftagen (*conventus in palatio*), wo denn gleichfalls Gegenstände der öffentlichen Verwaltung verhandelt wurden. Denn noch hatte sich das Recht der Zustimmung nicht ausgebildet, vielmehr galt es nur einer Berathung des Königs, und dieser entschied allein. Obwohl nachmals Carl der Große die Maifelder aus Provinzialversammlungen in einen allgemeinen

¹⁾ Die letztere Zeit wurde gewählt, weil der zu beschließende Selbstzug sodann gleich eröffnet werden konnte, und die gemusterte Mannschaft um so gewisser vereinigt zu halten war. Fredegar. chron. c. 120. 131.

Reichstag verwandelte, so blieben doch jene landschaftlichen Zusammenkünfte und die Hoftage im Gange, als Vereinigungen zur Verhandlung über Gegenstände, die bloß die einzelnen Herzogthümer, oder Landestheile betrafen.

Als unter Carl des Großen Nachfolgern die Zügel der Regierung erschlafften, sank zwar die Macht der Könige; jedoch hob sich in gleichem Verhältnisse die der großen Reichsbeamten, und die Provinzialversammlungen und Landesgemeinen setzten sich fort. Die kirchlichen und Familiensesse vereinigten die Dienst- und Lehnmänner des Fürsten zu einer Aufwartung an dessen Hoflager, wo sohan mit denselben, unter Zuziehung der weltlichen und kirchlichen Beamten des Landes, die Angelegenheiten des Fürstenthumes berathen wurden; Hoftage, Hofgespräche, colloquia curialia, placita. Daher schon frühzeitig die Urkunden des Fürsten der Einwilligung oder des Beirathes ihrer Mannen und Getreuen Erwähnung thun, und selbst auch die ältern Reichsgesetze vorschreiben und als hergebracht erfordern, daß die Gesetzgebung in den einzelnen Landen nur mit Zuziehung »der Bessern und Obern des Landes«, nur »mit der Landherren Rathe« von den Fürsten ausgeübt werden solle ²⁾. Den Optimaten des Landes, und denen, welche mit dem Fürsten in Dienst- oder Lehnverbindung standen, wurden später die Städte durch Abgeordnete ihrer Bürger beigesellt, und auf diese Weise die Landschaften, Landstände, begründet.

Dieser Hergang ist, mit geringen Abweichungen, in

²⁾ S. einen von Schultes Coburgscher Landesgeschichte 2c. S. 135 angeführten Reichsabschied v. J. 1231, und den Reichsabschied v. J. 1287, auch den Schwabenspiegel (edit. Senckenberg.) art. 43.

allen Reichslanden sich gleich, und besonders vereinigten die alten großen Nationalherzoge fast die ganze Regierungsgewalt in ihrer Person, so daß die Beziehungen der Unterthanen zum Reiche aufhörten, unmittelbar zu sein, und vom Könige auf diese Herzöge übergingen. Das Welfische Haus betrachtete seine Entsetzung vom Herzogthume Sachsen als eine ungerechte Gewaltthat, und nahm, auch nach Heinrichs des Löwen Tode, die herzoglichen Rechte ferner in Anspruch, wie es dieselben auch in den Landestheilen, welche in seinem Besitze verblieben waren, auszuüben fortfuhr; bis endlich der bekannte Vergleich zwischen Otto puer und Kaiser Friedrich II., dem Ersten, als Herzog von Braunschweig und Lüneburg, völlig gleiche Regierungsrechte in den ihm verbliebenen Landestheilen, wie sie andere Herzöge hatten, zusicherte und alle Dienstmannen im neuen Herzogthume an denselben verwies ³⁾.

Die erste urkundliche Spur einer im Herzogthume Braunschweig ausgebildeten Landschaft von Prälaten, Rittern und Städten schreibt sich vom Jahre 1355, jedoch keinesweges als einer neuen Einrichtung, sondern als eines bereits bestandenen, durch Privilegien, Handvesten und Briefen bestehenden Instituts. Damals nämlich errichtete Herzog Wilhelm von Lüneburg einen Erbvertrag, wodurch er den Prinzen Ludwig, Sohn Herzogs Magnus von Braunschweig, zu seinem Nachfolger bestimmte, und der Herzog Ludwig bestätigte für den Fall dieser Erbfolge die Verfassung und Rechte des Landes

³⁾ Der Lehnbrief, vom 21sten Aug. 1235, sowohl, als der Befehl an die Ministerialen vom letzten October 1235, finden sich abgedruckt in Rehtmeier's Chronik, S. 473—477.

den Landständen, genehmigte auch, daß künftig in seinem Rathe der Prälat zu St. Blasius in Braunschweig, sieben Ritter und zwei Rathleute aus Lüneburg, zwei verglichen aus Hannover und einer aus Uelzen seyn sollten ⁴⁾. Die damaligen Unterhandlungen wurden von einzelnen Mitgliedern der Prälatur, Ritterschaft und Städten, aber gemeinschaftlich und für das ganze Land geführt; so daß über den Charakter einer ständischen Verbindung kein Zweifel obwalten kann, in diesem Vorgange sogar der Gedanke eines landschaftlichen Ausschusses zuerst ins Leben getreten wahrzunehmen ist. Für den Braunschweig-Wolfenbüttelschen Theil der Herzoglichen Lande finden solche urkundliche Spuren sich erst aus späterer Zeit; es ist jedoch nicht zu bezweifeln, daß die Verfassung in allen Theilen des Herzogthums in dieser Beziehung ziemlich gleichen Schritts gegangen ist, obwohl die Verwickelungen, in welche der Ausgang des ältern Hauses Lüneburg das Lüneburgische Land gestürzt, die Ausbildung der Landschaft daselbst beschleunigt hat.

Unter den Fürsten des sogenannten mittlern Hauses Braunschweig ward viel zur Verbesserung der Verfassung geleistet, obwohl eigentliche Verfassungsgesetze in dieser Periode nicht ergangen sind. Denn damals wurden die Dycasterialverhältnisse begründet, auf welchen die folgenden Verbesserungen erbauet sind; damals ward vorzüglich der gutherrliche Druck gemildert, und dem guthspflichtigen Landmanne, der nun nicht ferner unter der Benennung „der armen Leute“ verstanden werden konnte, Recht ge-

⁴⁾ Origines Guelph. praef. T. IV. p. 21 seq. Jakobi, Landt. Absch. Th. 1. N^o 1. Vergl. Eichhorn, Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte III. S. 213. Note c.

geben und gesichert, wie gegen die Herren aller Stände, so gegen den Herzog selbst ⁵⁾. Und es ist merkwürdig, daß eben der Fürst, welcher am kräftigsten sein Herrscherrecht gehandhabt und zu befestigen gestrebt, auch zur Beendigung des verderblichen Bauernkrieges durch seine erfolgreiche Mitwirkung bei der Schlacht von Sangerhausen beigetragen, daß Heinrich der Jüngere den Grund zu diesem Allen gelegt hat, indem er mit seiner Polizeiordnung, obwohl dieselbe nicht ins Leben getreten, voranschritt, und zuerst die Ansichten aussprach, welche später den Salzthalenschen Landtagsabschied vom J. 1597 so wohlthätig für das Braunschweigische Land gemacht haben. Vielleicht mag eben die Bekämpfung der aufrührerischen Bauern den geistreichen Fürsten über die Lage des damals so bedrückten Landmanns Licht gegeben, ihn belehrt haben, daß er sein Land am wirksamsten gegen die Gräuel des Aufruhrs sichern würde, wenn er eines Jeden Rechtsverhältnisse mit Billigkeit bestimmte.

Die Verfassung erhielt ihre Ausbildung durch genauere Bezeichnung der ständischen Gerechtsame in der neuern und neuesten Zeit (im J. 1770 und 1820), wo die neue Landschaftsordnung sie derjenigen ähnlich formte, welche derselbe Regent, König Georg IV, in dem Königreiche Hannover bereits eingeführt hatte, und welche sich schon dieserhalb empfiehlt, da beide Staaten in einer so nahen Verbindung stehen, und immer einander gleichende gesetzliche Einrichtungen gehabt, auch gleichen Schritt in in ihrer Ausbildung gehalten haben.

⁵⁾ S. den Landt. Absch. von 1597, welcher durch langjährige Verhandlungen vorbereitet worden ist.

Titel I.

Von dem Wesen und den Bestandtheilen der Landschaft, den Eigenschaften und Wahlen ihrer Mitglieder.

§. 1.

Dieser Paragraph hebt jeden Unterschied der einzelnen Classen der Stände, der Prälatur, Ritterschaft und Städte, in Beziehung auf die Repräsentation des Landes auf dem Landtage, die alten drei ständischen Curien ausdrücklich auf, und legt ihnen sämmtlich und in gleichem Maaße das Recht bei, die Gesamtheit der Staatsbürger zu vertreten. Früher konnten die Stände als eine Verbindung besonders dazu Berechtigter betrachtet werden, welche durch solche Einigung für das Beste ihrer Glieder sorgte, das Wohl des Landes zwar, aber in Beziehung auf das eigene Interesse wahrnahm, und über die Nothwendigkeit einer Auflage sich aussprach, aber ohne die Steuer zu verwilligen, wozu es endlich an Vollmacht von Seiten der Pflichtigen gefehlt haben möchte, und bloß den Fall anerkennend, in welchem das Landesfürstliche Besteuerungsrecht Statt finden konnte ¹⁾. Daher traten vormals die bei landschaftlichen Verhandlungen erscheinenden Mitglieder der Ritterschaft zugleich im Na-

¹⁾ Eichhorn, D. Staats- und Rechtsgech. III. §. 424 flg.

men ihres Geschlechts, gleichsam als dessen Vertreter auf, oft Mehrere von einem Rittersitze; z. B. »Syvert von Rutenberg vor sich und aller von Rutenberg wegen« — »Ludwig und Turd Gebettern von Schwicheld, Erbmarschälke, von wegen Ihrer und aller Andern von Schwichelde etc.«²⁾ Es ist mit jener Veränderung der Uebergang von einer ständischen Verfassung zu einer repräsentativen, sogenannten constitutionellen Verfassung vorbereitet und ein Grund zu der letztern gelegt geworden.

Die gleichmäßige Heranziehung aller, auch der zuvor befreieten, Classen der Staatsbürger zu den Steuern, hat diese allgemeine Repräsentation noch mehr befestigt; denn obwohl das Recht, bei eigener Steuerfreiheit die Pflichtigen zu vertreten und über die Zulässigkeit einer Steuer zu stimmen, keinen Widerspruch einschließt; so kann doch nur da eine kräftige und Vertrauen erweckende Vertretung Statt finden, wo der Repräsentant eigene Rechte vertheidigt und die Folgen seiner Abstimmung selbst tragen muß.

§. 2.

Wenn vormals die Landschaft aus den drei Curien der Prälaten, Ritter und Städte bestand, so war diese Abtheilung keinesweges so scharf begrenzt, wie das hier durch die Bildung zweier Sectionen geschehen ist. Jene Curien konnten durch Uebereinkunft zu einer einzigen Versammlung und gemeinsamer Berathung nach Stimmenmehrheit sich vereinigen; eine Maßregel, welche

2) S. Unterschriften des bekannten Erbvertrages zwischen den Herzogen Heinrich dem Jüngern und Wilhelm, vom 16ten Nov. 1535, in Ribbentrops Landt. Abschiede I. S. 41.

jetzt nicht mehr zulässig ist, da beide Sectionen formal
 [geschieden sind, und ein Zusammentreten nur in vorberei-
 tenden Commissionen Statt finden soll (§. 67). Beides,
 die gemeinsame Berathung in einer Versammlung näm-
 lich, und die Trennung in zwei Sectionen, hat eine be-
 denkliche Seite. Nach der bisherigen Erfahrung hat die
 Ritterschaft die mehrsten, vom Einflusse des Hofes freien
 und unabhängigen Mitglieder gestellt, und es ist auch
 bei der gegenwärtigen Bildung der Landtage nicht zu
 erwarten, daß hierin sobald eine Aenderung eintreten
 wird. Der Ritter vertheidigt in den Rechten des Landes
 gleichsam eine Zubehörung seines, auf seine Nachkommen
 übergehenden Grundbesitzes, wo der städtische Deputirte
 gewöhnlich, wenigstens größtentheils, bei einem beweglichen
 Vermögen nur durch seinen Willen mit dem Staate ver-
 knüpft sich findet. Die Prälaten haben als solche bloß
 ein Lebtagsinteresse wahrzunehmen, und der kleinere
 Grundbesitzer bringt selten diejenige Ausbildung mit, die
 erfordert wird, ihn vom fremden Einflusse frei zu machen.
 Diese Rücksichten zeigen es also wünschenswerth, daß
 beide Sectionen vereinigt werden möchten, um der unab-
 hängigen Classe der Repräsentanten einen entscheidendern
 Einfluß zuzuwenden. Auf der andern Seite würde die-
 ser Einfluß, bei dem esprit de corps, welcher die Rit-
 terschaft leicht einnehmen möchte, in ein Uebergewicht
 auszuarten drohen, da die Zahl der Mitglieder der zwei-
 ten Section um so vieles geringer, wie die der stimm-
 fähigen Rittergüter ist, daß die Ueberstimmung der gan-
 zen (Plenar-) Versammlung durch die Ritterschaft in der
 Regel möglich wäre, also vorauszusetzen seyn mußte. Auch
 ist der Nutzen nicht zu übersehen, welcher aus einer zwie-
 fachen Erörterung von verschiedenen Versammlungen,

welche ihrer Verhältnisse wegen auch oft von verschiedenen Gesichtspunkten ausgehen werden, sich ergeben muß. Ein Vortheil für die Prüfung eines Gegenstandes, welcher von der Verhandlung in einer einzigen Versammlung, wenn gleich dieselbe aus eben so vielen, und selbst aus ebendenselben Mitgliedern, wie jene Beiden, gebildet seyn sollte, nie zu erwarten steht; weil jede Vereinigung ihren eignen Charakter anzunehmen und zu behaupten pflegt, oft ein einziges, beredtes oder gefürchtetes Mitglied Andere, mit gleicher oder mehrerer Kenntniß ausgerüstet, zurückscheucht, und die größere Zahl der Mitglieder nicht selten einer vollständigen Sachprüfung entgegenwirkt, indem sie Furcht vor widrigen Wiederholungen und Ungebuld erweckt ³⁾. Wollte man aber beide Sectionen in eine einzige Versammlung vereinen, um den Geschäftsgang zu erleichtern, und der Gefahr vorzubeugen, daß bei abweichenden Ansichten beider Sectionen, ein nützlicher Antrag hintertrieben, Verbesserungen leicht erschwert werden könnten; so scheint kein anderes Mittel anwendbar, als die Virilstimmen der Rittergüter aufzuheben, und den Besitzern derselben, gleich den Freisassen, nur das Recht zu lassen, nach Verhältniß aus ihrem Mittel Deputirte auf den Landtag zu schicken.

Die in diesem Paragraphen enthaltene Bestimmung, über die Berechtigung zur Theilnahme an den ständischen Rechten und Versammlungen, zeigt sich besonders zweckmäßig dadurch, daß sie die Frage, über das Stimmrecht des Landesfürsten von den mit dem Kammergute vereinigten ehemaligen Rittergütern, stillschweigend

³⁾ Vergl. Hoffmann, Garantien 2c. Th. I. Abth. 1. Cap. 4. (2te Aufl. I. S. 158 flg.)

10 Von dem Wesen u. d. Bestandtheilen der Landschaft,

verneint, auch die Repräsentation der fürstlichen Aemter und Gerichte, welche im Blankenburgischen bis zu 1806 im Gange war, und durch die herrschaftlichen Beamten besorgt, im Fürstenthume Wolfenbüttel aber zwar nicht ausgeübt ward, allein durch den Art. 64 der Privilegien von 1770 vorbehalten blieb, auf gleiche Weise ausschließt. Eine solche Theilnahme des Fürsten an den ständischen Berathungen verlegt den Begriff von der Stellung der Landstände zu dem Fürsten; und obwohl dieser, die Gesamtheit der Staatsbürger zu repräsentiren, das Recht und die Pflicht eben so gut wie Jene hat, so kann er dabei doch nur von einem verschiedenen Standpunkte ausgehen, es allein als Landesfürst thun.

Die Prälaten haben nach ihren jetzigen Verhältnissen ihren ursprünglichen Charakter, nach welchem sie als Grundbesitzer auftraten, gänzlich verloren, und müssen als berufen betrachtet werden, um dem Lehrstande die Theilnahme an landschaftlichen Verhandlungen offen zu erhalten, und Gelegenheit der Regierung zu gewähren, unterrichtete oder mit dem Vertrauen des Fürsten geehrte Männer den ständischen Versammlungen beordnen zu können.

Die Zulassung von Abgeordneten freier, wiewohl nicht zu den stimmfähigen Rittergütern gehörenden, Landgüter ist eine neue Anordnung, durch die Bildung der zweiten Section herbeigeführt, welche sonst aus einer zu geringen Anzahl bestanden und überall keine Landleute unter sich gezählt haben würde. Diese Einrichtung wird erst recht nützlich sich zeigen, wenn die Ablösungen der Dienst- und Meierverpflichtung (§. 6.) mehr erleichtert seyn, hiermit aber die Anzahl der Freigüter wird vermehrt werden. Nur dann wird es möglich seyn,

nicht nur eine größere Zahl solcher Deputirten des flachen Landes, sondern unter diesen vorzüglich geeigenschaftete Landleute einberufen zu sehen, indem sodann sich deren Mehrere zur Wahl einfinden können, wie gegenwärtig, und eine zweckmäßige Auswahl weniger schwierig sich zeigen wird, als gegenwärtig, wo einzelne Kreisämter nur wenige Freigüter enthalten.

§. 3.

Zu der Ritterschaft wurden sonst auch die sogenannten Beschloßten und Drostten, nämlich die Pfandinhaber herzoglicher Ämter, gerechnet; denn sie wurden völlig den Eigenthümern gleichgeachtet, und daher als freie Gutbesitzer des Ritterstandes behandelt und einberufen ⁴⁾. Sowie die Ämter und fürstlichen Häuser wieder einge-

⁴⁾ S. den vorgedachten Erbvertrag von 1535 in den Unterschriften. Diese »Beschloßten« scheinen eines Borranges gegnossen zu haben, wie sie in den Matrikeln auch unter einer besondern Rubrik vor der Ritterschaft zc. aufgeführt sich finden. Uebrigens hat es im Herzogthume nie den Unterschied von Grafen und Herren, als einer gesonderten Classe des Adels, gegeben, da die alten wirklichen, d. h. mit dem Grafenamte bekleideten und im Besitze einer Grafschaft sich befindenden Grafen bei Ausbildung der ständischen Verfassung längst ausgegangen waren, die Herren von Bartenleben und Warberg aber, obwohl sie sonst eine solche Auszeichnung wohl hätten in Anspruch nehmen können, der Anzahl nach zu gering gewesen seyn werden, um eine eigne Curie zu bilden. In den Wiffmannschen Annalen findet sich jedoch bei ao. 1505 folgendes bemerkt: »Ist vermöge Fürstl. Reversalen festgesetzt, den Freiherrl. Stand mit Warberg in diesem Fürstenthume, als eine besondere Pterde desselben zu conserviren.«

12 Von dem Wesen u. d. Bestandtheilen der Landschaft,

löset wurden, fiel dieses hinweg; ein Zeichen, daß man vormals das Stimmrecht nicht als ein auf den Gütern haftendes dingliches, sondern als ein Standesrecht, unter Voraussetzung freien Gutsbesitzes, angesehen hat.

Zu dem Verzeichnisse der stimmfähigen Rittergüter folgen hier einige Bemerkungen, besonders die vormaligen Besitzer derselben betreffend.

Alrode, ist von der Gemeinde daselbst gekauft, und fällt jetzt, als zerstückelt, hinweg.

Altена, gehörte im 16ten und 17ten Jahrhunderte den von Bülow auf Debisfelde, von denen es durch Kauf an die von Spiegel gekommen ist.

Ampleben, befand sich lange im Besitze der Stadt Braunschweig, und ward zu Anfange des 18ten Jahrhunderts den von Bötticher als ein Kunkellehen vom Herzoge eingegeben.

Astfelde, ist von den von Schack auf die Cleve gekommen.

Barum, vormals eine Besitzung der von Schwichelde, dann der von Brabeck, ist durch Heirath an einen Grafen von Stollberg gelangt.

Buchhagen, ist erst gegen Ende des vorigen Jahrhunderts ritterfrei und mit Sitz auf den Landtagen versehen worden; gehört den von Hacke.

Benzingerode, beide Güter daselbst, früher der ausgegangenen Familie von Kisleben gehörig, haben in neuerer Zeit ihre Besitzer vielfältig gewechselt.

Bisperode, eine alte Besitzung der ausgestorbenen Familie von Werder, welche in der letzten Hälfte des 17ten Jahrhunderts den von Metternich wiederum zu Lehen gegeben worden ist.

Bodenburg, ist eine uralte Besitzung der von

Steinberg, welche es bereits im 11ten Jahrhunderte gehabt und seitdem ununterbrochen behalten haben.

Braunschweigische Rüchenhof, ein altes Eigenthum der von Beltheim.

Brunkenfen, vormals den von Brißberg gehörend, welche es im 15ten Jahrhunderte von den von Rauschenplat erworben gehabt, ist im vorigen Jahrhunderte durch Heirath an die von Görz gekommen, die zugleich den Namen jener erloschenen Familie dem ihrigen beigefügt haben.

Brunzrode, war eine Zeitlang als eingezogenes Lehn ein Fürstliches Schloß, und kam später an die Cappaun von Zwickau, sodann aber (ao. 1634) an die von Bülow.

Burgdorf, früher ein Theil der Herrschaft Assel, ist im 16ten Jahrhunderte an die von Kniestedt zu Lehn gegeben worden.

Büstedt, vormals Theil der Herrschaft Debitzfelde, und mit dieser den von Bülow zuständig, kam im 17ten Jahrhunderte kaufweise an die von Spiegel, von diesen aber an Osterloh, sodann Berghauer, von Bibow, und endlich an von Plessen.

Cattenstedt, seit dem 17ten Jahrhunderte als Lehn der von Kropffschen Familie eingegeben.

Deensen, ein alter Lehnbesitz der von Campe.

Klein-Denkte, früher ein rittersfreier Schäfereihof, ist erst in der neuesten Zeit zu einem stimmfähigen Rittergute erhoben worden, nachdem der Besitzer, von Bötticher, das vormals Mynsingersche Gut in Helmstedt vereinzelt, und die Uebertragung der hierauf hastenden Stimme auf das Letzte bewirkt hat.

Destedt, eine alte Besizung der von Beltheim,

14 Von dem Wesen u. d. Bestandtheilen der Landschaft,

welche schon im 12ten Jahrhunderte als dessen Lehnshaber aufgeführt werden.

Dettum, erst in neuerer Zeit im Besitze der von Völker zu einem Rittergute erhoben, ist von diesen kaufweise an Mund, und darauf an den jetzigen Eigenthümer, Franz, gekommen.

Düsterthal, als Pertinenz des im Hildesheimischen belegenen Gutes Wispenstein, seit langen Jahren den von Steinberg gehörig.

Duttenstedt, befindet sich seit langer Zeit (schon im 12ten Jahrhunderte) im Lehnbesitze der jetzt gräflichen Familie von Oberg.

Engerode, sonst eine Besizung der ausgestorbenen Familie von Bortfeld, kam zuerst an die von dem Bussche, hierauf an die von Brabeck, und sodann durch Heirath an den Grafen von Stollberg.

Esbeck, seit dem 15ten Jahrhunderte den von Hoym lehnweise gehörig.

Gittelde, fällt jetzt aus, als vereinzelt.

Glentorf, eine alte Lehnbesizung der Familie von Beltheim.

Halchter, hat sehr oft den Eigenthümer gewechselt, gehört jetzt an von Kalm.

Hedwigsburg, war geraume Zeit im Besitze des Herzogl. Hauses als Schatullgut, und im J. 1769 an von Münchhausen verkauft, ist auf gleiche Weise an den zeitigen Eigenthümer Graberg gekommen.

Hehlen, früher den von Frenke, nach deren Aussterben im 16ten Jahrhunderte den, nachmals in Grafenstand erhobenen, von der Schulenburg zu Lehen ertheilt.

Herrhausen, ist zu Ende des dreißigjährigen

Krieges von einem Obersten Koch, Schwiegersohn des Kanzlers Johann Schwarzkopf, als Lehn erworben, welcher davon seit dem Jahre 1675 den Beinamen von Herrhausen beigelegt erhalten hat.

Hilprechtshausen, früher der Familie von Rauschenplat zuständig, kam hierauf an die Stopeler, dann an Hanstedt, endlich im 17ten Jahrhunderte an einen Dr. Brüningk, von dessen Nachkommen es durch Heirath an von Waldensels gekommen ist.

Ildehausen und Kirchberg, dem natürlichen Sohne Herzogs Heinrich des Jüngern, welcher den Namen von Kirchberg angenommen hatte, eingegeben, kamen nach dem Absterben der Nachkommen desselben, als ein Pfandlehn an Dr. Daniel von Campen.

Kirchbraak, eine alte Lehnbesitzung der von Grone, welche beide Güter dieses Dorfs, durch Ankauf des Niederhofs von den von Hacke, wieder vereinigt haben.

Königslutter, Oberhof, vormals im Besitz der von der Streithorst, ist mit Rottorf verbunden an die von Schwarzkoppen gekommen.

Königslutter, Unterhof, ist vereinzelt.

Kübblingen, vormals den von der Streithorst, dann dem von Schliestedt gehörig, ist an die von Bülow durch Heirath gekommen.

Lauingen, früher den von Schenk gehörig, zu Anfang des vorigen Jahrhunderts von den Müller angekauft, welche es noch unter den Namen von Lauingen besitzen.

Lesse, erst im J. 1672 zu einem Rittergute erhoben, gehört seitdem den von Gramm.

Linden, 1. früher ein herzogliches Haus, dann den von Bechelbe, hiernächst den von Münchhausen zu-

16 Von dem Wesen u. d. Bestandtheilen der Landschaft,

ständig, ist um die Mitte des vorigen Jahrhunderts an die Müller von Lauingensche Familie gekommen.

Linden, 2. ist, nach östern Wechsel der Besitzer, seit geraumer Zeit Eigenthum der von Bötticher.

Lutter am Barenberg mit Rohde, früher den Gans, dann den von Schack, hierauf einem von Drake zuständig, ist von diesem an Kettberg, jetzt dessen Erben gekommen.

Meinbrexen, im 16ten Jahrhunderte von den von Münchhausen erworben, blieb bei dieser Familie bis, um das Ende des folgenden, ein Oberamtmann, Johann Michelmann zu Forst, es an sich brachte und seinen Nachkommen von Mannsberg hinterließ.

Meindorf, vormals eine Besizung der von der Asseburg, ist im Anfange des 17ten Jahrhunderts von den von Löhneysen erworben worden.

Mienhagen, früher den von Bortfeld zustehend, kam nach deren Aussterben an die von Brabeck, und darauf durch Heirath an den Grafen von Stollberg.

Niedern-Sicke, in neuerer Zeit zu einem Rittergute gebildet, gehörte bis 1760 den von Ludecke, wo es durch Heirath an die von Hohnrodt, und später an die von Thielau gekommen ist. Jetzt gehört es den von Beltheim.

Nord-Steimcke, gehörte im 16ten Jahrhunderte den von Mahrenholz, welche damals Bardorf pfandweise und mehrere Güter in der dortigen Gegend besaßen, und kam im 17ten Jahrhunderte an die von Knesbeck, worauf es Ernst käuflich erworben hat.

Nelber, am weißen Wege, enthielt sonst vier Ritterfidei, deren zwei den von Bortfeld, zwei aber den von Gramm gehörten, bis nach dem Erlöschen der ersten, die letztere Familie sie sämmtlich vereinigte.

den Eigenschaften und Wahlen ihrer Mitglieder. 17

Kemmlingen, ist bereits in der ersten Hälfte des 17ten Jahrhunderts Eigenthum der von Löhneysen gewesen.

Kiddagshausen, ein erst in neuerer Zeit gebildetes Rittergut, welches dem Kanzler, Propst von Wendhausen, seine Entstehung verdankt, später den Besitzer vielfältig gewechselt hat, und jetzt Franz gehört.

Kimmerode, ebenfalls durch Propst von Wendhausen zu einem Rittergute gebildet, dann nach öfterm Besitzwechsel an Graberg gekommen.

Kottorf, vormalß der ausgegangenen Familie von Sambleben gehörend, darauf an die von der Streithorst, endlich an die durch den Kanzler, Dr. Johann Schwarzkopf, gestiftete Familie von Schwarzkoppen zu Lehn gegeben.

Sambleben, Stammgut der davon benannten, gegen Ende des 16ten Jahrhunderts erloschenen Familie, bald darauf von den von Gramm erworben.

Schepkau, hat in der Vorzeit den Eigenthümer oft verändert, und ist aus dem Concurse eines von Bülker kaufweise an die Cleve gekommen.

Groß-Sisbeck, ehemals eine Zubehörung der großen Besitzung der von Bartenleben, kam von diesen an die Conring und von Bohlen, sodann kaufweise an die von Strombeck.

Schliestedt, früher den von der Streithorst zuständig, kam kaufweise an den Geheimenrath Schrader, welcher darauf den Namen von Schliestedt annahm, und hiernächst durch Heirath an die von Bülow.

Schöningen, Kanzlerhof, früher den Steinbrinck gehörig, und der Schulhof, eine vormalige Besitzung der Familie von Wenden, sind nach mehrerm Wechsel

18 Von dem Wesen u. d. Bestandtheilen der Landschaft,

durch Markwort vereinigt worden, und weiter durch Heirath auf den jetzigen Besitzer, Harbort, gekommen.

Seesen, ehemals den von Wallmoden gehörig, jetzt Eigenthum von Reinecke.

Stadt=Oldendorf, alte Besizung der von Campe.

Thiede, früher den Nappe zustehend, dann Breymann, jetzt Schwannecke.

Thune, sonst den von Meibom, dann dem Freiherrn von Riedesel zu Eisenbach, später den von Gebhardi, gegenwärtig Claus gehörig.

Timmenrode, den Walter zuständig.

Groß=Twülpstedt, hat zugleich mit Groß=Siebeck, vormals von Bartensleben, darauf Conring und von Bohlen gehört, und ist von von Strombeck erworben.

Groß=Bahlberg, gehörte um die Mitte des 17ten Jahrhunderts noch den von Hohn, worauf es an die von Weserling, sodann an von Münchhausen gekommen ist.

Klein=Bahlberg, vom Kanzler Schwarzkopf zusammengebracht und als Rittergut auf seine Nachkommen, von Schwarzkoppen, vererbt.

Weltheim an der Dhe, mehrere Jahrhunderte hindurch von den von Hohnrodt besessen, ist es nach deren Absterben den von Thielau wieder zu Lehen gegeben.

Volkersheim, Oberhof und Unterhof, eine alte Besizung der von Gramm.

Wahum, gehörte vormals den von Weserling, dann den von Münchhausen, hiernächst kam es an Hecht, und gehört jetzt Diedrichs.

Wendessen, früher zu einem herzoglichen Schatzgute zusammengebracht, dann an von Köhler ver-

kauft, ist es später an Müller von Lauingen gekommen. Westerbraak, eine alte Besizung der von Grone. Windhausen, gehörte sonst den von Oldershausen, dann den Ingemann, von welchen es, gleichwie Herrhausen, an den Obersten Koch von Herrhausen gekommen ist.

Wolperode, früher den von Rauschenplat gehörend, hat dieses Gut gleiche Schicksale mit Hilprechtshausen gehabt. (S. oben.)

§. 4.

Da die Prälaten gegenwärtig durch den Art. 27. des Landtagsabschiedes von 1823 eine solche Stellung erhalten haben, daß sie mit dem Grundbesitze der, ihnen den Titel gewährenden Stiftungen fast in keinem Verhältnisse sich befinden, das Stimmrecht auf den Landtagen und die Eigenschaft eines Landstandes überhaupt das Wesentliche ihres Amtes ausmacht; so scheint es für diesen Zweck gleichgültig, ob und wie über die Herstellung der Stifter St. Blasii und St. Cyriaci der ausgesetzte landesfürstliche Entschluß erfolgt. (Art. 30. des Landtagsabschiedes v. 1823.)

§. 5.

Früher stellten die Städte, wie noch jetzt im Königreiche Hannover, ohne Rücksicht auf ihre Bevölkerung, nur eine jede einen Deputirten, und Wolfenbüttel, als auf herzoglichem Grunde gebauet und gleichsam als Vorburg des Landesfürstlichen Residenzschlosses angesehen, hatte keine Stimme auf dem Landtage. Es entsprach dieses dem ursprünglichen Grunde des Landstandrechts, (s. oben zum §. 1.) und es liegt der jetzigen Einrich-

tung der neue Gedanke einer Vertretung einzelner Classen der Staatsbürger, oder vielmehr deren Gesammtheit durch eine entsprechende Anzahl von Mitgliedern aus den einzelnen Classen derselben, zum Grunde. Deßhalb ist für die bevölkerteren Städte die Zahl der Deputirten vermehrt worden. Zu bedauern ist, daß die Steuerverfassung der Städte nicht bei ihnen sämmtlich übereinstimmt, indem Braunschweig und Wolfenbüttel überall keine Contribution entrichten, vielmehr sich dafür durch die städtische Accise lösen, wogegen die übrigen Städte unter dem Namen der Contribution eine Abgabe entrichten, welche nach einem hergebrachten Veranlagungsfuße, und übrigens nach der Anzahl der fürs Ganze ausgeschriebenen Contributionssimplen aufgebracht wird. Die Verschiedenheit in der Besteuerung begründet ein abweichendes Interesse in Steuersachen, was bei dahin einschlagenden Erörterungen nachtheilige Folgen hervorbringen kann; zumal jenen beiden Städten aus der Anwesenheit oder Nähe der Hofhaltung ein Vorzug erwächst, welcher zwar eine mehrere Heranziehung zu den Lasten des Staats rechtfertigen kann, immer aber einen Unterschied begründet, wodurch eine Sonderung veranlaßt werden möchte.

§. 6.

Die hier gemachte Bezeichnung der, zur mittelbaren Theilnahme an den Landschaftlichen Versammlungen berechtigten, Grundbesitzungen läßt eine genauere Bestimmung oder Ergänzung wünschen. Sollten nämlich, wie das Gesetz hier sagt, „für den Stand der nicht zur Ritterschaft gehörigen Grundbesitzer“ Deputirte zugezogen werden, so ergiebt es sich als ungenügend und selbst unzweckmäßig, diese Deputirte bloß von und aus denjenigen

Grundbesitzern wählen zu lassen, welche bis dahin den Namen der Schrift- und Freisassen geführt haben. Die Schriftsässigkeit, welche sich bloß auf das forum privilegiatum bezog, in der Befreiung von der Gerichtsbarkeit der Aemter und Gerichte bestand, ward oft aus persönlichen Rücksichten und ohne den Umfang der bevorzugten Grundbesitzung zu erwägen, z. B. für einzelne Häuser, ertheilt. Freisassen wurden aber ursprünglich nur diejenigen Grundbesitzer genannt, welche, wiewohl bäuerlichen Standes, sich frei von einem voigteilichen Schutze und von jedem Verhältnisse einer Privatdienstsbarkeit erhalten hatten ⁵⁾; ein Rest der alten freien Eigenthümer, welche zu wenig besaßen hatten, um ein rittermäßiges Leben, *vitam militarem*, zu führen, und hierdurch in den Stand des niedern Adels einzutreten. Diese Begriffe haben fortwährend jener Bezeichnung einer gewissen Classe von Grundbesitzungen untergelegen, und müssen jetzt, wo ohnehin eine Schriftsässigkeit nicht mehr Statt findet, also keine Vorrechte mehr begründen kann, bei der beschränkenden Anwendung dieses Paragraphen zu Inconvenienzen führen, die schon fühlbar geworden sind. Daher wird es nothwendig, den im zweiten Abschnitte desselben gegebenen Charakter der hieher zu rechnenden Güter: daß sie »in ihren Hauptbestandtheilen keiner Dienst- oder Meierverpflichtung unterworfen seyn« dürfen, als alleiniges Erforderniß und Grund der Berechtigung anzunehmen. Denn, nachdem der befreiete Gerichtsstand aufgehoben ist, eine Exemption in Beziehung auf die gewöhnlichen Grundsteuern auch hinwegfällt, ist ferner keine Veranlassung

⁵⁾ Eichhorn, D. Staats- und Rechtsgesch. II. Hüllmann, Ursprung der Stände 2c. §. 38.

vorhanden, daß Recht der Wahl zu den hier gedachten Deputirtenstellen, nicht allen Landgütern ohne Unterschied ihrer vormaligen Eigenschaften zugestehen zu wollen, sobald sie nur zu einem wirklichen dienstfreien Eigenthume besessen werden. Alle ländlichen Gehöfte, mit Einschluß der Bauerngüter, müssen also den Berechtigten beigezählt werden, wenn sie vom Herrendienste frei sind, oder so wie sie davon befreiet werden, und wenn sie nur nicht als Erbpacht- oder Meiergüter zu betrachten sind, weil diese nicht als Eigenthum des Inhabers angenommen werden können. Lehns-, Erbenzins- und bloße Zinspflicht schließt dagegen nicht aus, und wenn die Dienst- und die Meierverpflichtung in einen Zinsnerus verwandelt, also auf diese Weise abgelöst wird, so tritt das Gut in die Reihe der Berechtigten. Bei einer solchen Auslegung wird bald nicht mehr zu beklagen seyn, daß, wegen geringer Anzahl der berechtigten Güter in einem Kreisamte, die Wahl des Deputirten auf ein dazu wenig geeignetes Individuum fallen muß; daß die Besitzer der vorhandenen Güter den Aufwand nicht zu tragen vermögen, welcher mit der Theilnahme an den landschaftlichen Versammlungen verbunden ist; endlich, daß die vom Gesetze bezweckte Anzahl der Abgeordneten zur zweiten Section nicht zusammenzubringen steht, weil in einzelnen Kreisämtern nicht die erforderliche Anzahl von Gütern angetroffen wird, oder gar überall keine vorzufinden sind. (§. 12.)

Der letzte Abschnitt des Paragraphen enthält dieselbe Bestimmung für die hier gedachten Güter, welche oben (§. 3.) für die Rittergüter gemacht ist, und gründet das Wahlrecht und die Wahlfähigkeit auf den zeitigen Bestand des Gutes. Bei der zwischen beiden Classen der

Landgüter beibehaltenen Verschiedenheit, stehen einer solchen Anordnung bedeutende Zweifel entgegen. Indem ein Rittergut zu einer Virilstimme seinen Besitzer berechtigt, wird vorausgesetzt, daß es zu dessen standesmäßiger Unterhaltung hinreiche, denselben in den Stand setze, eine gewisse Unabhängigkeit zu behaupten, um sich auf den Landtagen u. s. w. zu unterhalten. Anders findet sich das Sachverhältniß bei den Gütern, von denen hier gehandelt wird. Die Deputirten derselben werden angesehen, als aus der Classe derjenigen Grundbesitzer, »welche nicht zur Ritterschaft gehören«, hervorgehend, und vertreten also selbst die kleinsten Grundeigenthümer des platten Landes; sie bedürfen daher eines größern Lebensaufwandes nicht, und sollten Einzelne die Kosten, um den Landtag zu besuchen, nicht wohl tragen können, so mag sie dieses, sofern ihre Wähler sie dazu nicht unterstützen wollen (§. 78.), als unwählbar darstellen, nicht aber als unwahlfähig. Auch ist der Umfang dieser Güter schon jetzt so verschieden, giebt es unter ihnen bereits gegenwärtig einige von so geringem Ertrage, daß der Grund jener Bestimmung hinwegfällt. Erwägt man nun, wie nachtheilig für den gemeinen Verkehr und das öffentliche Wohl, selbst für das Interesse der Inhaber, die Unveräußerlichkeit von Grundstücken ist; so wird die erwähnte Anordnung einer Abänderung bedürftig befunden werden. Es liegt schon in dem Begriffe eines in einem Gehöfte bestehenden Landguts, daß bei dem Hofe immer ein angemessener Bestand gelassen werden wird, will der Eigenthümer nicht die, durch eine zu weit erstreckte Vereinzelung unzweckmäßig werdenden Hofgebäude im Werthe herabsenken; und daher möchte die ganze Bestimmung sich so überflüssig zeigen, als sie nachtheilig ist. Sollte man

künftig die Grundsätze von der Pertinenzqualität der Bauerngüter einer, gewiß zeitgemäßen, Sichtung unterwerfen und, durch Bestimmung eines Minimum für jede Classe solcher Besitzungen, zwar der Zersplitterung des Grundbesitzes ferner entgegenwirken, aber das Grundeigenthum doch in den Verkehr bringen; so würde es nützlich sein, auch für die stimmfähigen Güter ein Minimum festzusetzen.

§. 7.

Die Bestimmung dieses Paragraphen ist insoweit bedenklich, als sie die Aufnahme eines Mitgliedes von Zustimmung der Section, in welche es aufgenommen werden soll, abhängig macht. Tritt nämlich ein solches Mitglied aus dem Verhältnisse eines Freisassen in die Ritterschaft, so müßte wohl auch die 2te Section gehört werden, zu welcher es bedingungsweise bis dahin gehört hat, und immer ist es Aenderung der Verfassung, wenn die durch diese Ordnung, obwohl nur relativ bestimmte, Anzahl der Mitglieder vermehrt werden soll, worüber beide Sectionen gehört werden müßten. Auch besteht ja die Regel, daß nur aus der einstimmigen Erklärung beider Sectionen ein Landschaftlicher Beschluß hervorgehen kann (§. 66. flg.); zu einer Ausnahme von dieser Regel möchte ein zureichender Grund hier fehlen.

§. 8.

Eingeleitete Untersuchungen, oder bereits erkannte Strafen sollen unfähig machen, auf dem Landtage zu erscheinen, wenn jene ein Verbrechen zum Gegenstande, diese eine Geld- oder simple Gefängnißstrafe überstiegen haben. Bei dem nicht genauen Begriffe eines Verbre-

chens wird hier eine Untersuchung wegen einer solchen gesetzwidrigen Handlung angenommen werden müssen, welche an sich und ohne Rücksicht auf, bei dem Erkenntnisse zu würdigende, Modificationen der That eine härtere Strafe, wie die hier erwähnte, zur Folge haben würde. Daß übrigens die Untersuchung nur eine vorübergehende Unfähigkeit bewirkt, eine definitive Ausschließung aber bloß der richterlichen Entscheidung folgen kann, geht aus der Natur der Sache hervor. Ob bei der, durch ein Strafkenntniß bewirkten, Unfähigkeit einer erblichen Landtschaft, die Ausübung der Letzten während der Lebensdauer des Inhabers der berechtigten Besizung ruhen, oder aber auf dessen muthmaßlichen Erbfolger übergehen soll? bedarf einer Bestimmung. Denn, wenn gleich das Erste anzunehmen zu seyn scheint, so kann es doch nützlich befunden werden, einer Verminderung der Stimmen auf dem Landtage entgegen zu treten; wie denn unstreitig in dieser Absicht die Vormünder und Curatoren zur Stimmführung berufen sind, und es nachgelassen ist, bei Behinderungen die Stimme einem Mitstande oder seinem Sohne, oder substituirtten Nachfolger zu übertragen. (§. 10.)

§ 9.

Obwohl es hier ausgesprochen ist, daß der Besizer mehrerer Rittergüter nur zu Einer Stimme berechtigt ist, so folgt, daß Niemand sein 2tes Rittergut einem Andern zum Scheine abtreten könne, um denselben zur Stimmführung und den übrigen Rechten der Landschaft zu befähigen. Freilich würde dergleichen auch nicht geschehen dürfen, und aus andern Gründen unwirksam seyn, indem eine jede Simulation zur Umgehung der Gesetze verboten und ungültig ist, und nur der wirkliche Eigenthümer,

oder dessen gesetzlicher Vertreter, oder Bevollmächtigter für geeigenschaftet angesehen werden kann. (§. 3.)

Wenn der, im zweiten Abschnitte des Paragraphen vorausgesetzte Fall eintritt, daß Jemand zugleich zur Theilnahme an beiden Sectionen berechtigt, und genöthigt ist, zu derjenigen sich zu halten, zu welcher Amt oder Wahl ihn berufen hat; so wird seine, für die Stimmführung in der andern Section ertheilte, Vollmacht nicht allein auf die Dauer des Landtages, sondern auf alle Verhandlungen in dem Zeitraume bis zum nächstfolgenden Landtage bezogen werden müssen, weil der §. 34. diesen Grundsatz zwar nur in Beziehung auf etwa vorfallende Wahlen ausspricht, aber doch annimmt, daß die Sectionen in ihrer Zusammensetzung bestehen bleiben, bis ein folgender Landtag zu einer andern Bildung Veranlassung giebt, und es unzulässig erscheint, daß die Section zu einem Zwecke anders zusammengesetzt werde, wie zum andern. Wollte man diese Erklärung nicht annehmen, so könnte eine vollständige Versammlung von den Ausschüssen in der Zeit zwischen den Landtagen weder berufen werden, noch zusammentreten, weil ein jedes Mitglied doch nur in Einer Qualität dabei auftreten könnte. (S. auch unten, zu §. 42 und 43.) Dasselbe muß auch bei dem Rittergutsbesitzer gelten, welcher, als Inhaber eines Freiguts, zum Deputirten der zweiten Section gewählt worden ist, und mit Annahme dieser Wahl sich der Befugniß begiebt, für den Zeitraum bis zu dem auf den nächstbevorstehenden folgenden Landtag, an der ersten Section irgend weiter Theil zu nehmen, als durch die zur Stimmführung ertheilte Vollmacht für solche Zeit geschehen ist. So lange schläft also die selbstständige Stimmführung von seinem Rittergute, und er ist nicht berechtigt, früher

aus der zweiten Section zurückzutreten und wieder zur ersten sich zu halten. Ob ein Gleiches aber von der passiven Wahlfähigkeit gesagt werden kann, ob der Rittergutsbesitzer während dieses Zeitraums nicht zum Mitgliede des größern oder engern Ausschusses für die erste Section werde gewählt werden dürfe, wird weiter unten beim §. 34. zu prüfen seyn. Vom Prälaten, welcher vermöge seiner Stelle der zweiten Section angehört, und dem städtischen Deputirten, welche zugleich Rittergüter besitzen, gelten dieselben Grundsätze.

§. 10.

Die hier gemachten Bestimmungen über die Vertretung eines gesetzlich behinderten Landstandes gehen von dem Gesichtspunkte aus, die Stimmführung so viel möglich auf Personen eines gleichen Standesverhältnisses zu beschränken. Darum soll die Stimme von einem Rittergute nur einem Rittergutsbesitzer durch Vollmacht ertheilt werden können, also Fremde ausgeschlossen bleiben; auch die Stimme während eines Concurse ruhen, also nicht vom Curator der Masse geführt werden dürfen. Indem jedoch der Vormund des Minderjährigen unbedingt zugelassen wird, mithin auch ein dazu bestellter Geschäftsmann, der dem Stande und der Familie des Gutsbesitzers fremd ist, beim Landtage in diesem Falle auftreten kann; so ist das Gesetz entweder hier, oder dort nicht folgerecht.

Die Vertretung des Haussohns durch den Vater wird hier nur der Vollständigkeit wegen aufgeführt, ohne die Absicht, von den Bestimmungen des gemeinen Rechts abzuweichen. Also findet sie nur in der Regel Statt, nicht aber, wenn der Haussohn volljährig und im Besitze eines

Ritterguts ist, was ihm als *peculium castrense et quasi castrense*, oder als *adventitium extraordinarium* zusteht, und im letztern Falle ausdrücklich unter der Bedingung zugekommen ist, daß der Vater daran einiges Recht nicht haben soll. Hier muß der Besitzer als in Beziehung auf sein Rittergut selbstständig (*sui iuris*) angesehen und zur Stimmführung gelassen werden.

Daß die Bestimmungen des Paragraphen, obwohl er nur der Rittergutsbesitzer erwähnt, auch auf die Inhaber der Freigüter wenigstens analogisch angewendet werden müssen, kann nicht bezweifelt werden.

Die Vollmachten zur Stimmführung übertragen die Letztere unbedingt, und schließen jede Art von Instruction aus. Sonst würde nämlich derjenige, welcher zu beiden Sectionen berufen ist, gegen die Vorschrift des Gesetzes (§. 9.), der Wirkung nach in Beiden zugleich auftreten, auch ginge sodann für die durch einen Bevollmächtigten geführte Stimme der gesetzlich bezweckte Vortheil einer gemeinsamen Berathung verloren. Der Bevollmächtigte muß vielmehr ganz in die Stelle seines Gewaltgebers treten, und, wie dieser, dem §. 46. gemäß, »allein seiner auf sorgfältige Prüfung gegründeten eigenen Ueberzeugung und seinem Gewissen zu folgen« beaufugt bleiben, und die collegialische Erörterung der Gegenstände auch ihm gestattet seyn und ihn bestimmen dürfen. (Vergleiche übrigens §. 42 und 43.)

§. 11.

Dieser Paragraph bestimmt für die Wählbarkeit der städtischen Deputirten von Braunschweig, Wolfenbüttel und Helmstedt zum Landtage andre Erfordernisse, als für die der ordentlichen Stadtdeputirten in der Verord-

nung über die Polizei- und Gemeindeverwaltung vom 26. März 1823. §. 8. verlangt werden. Denn, wenn diese aus den Bürgern aller Classen gewählt werden können, so wird dort die Wahlfähigkeit auf gewisse Gewerbetreibende und auf Künstler und Rentierer, unter Voraussetzung eines Grundbesitzes, beschränkt, also die ganze Classe der Gelehrten mit Einschluß der Geschäftsleute davon hier ausgeschlossen. Freilich sind diese gewöhnlich nicht die bemittelteren und über die reinstädtischen Verhältnisse selten durch eigne Erfahrung belehrt; auch wird die Prälatur, wie oben bemerkt worden, denselben zur Theilnahme an der Repräsentation den Weg eröffnen. Es ist mithin für diese Classe der Staatsbürger einigermaßen auf andere Weise gesorgt, und so scheint hier der Gerechtigkeit Raum gegeben, vermöge deren die Theilnahme an der städtischen Repräsentation nach dem Verhältnisse sich bestimmen soll, in welchem der Bürger zu den öffentlichen Lasten beiträgt.

Ob der hier zur passiven Wahlfähigkeit erforderliche Grundbesitz im Allgemeinen zu verstehen ist, oder auf ein in dem Weichbilde der Stadt belegenes Grundstück bezogen werden muß, ist nicht bestimmt worden. Es entscheidet jedoch dafür, daß der Besitz irgend eines Grundeigenthums, wosern es nur im Herzogthum liegt, genügen müsse, folgende Gründe. Es ist bloß der Seßhaftigkeit gedacht, ohne solche auf ein städtisches Grundstück zu beschränken, und zwar als eines gemeinsamen Erfordernisses bei städtischen Abzuordnenden, nicht aber als eines besondern Classificationsgrundes, neben den angeführten Gewerben, was doch geschehen seyn würde, wenn auf den Besitz eines Grundstückes innerhalb der Stadt oder ihrer Feldmark ein besonderes Gewicht hätte gelegt

30 Von dem Wesen u. d. Bestandtheilen der Landschaft,

werden sollen. Also wird hier bloß beabsichtigt seyn, den Deputirten, dessen häusliche und dauernde Niederlassung und Einrichtung in der Stadt ohnehin vorausgesetzt wird, durch irgend ein Grundeigenthum dem Lande und Staate noch fester verbunden zu wissen.

Da die Stadtdeputirten bei eintretendem Abgange sich selbst ergänzen (Verordnung vom 26. März 1823, die Polizei- und Gemeinde-Verwaltung betr. §. 8.); so müssen sie bald eine, von der nach Umständen veränderlichen Stimmung der Bürgerschaft unabhängige, Stellung gewinnen, und wird diese wiederum auf die, ihnen ausschließlich überlassene, Wahl der obgedachten Abgeordneten zum Landtage einwirken, so daß diese nur zufällig mit den Absichten und Wünschen der Gemeinen, welche durch sie vertreten werden soll, übereinstimmen, und derselben die Gewähr nicht leisten können, welche in Ertheilung einer Vollmacht nach eigner Wahl gefunden wird. Es trifft diese Bemerkung jedoch mehr jene Verordnung, als die neue Landschaftsordnung, kann also hier nur angedeutet werden.

Daß auch diesen Abgeordneten mit der Vollmacht nicht zugleich eine Instruction ertheilt werden darf, denselben vielmehr die Stimmführung nach ihrer Ueberzeugung überlassen werden muß, folgt aus der Bemerkung zum vorhergehenden Paragraphen.

§. 12.

Auch bei den Besitzern von Freigütern wird hier zwischen Wahlfähigkeit und Wählbarkeit ein Unterschied gemacht, und, wenn jeder derselben zur Wahl stimmen kann, nur derjenige für wählbar erklärt, welcher den Ackerbau zu seinem Hauptgewerbe macht. Der Grund

ist, um den eigentlichen Landmann um so gewisser vertreten zu wissen, indem man hier Männer zu Deputirten erfordert, deren Lebensweise der seinigen, wo nicht völlig gleich, doch möglichst nahe tritt. Bei den oben (§. 6.) erwähnten Schwierigkeiten, für die (sogenannten) Freisassen tüchtige Deputirte zu finden, muß diese Beschränkung um so nachtheiliger wirken, als die Freigüter oft so geringe sind, daß sie ihren Besitzer nöthigen, seinen Unterhalt durch andre Gewerbe zu suchen. Der Zweck des Gesetzes scheint erreicht, der ebengedachte Nachtheil aber zugleich vermieden werden zu können, wenn der zweite Abschnitt dieses Paragraphen so verstanden wird, als sagte er, statt »welche den Ackerbau als ihr Hauptgewerbe treiben«: — als ein Hauptgewerbe u. Dann kennt der Besitzer gewiß die ländlichen Verhältnisse mit der ganzen Lage des kleinern Landmanns aus eigener Erfahrung, und wird von der Repräsentation desselben nicht ausgeschlossen, weil er aus einem andern Gewerbe sein Haupteinkommen zieht. Wer also das Freigut wie einen Landsitz zum Sommeraufenthalte benützt, dessen Ländereien größern Theils verpachtet hat und vom städtischen Verkehr oder gelehrten Gewerbe, Advocatur u. lebt, bleibe unwählbar; nicht aber derjenige, welcher es bewirthschaftet, zugleich aber einen Handel, eine Brantweinbrennerei u. d. m. betreibt, obwohl der Ertrag der Pächtern den des Erstern übersteigen sollte.

§. 13.

Dieser Paragraph bezieht sich auf die Ablehnung der Wahl; bei vorübergehenden Behinderungen findet eine Vertretung des Zurückbleibenden, der solcherhalb sich entschuldigen und Urlaub nachsuchen muß (§. 75.), keine

32 Von dem Wesen u. d. Bestandtheilen der Landschaft,

Statt, indem die Bevollmächtigungen und Ernennungen durch Wahl auf den ganzen Zeitraum von einem Landtage bis zum folgenden gehen. (S. §. 43.)

Titel II.

Von den Pflichten und Rechten der Landstände.

§. 14.

Die hier den Landständen gegebene Vorschrift, das Wohl des Vaterlandes, »ohne alle Nebenabsichten und Rücksichten auf einzelne Personen und Verhältnisse«, vor Augen zu haben, enthält eine nochmalige Einschärfung des im §. 1. aufgestellten Grundsatzes, daß mit Aufhebung der Curien jeder Kastengeist wegfallen und unterdrückt werden müsse, die einzelnen Mitglieder, mit Vergessen der Classe, wozu sie gehören, sich als Vertreter der Gesamtheit ihrer Mitbürger zu betrachten haben. Diese wesentliche Aenderung der frühern landschaftlichen Verfassung, wie oben §. 1. gezeigt worden ist, von dem geschichtlichen Begriffe einer Landstandschafft wesentlich abweichend, wird einer constitutionellen Verfassung zur Grundlage dienen können, ohne daß es dazu eines gewaltsamen oder nur grellen Wechsels bedarf. Es versteht sich übrigens, daß die hier aufgezählten Rechte nicht dem Einzelnen, sondern allein der Gesamtheit der Landschaftsmitglieder, den auf dem Landtage versammelten Ständen, zugestanden sind, mit einigen herausgehobenen Ausnahmen; denn Einzelne, selbst Viele und Alle, nicht gehörig constituit,

können in Regel das Land nicht vertreten. (S. unten die §§. 24. und 39.)

§. 15.

Das ständische Recht der Bewilligung allgemeiner Landesanlagen ist so alt, wie der Staat, und hat sich von jeher auf den ganzen Umfang der öffentlichen Ausgaben bezogen; weil die gewöhnlichen Ausgaben des Fürsten aus den Gütern bestritten werden mußten, welche ihm zugleich mit dem Reichsamente eines Herzogs vom Könige eingegeben worden sind, und bei seiner Ernennung zugleich sein Familienbesitzthum berücksichtigt ist, als eine Bedingung, um den erforderlichen Aufwand der verliehenen Würde um so leichter bestreiten zu können. Der außerordentlichen Ausgaben des Landes waren vormals wenige, die Kosten der Kriege ausgenommen, welche jedoch als Pflicht jedes freien Unterthanen durch die Heerfolge bestritten wurden. Dennoch waren es die Kriege, welche bald Geld und Natural-Leistungen erheischten, und die erste Veranlassung zu den Beden gaben, ihrem Ursprunge nach nichts anders als eine Heersteuer, so wie die Grundlage der spätern Matricularsteuer und der jetzigen Contribution ¹⁾. Das Bewilligungsrecht konnte übrigens da, wo die Veranlassung des Bedarfs aus der Verbindung des Herzogthums mit dem Reiche hervorging, also in einer Nothwendigkeit gegründet war, nicht auf die Vorfrage, über die Zweckmäßigkeit der Ausgabe (quaestio, an?) vielmehr nur über die Art der Ausbringung (quaestio, quomodo?) sich erstrecken. So ward es

¹⁾ Eichhorn, a. a. O. Th. II. §. 306. a). Eigenbrodt, Natur der Bede=Abgabe. Gießen 1826.

34 Von den Pflichten und Rechten der Landstände.

fortwährend gehalten, und derselbe Grundsatz findet sich auch wieder in diesem Paragraphen angewendet, indem statt der Verpflichtungen gegen das Reich, diejenigen erwähnt werden, welche im Bundesverbände sich gründen ¹⁾).

Die Veranlagung aller Landesabgaben ist ein Gegenstand der Berathung und Bewilligung auf dem Landtage. Bei der Uebernahme einer vom Herzoge geforderten Beisteuer, der Aufbringung einer gewissen Summe, kann aber nur insoweit von einer Verwilligung die Rede seyn, als sie zu außerordentlichen Zwecken bestimmt ist, und den Bedarf dessen überschreitet, was zur Bestreitung der, in die Stelle der ehemaligen Reichs- und Kreisanlagen getretenen, aus dem deutschen Bundesverbände hervorgehenden Verpflichtungen, so wie zur Ausführung einer Prinzessinsteuer, einer althergebrachten Obliegenheit gegen den Landesfürsten, erfordert wird ²⁾).

Die Garantie gegen Einschreitungen der fürstlichen Gewalt, welche die neuern Publicisten mit Recht in das Steuerbewilligungsrecht setzen, und welche sich z. B. in England so practisch erweist, kann also in unserm Vaterlande nur unter großen Beschränkungen Statt finden. Nur in Fällen außerordentlicher Anforderungen wird sie

¹⁾ Die Privilegien von 1770. Art. 24. enthalten im Wesentlichen eine übereinstimmende Verordnung, wie auch der Landtags-Abschied von 1702. §. 6.

²⁾ Im Jahre 1572 fügten daher die Stände, bei einer Bewilligung von Steuern, auch zu Tilgung Fürstl. Schulden, die Clausel hinzu: inmittelst aber extra casum belli defensivi et aliarum necessitatum insuperabilium keine andern Steuern anzulegen. Wißmann, Annalen 1572. No. 46. Die Prinzessin-Steuer ist auf 20,000 Fürstengulden festgesetzt. Landsch. Privileg. v. 1770. Art. 25.

unbedingt gelten gemacht werden können, sofern darauf nur Bewilligungen von einem bis zum folgenden Landtage, oder vielmehr bis zu dem Zeitpunkte, wo dieser verfassungsmäßig einberufen werden muß, erfolgen. Bei den vom Bundesverbande herrührenden Bedürfnissen wird eine, an gleiche Frist gebundene Bewilligung zwar nicht unwirksam seyn, weil die Veranlagung der Auflage (modus collectandi) wenigstens an die Zustimmung der Landschaft gebunden ist; allein es kann in diesem Falle eine Verweigerung nicht Statt finden, und da in der Leistung der Bundespflichten eine Unterbrechung nicht zulässig ist, so vermag jene Art der Bewilligung nur eine Veranlassung zur gehörigen Einberufung des Landtages und Gelegenheit zu angemessenen Vorstellungen darzubieten. Bei einer Zögerung der Landschaft, wegen Erneuerung der Anlage oder zweckmäßig befundener Veränderung der Aufbringungsweise sich zu bestimmen und mit der Regierung sich zu verstehen, würde jedoch die Nothwendigkeit eintreten, die bisherige Veranlagung so lange fortbauern zu lassen, bis solche Uebereinkunft getroffen werden wird.

Vormalß bezog sich das ständische Bewilligungsrecht ebenfalls nur auf die außerordentlichen Landeslasten, Schulden u. dgl., indem die Contribution und damit verwandte Anlagen als feststehend und zur Deckung des regelmäßigen, aus dem Reichs- und Kreisverband hervorgehenden Aufwandes, sowie für den einmal genehmigten Militär-Stat bestimmt und fortbauern erachtet wurden. Die außerordentlichen Bewilligungen geschahen auf gewisse Zeit, und fielen nach deren Ablauf von selbst weg (s. Privilegien von 1770. Art. 23. und 24.)

Uebrigens gilt von der Uebernahme landesfürstlicher

Schulden ein Gleiches, wie von der Uebertragung der Landesbedürfnisse, insofern jene wie Vorschüsse zu betrachten sind, welche für die Letzten sind gemacht worden. Haben die Schulden zur Bestreitung von Bundesobligationen gemacht werden müssen, so kann ihre Uebernahme nicht verweigert werden. Sind sie außer diesem Falle zum Besten des Landes gemacht worden, oder ist, ohne Rücksicht auf die Veranlassung, ihre Uebertragung dem Lande nützlich, so werden sie freilich auch übernommen werden müssen; es tritt jedoch sodann das vollständige Bewilligungsrecht der Landschaft in Wirkung, und die Verpflichtung zur Uebernahme geht allein aus deren Ueberzeugung von der Beziehung hervor, in welcher diese Uebernahme zu dem öffentlichen Besten steht ¹⁾.

-
- ¹⁾ Nach diesen Grundsätzen sind denn auch die frühern Uebernehmungen herzoglicher Schulden von Seiten der Stände zu beurtheilen. Hat dergleichen stattgefunden, und dahin ist auch die Einköpfung versehter Kammergüter zu rechnen, so haben die Stände sich, selbst stillschweigend, darüber ausgesprochen, daß solche Schulden aus Nothwendigkeit oder zum Besten des Landes gemacht seyen. Sie haben es sich beizumessen, wenn sie die Gelegenheit unbenutzt gelassen haben, in Beziehung auf das befreiete Kammergut ihnen später nützlich erscheinende Stipulationen zu machen, und können bloß solcherhalb keine Ansprüche auf dessen Ueberschüsse begründen, die dem Fürsten, sofern er nur die verfassungsmäßig aus den Kammereinkünften zu tragenden Staatslasten bestreitet, um so gewisser gehören, als im Kammergute nicht bloß das ursprüngliche Staatsgut, sondern das Familiengut des regierenden Hauses vereinigt sich befindet. Bei einer Unterhandlung Herzogs Julius mit der Landschaft über Schuldübernahme bemerkte diese: »daß Schulden, so nicht erweislich aus einer Landesnoth hergeflossen, vor einen Ueberfluß geachtet, so nicht angenommen werden können.« Wißmann,

„Getreue Landschaft ist nicht gehalten“, so drücken sich die Privilegien von 1770. Art. 21. aus, „diejenigen contrahirten Schulden, so ohne Landesnoth und also zum Ueberfluß, ohne Consens gemacht worden, zu übernehmen“; setzen also für den entgegengesetzten Fall die Pflicht zur Uebernahme voraus.

Zu den »hergebrachten Lasten«, in Hinsicht deren, nach diesem Paragraphen, eine Concurrenz der Landschaft nicht erforderlich seyn soll, gehört auch die Einquartierung durchziehender Heerhaufen, wie der eignen, so der fremden Krieger. Möchte nun auch die Analogie hier erfordern, über die Art und Größe der Vergütung, welche dafür gezahlt werden soll, so wie überhaupt über die, wegen der Durchmärsche fremder Truppen abzuschließenden Etappenverträge, die Zustimmung der Stände einzuholen; so steht dem das Herkommen entgegen, vermöge dessen Staatsverträge dieser Art immer allein von der Regierung unterhandelt und abgeschlossen sind. Daß dagegen Naturallieferungen, z. B. zur Ausrüstung und Verpflegung des Kriegsstaaßs, Errichtung von Magazinen u. dgl., daß Zwanganlehne, Vorschußsteuern u. s. w. die »Concurrenz der Landstände« erheischen, ist außer Zweifel, und liegt in den hier gemachten Bestimmungen.

§. 16.

Die hier von einer landständischen Bewilligung ausgenommenen Abgaben sind ihrer Natur nach von den Steuern unterschieden und, namentlich die Zölle und Pachtausgefälle, als ursprüngliche Regalien unter den

Annalen, 1570. Nr. 38. Also hat man das Uebernommene für nothwendigen Vorschuß anerkannt.

vielen königlichen Rechten begriffen, welche bei Ausbildung der Landeshoheit der deutschen Reichsfürsten von diesen an sich gezogen und später ihnen bestätigt worden sind. In dieser Hinsicht bedurfte es also jener ausdrücklichen Ausnahme nicht. Da aber nach dem Staatsrechte des deutschen Reichs die willkürliche Veränderung der Bölle den Reichsfürsten nicht zustand, und hierüber Zweifel erhoben werden konnten, denen vorzubeugen nützlich erschien, so ist hier bestimmt worden, daß die Anordnungen über die Bölle und dahin zu zählenden Abgaben, wie alle auf die Leitung des Handels und der Gewerbe sich beziehende, auch andere landespolizeiliche Einrichtungen, allein von der Regierung ausgehen und von einer Zustimmung der Landschaft unabhängig seyn sollen. Die, in Ansehung der Abänderung des Tarifes der eigentlichen Chausseegelder gemachte, Ausnahme bestätigt die aufgestellte Regel um so mehr, und es verbleibt hiernach für den Fall einer bedenklich scheinenden Veränderung des Zollsystems, einer Unordnung oder Steigerung der Weggelder auf sogenannten Kammerwegen u. dgl. der Landschaft nur die allgemeine Befugniß, dagegen Vorstellungen zu machen, oder Beschwerde zu erheben, welche sich jedoch nicht auf die neue Einrichtung an sich, sondern auf deren dem öffentlichen Wohle nachtheiligen Wirkungen werden gründen können ¹⁾.

Indem auch die Communalabgaben von der Ver-

¹⁾ Von der Mitwirkung der Stände bei einer herzoglichen Verordnung über die ordnungsmäßige Beobachtung der Zollgesetze u. s. w. findet sich ein Beispiel zu Herzogs Heinrich des ältern Zeit, v. J. 1498. Siehe Rehtmeier Chronik, S. 837, und Ribbentrop Landt. Absch. I. Nr. 9.

willigung der Landschaft unabhängig erklärt werden, ist nur dieses, nicht aber damit, wie in Beziehung auf die Bölle u. s. w. geschehen, zugleich ausgesprochen, daß diese gänzlich von der Bestimmung der Regierung abhängig seyn sollten. Vielmehr ist in Ansehung dieser Abgaben weder etwas abgeändert, noch den etwa zu treffenden Veränderungen in den Communal- und Municipalordnungen vorgegriffen. Es bleibt mithin den bestehenden oder künftigen Verfassungen der Städte und Gemeinen überlassen, über die Mitwirkung der Gemeinemitglieder und Bürgerschaften, oder deren Vorsteher und Magistrate, bei Ausschreibung und Vertheilung jener Abgaben Verordnung zu treffen, sowie ihre Verhältnisse zur herzoglichen Regierung in dieser Hinsicht festzustellen.

§. 17.

Die im zweiten Abschnitte dieses Paragraphen verordnete Erwähnung der vorhergegangenen Unterhandlung mit der Landschaft in den Verordnungen, welche über das Ergebniß der getroffenen Vereinbarung erlassen werden, bezweckt eine Garantie für das Land, indem sie den Beweis gewähren soll, daß die Verfassung beobachtet worden ist. Eine Ausnahme hiervon ist nicht zulässig; denn da der engere Ausschuß der Landschaft beständig besteht und ohne Anstand von der Regierung in Berathung gezogen werden kann, so vermag selbst die größte Eile und der Drang der Umstände nicht wohl eine Umgehung der landschaftlichen Mitwirkung, sofern sie verfassungsmäßig erforderlich ist, zu veranlassen und zu rechtfertigen ¹⁾.

¹⁾ Es hat mit dieser Anführung des landschaftlichen Einver-

§. 18.

Hier wird zwar auf die Unterhandlung der Regierung mit dem engern Ausschusse der Landschaft hingewiesen, und auch des größern Ausschusses und seiner Wirksamkeit gedacht; die Bestimmungen über beide Ausschüsse finden sich aber erst weiter unten (§§. 35 und 36.) abgehandelt. Da nun auch hier allein von der Steuerbewilligung u. gehandelt und bestimmt wird, inwiefern eine solche ohne Berufung des allgemeinen Landtages soll stattfinden können, und unter welchen Umständen sie von den Ausschüssen gemacht werden darf; so ist die Bestimmung dieses Paragraphen für andere Gegenstände der landschaftlichen Mitwirkung nur analogisch anwendbar, und müssen die Vorschriften über die Befugnisse der beiden Ausschüsse in den §§. 35 und 36 gesucht und aus denselben zunächst abgeleitet werden. Es ist jedoch schon aus diesem Paragraphen, wie überhaupt aus dem Zwecke der Ausschüsse abzunehmen, daß ihr Auftrag bloß einschließt, 1) was nicht füglich von gesammter Landschaft besorgt werden kann, nämlich die Theilnahme an der Steuer- und Landes-Cassenverwaltung, Besorgung des Landesschuldenwesens u. dgl., wofür daher das Landessteuer-Collegium angeordnet worden ist; und 2) dasjenige, was seiner Natur nach nicht bis zum nächsten Landtage aufgeschoben werden kann, dabei aber nicht

ständnisses gleiche Bewandniß, wie mit der Clausel der kaiserlich, und jetzt königlich französischen Decrete, worin der vorhergegangenen Berathung im Staatsrathe erwähnt werden muß (*notre conseil d'état entendu*), weil diese für gewisse Verfügungen erfordert wird.

nothwendig eine außerordentliche Zusammenberufung der Landstände unumgänglich erfordert. Wo der Gegenstand keine Eile verlangt, nicht Gefahr von dessen Aussetzung bis zum nächsten Landtage zu befürchten ist, findet sich der engere Ausschuß, so wie der größere, ohne Vollmacht, einen Beschluß zu fassen, oder den der gesammten Landschaft zu ersehen.

§. 19.

Ursprünglich beschränkte sich die Mitwirkung der Stände bei Steuerveranlagungen auf die Bewilligung und die Weise der Ausbringung der Abgabe, und gehörte die Ausschreibung, Erhebung und Verwaltung lediglich zu den landesfürstlichen Regierungsrechten. Gemachte Erfahrungen, daß unter dem Drange der Umstände die erhobenen Steuern ihrer Bestimmung nicht gemäß verwendet wurden, veranlaßten das Verlangen, an der Verwaltung der Einnahme durch Abgeordnete Theil zu nehmen, und so entstanden gemischte, nämlich von fürstlichen Råthen und ständischen Verordneten gebildete Commissionen. So versprach Herzog Heinrich der Ältere im Jahre 1505, als ihm die Stände auf 10 Jahre fünf volle Landbeden zum Abtrage der Schulden bewilligt hatten, sich »ok solker lantschattinge to andern saken fortmer nicht gebrucken,« auch solcherhalb, so wie zur Beitreibung u. »Sesse von den Stenden unser Lande« verordnen und »by den gnanten Rentmeister« schicken zu wollen ¹⁾. Und als im Jahre 1572 die Landschaft an herzoglichen Kammerschulden 300,000 Gulden Capital und 91,000 Gulden Zinsrückstand übernommen, findet

¹⁾ Ribbentrop, Landt. Absch. I. Nr. 11.

42 Von den Pflichten und Rechten der Landstände.

sich, daß zur Verwaltung und Verwendung der solcher-
halb bewilligten Steuern »ein Ausschuß von Råthen und
der Landschaft und dem Rentmeister, wie auch ein Ge-
genschreiber gesetzt und geordnet« worden ist ¹⁾).

In der letzten Zeit vor der französischen Occupation
sah sich eine sehr getheilte Verwaltung der vom Lande
eingehenden Steuern. Die hieraus hervorgehende Ver-
dunkelung des Staatshaushalts muß oft schmerzhaft em-
pfunden seyn, war aber geschichtlich begründet und un-
verändert beibehalten worden, weil man damals das
Herkommen und Vorhandene festhielt, die bestehende
Verfassung zu ändern sich nicht einmal einfallen ließ.
Eine kurze Darstellung der damaligen Einrichtung mag
hier Platz finden, um die Wohlthätigkeit der jetzigen dar-
zulegen ²⁾).

In die Kammer=Casse flossen, zum Betrage von
etwa überhaupt 110,000 Thlr.:

a) Die städtische Accise von Braunschweig, nach-
dem dieselbe, nach der Capitulation der Stadt, zum Ab-
trage der großen Schuldenlast derselben, durch die Ver-
ordnung vom 5ten October 1672 eingeführt worden;
gegen Abführung von 16,500 Thlr. an die Kriegscasse,
als eine Ueberschlagssumme für den Beitrag der Stadt
zu der Contribution und den Legationsgeldern ³⁾;

¹⁾ Wißmann, Annalen, zu 1572. Nr. 46. Ribbentrop,
Landt. Absch. I. Nr. 21.

²⁾ Ueber das vormalige Schatzcollegium etc. S. Privilegien v.
1770. Art. 15.

³⁾ Eine unordentliche und, wie es aus den vorhandenen Nach-
richten zu entnehmen ist, zugleich unredliche Verwaltung des
Stadtguts, verbunden mit den großen Anstrengungen der
Stadt, eine angemessene Unabhängigkeit von der herzoglichen

b) Ein Theil der Biersteuer, soviel davon auf die Stadt Braunschweig gerechnet ward;

c) ein Theil der Brantweinsaccise vom Lande;

d) Die städtische Accise von Wolfenbüttel, daselbst im Jahre 1768 nach dem Fuße der Braunschweigischen eingeführt, und gegen Abführung von jährlich 6486 Thlr. an die Kriegscasse, als Vergütung für die der Stadt obliegenden Beiträge zur Contribution und der damit verwandten Abgaben.

Außer den erwähnten Zahlungen an die Kriegscasse lagen dagegen der Kammercasse damals noch ob, die Entrichtung der Zieher zur Unterhaltung des Reichskammergerichts mit 608 Thlr. 17 Ggr. und ein Beitrag zu der Wegbau-Casse von jährlich 3000 Thlr.

Die Landrentereicasse, welche unter dem Schatzcollegium stand, und die Kosten dessen Unterhalts, die Zulage zur Unterhaltung der Universität Helmstedt mit 5700 Thlr. (außer den Zinsen des Dotationscapitals), den Beitrag zu der Wegbau-Casse mit 6000 Thlr., die Stipendiengelder, die Verzinsung und Abführung der übernommenen Landeschulden, endlich an außerordentlichen Ausgaben die vorkommenden Regierungsantrittsgelder und Prinzessinssteuern zu tragen hatte, bezog 54,500 Thlr., nämlich die Schatzgefälle und gewisse Antheile der Biersteuer und der Brantweinsaccise.

Landeshoheit zu behaupten, hatten sie in eine Schuldenlast gestürzt, welche nach damaligem Werthe des Geldes ihr Vermögen überstieg, auch wenn der damals ermittelten Summe ihrer Schulden (über 1,700,000 Thlr.) die langjährigen Rückstände der von ihr geforderten, aber verweigerten Beiträge zu den Landeslasten und den auf den Landtagen verwilligten Abgaben nicht hinzugerechnet werden.

44 Von den Pflichten und Rechten der Landstände.

Als Nebenzweig der Verwaltung des Schatzcollegiums ist die, vom Proviantverwalter besorgte, Erhebung und Verwendung des Proviantgeldes zu betrachten. Das früher zur Ernährung des Militärs jährlich ausgeschriebene und in Natur eingelieferte Proviantkorn ward nämlich seit 1751 in Gelde abgeführt, vom Proviantverwalter zum Ankauf des erforderlichen Kornes verwendet, und mit diesem die Commisbäckerei bestritten.

Zur Kriegscasse, welche von einem herzoglichen Commissar und einem landschaftlichen Neben-Commissar verwaltet, und worüber jährlich dem Geheimraths-Collegium und den Schatzrathen, unter Zulassung zweier Stände jeder Curie des größeren Ausschusses, die Rechnung abgelegt ward ¹⁾, wurden gezahlt: die Contribution, der Beitrag der Kammercasse statt der Contribution, und der Legationskosten von Braunschweig und Wolfenbüttel, Service- und Fourragegeld, Stempelsteuer und Antheile von der Biersteuer und der Brantweinsaccise, etwa 251,000 Thlr.

Da diese Casse zugleich die Subsidien von Holland, für die dahin in Sold gegebenen Truppen, bezogen, und hierdurch beträchtlichen Ueberschuß hatte; so wurden im Jahre 1792 die, seit 1770 ausgeschriebenen außerordentlichen Steuern aufgehoben, und alljährlich 40,000 Thlr. in die Landrenterei gezahlt, um den Abtrag der Landesschulden zu befördern.

In die Wegbesserungs-Casse flossen überhaupt 15,000 Thlr. aus den Beiträgen der Kammer- und der Landrenterei-Cassen (3000 und 6000 Thlr.), und den

¹⁾ Privilegien von 1770, Art. 16.

Antheilen von der Biersteuer und Brantweinsaccise (4000 und 2000 Thlr.).

Endlich erhob die Wegeunterhaltungscasse die Weggelder.

Beide Cassen wurden vom Landrentmeister geführt, und die Zahlung auf Anweisung der General-Wegebesserungscommission, einer von fürstlichen und ständischen Mitgliedern gebildeten Behörde, nach eingeholter Genehmigung des Geheimraths-Collegiums, geleistet.

Diese bunte, jeder Uebersicht hinderliche Verwaltung hat jetzt einer einfachen Verfassung Platz gemacht, und gewährt, durch die Einrichtung des über alle Landessteuern gesetzten, sowie durch desselben Stellung unter die höchste Behörde, einer steten Aufsicht untergebenen Landessteuer-Collegiums, genügende Sicherheit gegen die frühere Einseitigkeit und Mangel an Uebereinstimmung. Es finden sich nämlich das Schatzcollegium nicht nur, welches aus dem zeitigen Decan des Blasiusstifts, dreien von der Ritterschaft gewählten Schatzrathen und dem jedesmaligen Gerichtschultheißen der Stadt Helmstedt gebildet war, mit der Landrenterei-Casse; sondern auch die Kriegs-, die Wegebesserungs- und die Wegeunterhaltungscasse, auch die General-Wegebesserungs-Commission, in diesem Collegium vereinigt.

Die dem Landessteuer-Collegium überwiesenen Arbeiten beschäftigen zwar die Anzahl der dazu bestellten Mitglieder keinesweges vollständig, allein das darf der Einrichtung nicht zum Vorwurfe gereichen. Denn die ständischen Steuerräthe sind nicht ihrem Berufe nach und nothwendig geübte Geschäftsleute, vielmehr nur dem Collegium beigeordnet, um dem Lande die herkömmliche Gewähr für die verfassungsmäßige Verwaltung der Steuern

zu leisten ¹⁾. Sie werden nach freier Wahl ihrer Mitstände ernannt, welche bei der Wahl von gänzlich verschiedenen Erfordernissen auszugehen haben, als diejenigen sind, die zu einem tüchtigen Administrator verlangt werden; indem die landschaftlichen Mitglieder des Collegiums zugleich den engern Ausschuß bilden, und die Eigenschaften besitzen, des öffentlichen Vertrauens genießen müssen, wie die Vertretung der Landschaft in der Zeit zwischen den Landtagen voraussetzt. Gründliche Kenntnisse von der Geschichte des Landes und seiner Verfassung, genaue Erfahrung über die natürliche Beschaffenheit desselben, über seine Cultur, die Gewerbe und den Nahrungsstand der Bewohner der einzelnen Landestheile sind Haupteigenschaften eines landschaftlichen Steuerraths, welche von keiner Geschäftstüchtigkeit und collegialischen Erfahrung ersetzt werden, am wenigsten, wenn diese in bloßer Routine besteht. Da nun der engere Ausschuß nicht wohl aus weniger, wie vier Mitgliedern bestehen kann, damit nicht seine wichtigen Obliegenheiten, bei eintretender Behinderung des Einzelnen, in die Hände einer, zu collegialischen Beschlüssen nach den darüber bestehenden Grundsätzen unzureichenden Anzahl fallen mögen, das

¹⁾ Daß es übrigens jetzt, wo der Landtag regelmäßig und wenigstens alle drei Jahre berufen werden muß, einer solchen Gewähr nicht bedarf, eine Maaßregel unnöthig ist, welche eben durch die Ungewißheit über die Wiederkehr einer ständischen Versammlung ist veranlaßt worden, leuchtet ein, und ergiebt sich aus dem Beispiele der constitutionellen Staaten, welche die Verwaltung der bewilligten Steuern der Regierung überlassen, und sich durch die Verhandlung über die stets zu erneuernden Steuerbewilligungen, das Budget u. hinlänglich gesichert finden.

erforderlich befundene Gleichgewicht zwischen den herzoglichen und landschaftlichen Råthen des Steuer-Collegiums, sowie die Möglichkeit, daß zu Vektern keine den Geschäften gewachsene Männer gewählt werden, aber eine Verminderung der Erstern nicht gestattet; so kann die gesammte Zahl der Steuerråthe nicht wohl vermindert werden.

Die Schlußbestimmung des Paragraphen über den Vorsitz schließt die Rechte des Dienstalters und der Ordnungsfolge im Collegium aus, indem es die Verfügung darüber dem Landesfürsten vorbehält.

§. 20.

Es wird hier unter 2. die jährliche Aufstellung eines Etats über die Einnahme dem Landes-Steuer-Collegium zur Pflicht gemacht, obwohl der muthmaßliche Betrag der sämtlichen, von der Regierung der Landschaft überwiesenen Steuern überschläglich angesetzt ist, und damit ein Colleinkommen oder Einnahme-Stat ein für allemal aufgestellt zu seyn scheint (Landtags-Abschied von 1823. Art. 9.). Allein bei Einnahmen von Steuern entscheiden die, stetem Wechsel unterworfenen Umstände, der Stand des Verkehrs und Handels, die Kornpreise und Erndten u. d. m. über das wirkliche Einkommen, und so bildete sich theils aus dem Ergebnisse der nächstverflossenen Jahre, theils aus der, in Erfahrung gegründeten Beurtheilung der nächsten Zukunft eine Wahrscheinlichkeits-Berechnung, für die veränderlichen Erscheinungen der Zeit anwendbar. Eine solche ist es, welche der Paragraph vor Augen hat, und welche erforderlich wird, um die Zulässigkeit derjenigen Ausgaben ermessen zu kön-

nen, welche über die Grenze der unvermeidlichen und gewöhnlichen hinaus in Antrag gebracht werden sollen.

Die Vorschrift unter 8., wegen Verwendung der eingegangenen, besonders der den etatmäßigen Bedarf überschießenden Gelder, gründet sich nicht nur in dem Verhältnisse des Steuer-Collegiums, als einer dem herzogl. Staatsministerium untergeordneten Behörde, sondern auch in dem Umfange der landständischen Befugnisse. Die Steuern werden nämlich keinesweges der Landschaft, noch derselben gemeinschaftlich mit dem Landesfürsten, vielmehr einzig diesem unter Controle der Landschaft entrichtet; so daß diese über deren Verwendung niemals einseitig verfügen kann, und nur berufen ist, die verfassungsmäßige oder vereinbarte Berausgabung zu beaufsichtigen und zu bewirken. Es kann also die Zustimmung der landschaftlichen Steuerräthe, wiewohl dieselben zugleich den engern Ausschuß bilden und in dieser Eigenschaft, freilich als eine gesonderte Behörde, für gewisse Gegenstände und Fälle gemeine Landschaft zu vertreten befugt sind, die nothwendige landesfürstliche Genehmigung nicht ersetzen.

Die hier vorbehaltene Verfügung über die Besorgung des Landeschuldenwesens ist nachmals durch die Verordnung vom 29sten October 1821 erfolgt, und solche dem Landessteuer-Collegium mit übertragen.

§. 25.

Das Recht der Landschaft, daß zur Aufnahme von Anlehen, wie auf den Credit des Landes, so auch auf die Sicherheit der Staats-, Kammer-, Stifts- und Klostergüter, ihre Einwilligung erfordert wird, beruhet in der Natur der Sache, weil keine Steuern ohne der-

selben Beistimmung erhoben werden dürfen, Schulden aber wegen ihrer Verzinsung und Abführung die Ausgaben vermehren, welche selbst bei dem Kammer- und dem Klosterfonds mittelbar auf die Gesamtheit der Staatsbürger zurückfallen. Der Klosterfonds bildet nämlich ein Staatsgut im eigentlichsten Sinne, wegen seiner verfassungsmäßigen Bestimmung, und vom Kammergute gilt insofern ein Gleiches, als neben der Hofhaltung mehrere Staatslasten von diesem bestritten werden müssen, welche bei einer Unzulänglichkeit dieses Fonds endlich dem Lande obliegen würden, mit dem herzoglichen Hausgrundvermögen auch das eigentliche Staatsgut, das ursprünglich dem Herzoge zu Bestreitung seines Amtes vom Könige verliehene Dienstgut, innigst verbunden, unter dem Namen des Kammerguts vereinigt ist, und beide gleichmäßig bestimmten Staatszwecken gewidmet sind. Schon vor Alters hatten daher die Stände »bei Tauschverträgen über öffentliche Güter, bei Verpfändung und Schenkung von solchen« zu stimmen ¹⁾, und das hier der Landschaft bestätigte Recht findet sich in gleichem Maaße durch die Art. 7 und 21 der Privilegien von 1770 bereits anerkannt. Das Edikt vom 1sten Mai 1794 geht noch einen Schritt weiter, indem es jeder Verschuldung des Kammerguts entgegentritt, und deren Rechtsgültigkeit von einer vorgängigen Prüfung durch mitzugezogene Mitglieder der Landschaft abhängig macht, hiermit aber dem Zweifel vorbeugt, ob nicht Schulden der erwähnten Art einseitig vom Landesfürsten gemacht werden können, sobald sie nur den Kammerfonds nicht bis dahin belasten, daß er den ihm obliegenden Lasten nicht ferner gewachsen

¹⁾ Hüllmann, Ursprung der Stände. §. 53.

bleibt, und höchstens eine Beschränkung der persönlichen Ausgaben des Regenten herbeiführen können.

Die Güter derjenigen geistlichen Stiftungen, welche durch den Reichsdeputations-Hauptrecess von 1802, Art. 4. entweder ausdrücklich säcularisirt und dem Herzoge als eine Entschädigung zugetheilt sind, das Kloster St. Eudgeri vor Helmstedt nämlich und das Stift Gandersheim, oder aber unter der allgemeinen Verfügung des Art. 35 begriffen werden möchten, müssen ganz nach den Grundsätzen des herzoglichen Kammerguts beurtheilt werden. Nicht als Privaten sind diese Güter dem Herzoge eingeräumt, sondern als Landesfürsten und in Beziehung auf den Staat, wie die Verhältnisse nicht nur abnehmen lassen, sondern die Bestimmung des lehterwähnten Art. 35 ergiebt, indem die Disposition über die im Lande belegenen Stifter u. s. w. den respectiven Landesherren ausdrücklich unter der Hinzufügung überlassen wird, daß sie zum Behufe des Aufwandes für den Gottesdienst und für Unterrichts- und andere gemeinnützige Anstalten, auch zur Erleichterung der Finanzen zu verwenden seyn sollen.

Ein vormals bestandener Unterschied zwischen dem Kammer- und Schatullgute hat längst aufgehört. Ob derselbe ausdrücklich aufgehoben worden, kann dahin gestellt bleiben, da es ausgemacht ist und genügt, daß sämtliche Schatullgüter mit dem Anfange der Regierung Herzogs Carl Wilhelm Ferdinand, also seit etwa einem halben Jahrhunderte, derselben Verwaltung, Vereinnahmung und Verwendung unterworfen worden sind, als die Kammergüter, hiermit aber eine gänzliche Gleichstellung mit den lehtern, und zwar von Seiten desjenigen, welchem die Verfügung zugestanden, erfolgt ist.

§§. 26, 27 und 28.

War es bereits im dreizehnten Jahrhunderte reichsgesetzlich ausgesprochen: »in den fürstlichen Landen sollen Gesetze nicht ohne Zuziehung der Bessern und Obern des Landes gegeben werden« ¹⁾, so findet sich in diesen Paragraphen nur eine Bestätigung der längstbestehenden Verfassung. Von welchen Gesetzen aber versteht sich diese Bestimmung, da doch nicht eine jede Verordnung der Bestimmung der Landschaft bedürfen wird? das ist eine Frage, welche der Erörterung werth ist und sie hier versucht finden mag.

Vor allem ist zwischen Privat- und öffentlichem Rechte zu unterscheiden. Eine jede Veränderung der Verfassung, also alle Verordnungen, wodurch das Staatsrecht des Herzogthums verändert, ergänzt oder modificirt werden würde, kann nur von einer Vereinbarung zwischen Herzoge und Landschaft ausgehen, wogegen die Vollziehung auch der Verfassungsgesetze dem Herzoge allein obliegt und zusteht. Die Anordnung der Landescollegien und solcher Behörden, welchen eine Autorität und selbstständige Einwirkung auf die Person oder das Vermögen der Staatsbürger übertragen werden soll, gehören in diese Classe; nicht aber auf diejenigen Behörden, Commissionen und Stellen, welche bloß bestimmt sind, jenen vorzuarbeiten, oder beratmend zur Seite zu stehen, oder die Vollziehung der Beschlüsse und Anordnungen derselben zu leiten oder zu besorgen, beziehen sich diese Paragraphen. Die Bestimmung des Geschäftsganges in den Collegien u. s. w., sofern sie bloß die Ausführung des in ihrer

¹⁾ Hüllmann, Ursprung der Stände, 2te Ausg. S. 643.

Anordnung liegenden Auftrages, die Erreichung ihrer Bestimmung zum Gegenstande, keinesweges aber auf die Begrenzung ihres Wirkungskreises Einfluß hat, ist daher, als Maaßregel zur Vollziehung der Verfassung, lediglich Sache der herzoglichen Regierung und unabhängig von der Mitwirkung der Landschaft. Aenderung in der Besetzung, dem Vorstehe u. dgl. solcher Behörden richten sich nach denselben Grundsätzen, sofern nur eine verfassungsmäßige Zahl der Mitglieder eines Collegiums, wie bei Gerichten sich findet, nicht vermindert wird. Veränderungen im Wirkungskreise und den Verhältnissen der Landescollegien modificiren dagegen den Standpunkt der Letztern, greifen also in's öffentliche Recht, und unterliegen daher der Vorschrift des Paragraphen 28.

Privatrechtliche Verordnungen, welche die bestehenden Verhältnisse der Personen und des Eigenthums der Staatsbürger neuen Grundsätzen unterwerfen, erfordern eine Zustimmung der Landschaft; nicht aber bloße Polizeigesetze und Verordnungen, welche den Gang der Regierung zu fördern allein bezielen. Proceß- und Polizeiordnungen haben nicht bloß Beziehung auf den Fortschritt der Rechtspflege, oder polizeilichen Fürsorge, sondern machen zugleich die Verfolgung zuständiger Rechte von Bedingungen, die Erreichung öffentlicher Sicherheit, Gesundheit u. s. w. von Einschränkungen der persönlichen Freiheit abhängig, und reihen sich dieserhalb unter die Vorschrift dieser Paragraphen. Sie werden aber unbedingt in denjenigen Punkten, welche solche Beziehungen nicht haben, einseitig vom Landesfürsten verändert und modificirt werden können.

Alle gesetzlichen Bestimmungen, welche in Landesverträgen beruhen, d. h. zwischen Fürsten und Landschaft

vereinbart worden sind, können ohne Unterschied nur auf gleiche Weise, nämlich durch eine neue Uebereinkunft, abgeändert und aufgehoben werden.

Der in der Anwendung schwierigen Unterscheidung zwischen den Gegenständen der Gesetzgebung, wobei die Zustimmung der Landschaft erfordert wird, und denjenigen, bei welchen sie mit ihrem Beirathe und Gutachten gehört werden soll ¹⁾, werden die vorstehenden Bemerkungen zum Leitfaden dienen können. So lange das Verhältniß zwischen Landesfürsten und Landschaft jedoch so besteht, wie es wünschenswerth ist, in der Regel im Braunschweigischen sich gestellt hat und jetzt für die nächste Zukunft wenigstens mit Zuversicht erwartet werden kann, wird jener Unterschied, wo überhaupt, nur selten gelten zu machen seyn, und Meinungsabweichungen in der Regel in Uebereinstimmung übergehen.

§§. 29, 30 und 31.

Ward bisher von Fällen gehandelt, bei welchen der Vorschlag von der Regierung ausgeht, so wird in diesen Paragraphen derjenigen erwähnt, worin der Antrag der Landschaft zugestanden ist. Die hier erteilten Berechtigungen haben das Verdienst einer nützlichen Bestimmtheit, und zeichnen sich vor den Zusicherungen in den Privilegien von 1770, Art. 10 und 19, vortheilhaft aus, worin nur gesagt ist, daß die Stände ihren Rath

¹⁾ Bereits im Jahre 1601, als Herzog Heinrich Julius eine Polizeiordnung erlassen, war nicht die Einwilligung der Landschaft eingeholt, sondern „bei deren Verfassung die Herren Stände mit ihren Erinnerungen, Gutachten und rechtlichen Bedenken ebenfalls gehört.“ Wißmann, Annalen, 1601. Nr. 5.

zu ertheilen haben sollten, »so oft sie gefragt werden«, auch geziemende Erinnerungen derselben »ihnen niemals übel genommen werden« würden.

Das Recht, nützliche Verbesserungen in der Gesetzgebung und Regierung in Vorschlag zu bringen, wird hier uneingeschränkt den Ständen eingeräumt. Denn die Bezeichnungen des §. 29. drücken nur Beispiele aus, oder sind in einem so umfassenden Sinne zu nehmen, daß darin eine Beschränkung nicht zu finden ist.

Mißbräuche zu rügen und über die Mittel zu deren Abhelfung Gutachten einzureichen (§. 30.), ist die zweite hier der Landschaft ertheilte Befugniß. Es versteht sich dabei, daß hierdurch das Recht der Landschaft keinesweges auf gutachtliche Aeußerung zurückgeführt werde, wenn ihr Vorschlag eine Gesetzgebung veranlaßt, welcher ihres Gegenstandes wegen, nach den vorhergehenden Paragraphen, eine Einwilligung von Seiten der Stände vorhergehen muß. Hier giebt der Vorschlag der Landschaft nämlich der Sache die Einleitung, die Genehmigung der Regierung veranlaßt sodann eine landesfürstliche Proposition, und damit tritt die gewöhnliche Verhandlung ein.

Diese Rüge befundener Mißbräuche bleibt nicht auf Mängel in der Form der Verwaltung beschränkt, sondern kann sich auch auf Beschwerden und Klagen gegen Behörden und einzelne Staatsdiener beziehen und erstrecken. Es ist hier nicht eine gewöhnliche Anzeige, eine Denunciation gemeint, welche jedem Staatsbürger freisteht, und der Landschaft also nicht besonders zugestanden zu werden brauchte. Auch ist der Landschaft kein eigentliches Klagerecht eingeräumt und, wie die Regierung unter Umständen durch den Fiskal thun läßt, die Befugniß gegeben,

mit Abweichung von den bestehenden Regeln des Strafprocesses als Ankläger aufzutreten. Vielmehr bewirkt eine von der Landschaft erhobene Beschwerde nur eine »Untersuchung« gegen die angeschuldigte Behörde oder Staatsdiener, und bezieht also das gewöhnliche Verfahren im Wege des Untersuchungsprocesses, und liegt der eigentliche Gegenstand der im §. 31. enthaltenen ständischen Berechtigung in der Versicherung, daß »auf solche beschwerende Vorstellungen jeder Zeit genaue Untersuchung angestellt und, wenn sie begründet erscheinen, die Angeeschuldigten zur gebührenden Verantwortung und Strafe gezogen, auch sonst abhelfliche Maaße getroffen werden« soll. Der Landesfürst verspricht hierdurch, bei Beschwerden der erwähnten Art, der Gerechtigkeit kein Hinderniß in den Weg zu legen, und beseitigt damit die Besorgniß, welche die Stände hegen könnten, es möge für die höchsten Behörden und Staatsdiener eine, zur Straflosigkeit führende Schonung eintreten.

Weil nun aber hier von einer gewöhnlichen Denunciation die Rede nicht ist, kann eine solche beschwerende Vorstellung, wie gemeint wird, nur durch die Stände als solche, durch die gesammte Landschaft, und zwar auf dem Grunde eines förmlichen Beschlusses vorgebracht werden. Denn einzelne Mitglieder der Stände sind nur Privaten, und die Benennung »Stände« ist hier gleichbedeutend mit dem Ausdrücke: Landschaft. Selbst von den Ausschüssen wird eine Beschwerde dieser Art allein unter denjenigen Voraussetzungen vorgebracht werden können, welche sie ermächtigen, Beschlüsse des Landtages zu ersetzen und die gesammte Landschaft zu repräsentiren; also nur in Fällen, wo der Verzug Gefahr drohet, weil etwa Anzeigen eines Verbrechens sich verlie-

ren könnten, der Angeschuldigte sich der Strafen zu entziehen, oder ferner zu schaden besorgen läßt. Der §. 29, welcher mit den beiden folgenden in Verbindung steht, sagt daher: »Wenn die Stände auf dem Landtage versammelt sind« und macht hiervon die Bestimmungen aller drei Paragraphen abhängig; gleichwie im §. 34. verordnet wird: »nur auf den von dem Landesherrn ausgeschriebenen Landtagen können die Stände die Vertretung des Landes ausüben und die Angelegenheiten desselben mit dem Fürsten verhandeln.«

§. 32.

Die Contrafignatur wird hier nicht etwa vorgeschrieben, sondern bloß als bereits eingeführt erwähnt, hiernächst ihr Zweck angegeben und die bisher nicht ausgesprochene Folge ihrer Hinweglassung bestimmt.

Ohne daß die Gesetze darüber einiges enthielten, ist nun bisher die Form beobachtet worden, Ausfertigungen unter höchster Unterschrift des Landesfürsten von einem Mitgliede des Geheimenraths, diejenigen aber, welche ohne solche Unterschrift ergehen, weil entweder ihr Gegenstand sie nicht zu erfordern geschienen, oder der Herzog nicht anwesend sich befunden hat, mit der Clausel: auf Specialbefehl, versehen, von sämmtlichen Geheimenrathen unterschreiben zu lassen. Sene Mitunterschrift eines einzelnen Geheimenraths, die sogenannte Contrafignatur, war bisher nicht sowohl als eine Veranlassung besondrer Verantwortlichkeit, vielmehr als ein Vorrecht betrachtet, indem demjenigen, welchem sie oblag, zugleich die Gelegenheit des unmittelbaren Vortrages beim Landesfürsten damit, und zwar oft unter vier Augen, gegeben und ein vermehrter Einfluß gesichert ward. So betrachtete man

die Sache z. B. in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, als der folgenreiche, zwischen den Hieronymus von Münchhausen und Grafen von Dehn entstandene Zwist, vorzüglich wegen der Contrasignatur in Kammerfachen, sich erhob, welche Jener in Anspruch nahm, dieser aber an sich gezogen hatte. Ihr Zweck war damals und bisher kein andrer, wie der auch hier ausdrücklich angegebene, nämlich zu bekunden, »daß die betreffende Angelegenheit durch die rechte Behörde verfassungsmäßig an den Landesherrn gelangt, und Höchst desselben Entschluß darüber, nach geschehenem Vortrage und vernommener Meinung des Geheimenraths-Collegii, gefaßt worden sey.« An ein Zeugniß für ein bestimmendes votum des contrasignirenden Geheimenraths war und ist hier so wenig gedacht, daß vielmehr nach diesem Paragraphen die Möglichkeit vorausgesetzt werden kann, es habe der Contrasignirende gegen den Inhalt der Ausfertigung gestimmt. Denn auch ohne und selbst wider seine Abstimmung kann stattfinden, was durch die Contrasignatur zu beweisen gewesen ist, kann nämlich eine Sache auf verfassungsmäßigem Wege an den Landesherrn gelangt, und der höchste Entschluß desselben, nach Vortrag und vernommener Meinung des Geheimenraths-Collegiums gefaßt, der Contrasignirende aber bei der Berathung abwesend gewesen oder überstimmt worden seyn.

Von den, hier unerwähnt gebliebenen, aber sehr häufig vorkommenden, Ausfertigungen: auf Specialbefehl, unter Unterschrift sämmtlicher Mitglieder des Geheimenrathes, gilt ein Gleiches; indem auch hier die Unterschriften nur beweisen, daß der Beschluß auf verfassungsmäßige Weise erfolgt, also entweder bei Abwesenheit des Herzogs durch Stimmenmehrheit gefaßt, oder von diesem

wirklich ausgegangen, dem landesfürstlichen Befehle gemäß aufgesetzt sey.

In Beziehung auf beide Arten der Ausfertigungen ist noch besonders zu erwägen, daß der Herzog, nach der Verfassung der obersten Behörde ¹⁾, da diese in Regel unmittelbar unter ihm und in seiner Gegenwart und auf seinen Befehl zu arbeiten, insofern also nur zu seiner Berathung bestimmt ist, allein entscheidet, wie dieses der Paragraph auch ausdrücklich andeutet, da er dem Geheimenrath bloß Vortrag und Meinungsäußerung beilegt, die Entscheidung aber vom landesfürstlichen Entschlusse ausgehend erklärt; daß also die entscheidende Eigenschaft der Stimmen der Geheimenräthe da, wo der Herzog verfügt, ruhet, und sie bloß *vota consultativa* haben, ihr *votum decisivum* aber nur da in Wirkung tritt, wo der Geheimerath oder das Ministerium selbst zu entscheiden hat und wirklich als Collegium handelt.

Die Bestimmung des Paragraphen besteht also darin, daß er die Gewähr, gegen Erschleichung landesfürstlicher Verfügungen und gegen Uebereilungen, aus Mangel gehöriger und verfassungsmäßiger Erwägung und Berathung der vorkommenden Sachen, heraushebt, wie solche in der eingeführten Expeditionsform gegründet ist; nicht aber in einer aus der Unterschrift hervorgehenden Verantwortlichkeit des Geheimenraths, gleich derjenigen in sogenannten constitutionellen Staaten, gefunden wissen will. Selbst in diesen wird eine solche Verantwortlichkeit nicht aus der Natur der Staatsämter gefolgert, sondern durch ausdrückliche Bestimmung der Verfassungsgesetze begründet ²⁾; um so weniger ist also dergleichen hier

¹⁾ S. Landt. Absch. v. 28sten Juni 1702, Art. 31.

²⁾ Man vergleiche die, der Entlassung des königl. Niederländi-

anzunehmen, wo nicht nur kein Gesetz dafür spricht, vielmehr selbst die Verfassung, wie dieser Paragraph und der Geschäftsgang in der obersten Regierungsbehörde bei dem Herzoge allein die Entscheidung voraussetzt. Unter diesen Umständen würde sogar eine Verweigerung der Unterschrift, wosern übrigens der herzogliche Entschluß, und zwar nach »vernommener Meinung des Geheimenraths = Collegii« wirklich erfolgt ist, mit den Amtsobliegenheiten des Geheimenraths in Widerspruch treten, da sie in solcher Voraussetzung einen Theil derselben ausmacht ¹⁾.

In Beziehung auf die Theilnahme des Landesfürsten an den Sitzungen des Geheimenraths, jetzt des Staats = Ministeriums, ist noch zu bemerken, daß solche zwar nach dessen Einrichtung vorausgesetzt wird, allein von dem Willen des Herzogs abhängt, ohne daß der Geschäftsgang danach aufgehalten werden kann; daß vielmehr von jeher in Sachen, deren Gegenstand nicht wohl im Collegium allein entschieden werden durfte, durch einzelne Geheimeräthe dem Fürsten mündlich oder schriftlich Vortrag gemacht und auf solche Weise die höchste Entscheidung eingeholt worden ist, welche sodann eine Ausfertigung veranlaßt hat, unter herzoglicher Hand und

schen Ministers van Maanen vorhergegangene Verhandlung mit den Reichsständen.

¹⁾ Wo es an einer gesetzlich bestimmten Verantwortlichkeit der Minister fehlt, erfüllen sie ihre Pflicht und entledigen sich eigener Verantwortlichkeit, sobald sie dem fürstlichen Befehle Gegenvorstellungen entgegensetzen. Von der Becke, von Staatsämtern 2c. §. 87. v. Dresch, in Pölig Jahrb. der Gesch. u. Staatskunst, 1830. Oktober. S. 340 flg. Gönnert, der Staatsdienst, Landshut 1808 u. f. w.

einer Contrasignatur, oder unter Unterschrift der Mitglieder des Geheimenraths, auf höchsten Specialbefehl.

Einer so ausführlichen Angabe der bestehenden Verfassung bedurfte es, um zu zeigen, wie wenig die Bestimmung des Paragraphen dem Zwecke zu entsprechen vermag, welchen damit zu erreichen man vielleicht erwartet hat.

Daß ein Minister, Geheimerath o. d. für Handlungen verantwortlich ist, welche er selbst gethan, oder veranlaßt hat, folgt aus der Sache. Soll er aber für dasjenige haften, was unabhängig von seiner Meinung auf höchsten Befehl geschehen ist, soll er sogar durch seine Unterschrift für die damit beglaubigte Ausfertigung verantwortlich werden, auch wenn er nicht einmal für die getroffene Maaßregel gestimmt, vielleicht selbst dawider sich erklärt hat; so bedarf es dazu einer ausdrücklichen gesetzlichen Bestimmung, einer Veränderung oder Ergänzung unsrer Verfassung. Um jedoch nun eine solche, gewiß in vielem Betrachte wohlthätige, Gesetzgebung einzuführen, werden die Bedenklichkeiten nicht übersehen werden dürfen, welche dabei eintreten und zu beseitigen sind. Vor allem muß sodann die Uebernahme eines Ministeriums dem freien Willen des Erwählten anheim gestellt, die neuerdings verbreitete Theorie, wonach der Staatsbürger zu Staatsdiensten, der Staatsdiener aber zur Annahme einer andern Stelle verpflichtet ist ¹⁾, gesetzlich abgestellt werden. In einem kleinen Staate findet hiernächst sich der Minister in Regel nicht so hoch gestellt, daß von ihm weniger Dienst erfahrung und eigene Ar-

¹⁾ Heffter, Beiträge zum Deutschen Staats- und Fürstenrecht. I. S. 127 u.

beitsfähigkeit, wie Geschäftsgewandtheit und äußere Eigenschaften erfordert werden könnten; er bedarf vielmehr, um den an ihn gerichteten Forderungen zu genügen; einer Kenntniß und Vorbereitung, welche die Wahl zu einer solchen Stelle sehr schwierig macht. Wird nun ein solcher Staatsdiener in die Alternative versetzt, entweder den Launen eines zu Willkür geneigten Fürsten, auf Gefahr dessen Ungnade, die Spitze bieten, oder sich eigener Verantwortung bloß stellen zu müssen; so werden sich nur Wenige zur Annahme eines solchen Amtes verstehen, der Tüchtigere leicht zurücktreten, wenn ihm nicht eine vorzügliche Charakterstärke, mit einem, Unabhängigkeit sichernden Vermögen verbunden, den erforderlichen Muth einflößt. Dabei kann dem Fürsten in der Wahl eines Beamten, der zu seinem täglichen Umgange und beständigen Rathgeber berufen ist, kein Zwang zugemuthet, also nicht ausgemacht werden, daß wegen Meinungsverschiedenheit eine Entlassung nicht stattfinden solle. Immer aber eine Pensionirung eintreten zu lassen, selbst wenn in solchem Falle die Entlassung auf den Antrag des Ministers erfolgen würde, möchte die Staatscasse zu sehr belasten. Ist das Mittel gegen diese Bedenklichkeiten gefunden; so wird die Wirkung des Mangels der Contrasignatur ebenfalls bestimmter und umfassender ausgedrückt werden müssen, als im Paragraphen geschehen ist, nach welchem die Verfügung für erschlitten erachtet werden soll, die Ausführung derselben also der Behörde, oder demjenigen überlassen bleibt, an welchen jene gerichtet ist.

§. 33.

Dieser Paragraph geht von dem Grundsatz aus,

daß die Militärpflichtigkeit und die Verbindlichkeit des Landes, zur Unterhaltung der Truppen auf die Bundesmatricul beschränkt und gegründet sey. Nur für den hiernach erforderlichen Soldatenbestand braucht das Land zu sorgen, und wollte der Herzog über diesen hinaus seine Truppen vermehren, so brauchen die Landstände dazu weder Kosten zu verwilligen, noch Aushebung zu gestatten. Eine Anwerbung, auf freiwillige Stellung und ohne Beitrag des Landes zu den Kosten, muß dem Landesfürsten ohne Zweifel vorbehalten bleiben.

Vormals fand eine Aushebung allein zur Ergänzung der Landmiliz Statt, welche ohne Beistimmung der Stände weder vermehrt, noch außerhalb Landes gebraucht werden durfte. Auch war der Landschaft die Versicherung ertheilt, »daß der Kriegs=Etat den Kräften des Landes gemäß eingerichtet werden, und die Ausgaben bei der Kriegscasse die Einnahme niemals übersteigen solle.« ¹⁾ Die Linientruppen wurden nur durch freiwillige Anwerbung und gegen Handgeld ergänzt. Es war jedoch zur Unterhaltung eines angemessenen Militärs in der Contribution u. s. w. ein für allemal ein fester Fonds überwiesen.

§. 34.

Wenn hier bestimmt ist: »daß jede Section aus ihrer Mitte zwei Mitglieder — erwählt, welche dem Landesherren zur höchsten Bestätigung zu präsentiren ic.«, so bezieht sich dieses auf die anfängliche Bildung des Landessteuer=Collegiums, wo die vier ständischen Rätthe zugleich zu ernennen waren. Keinesweges ist aber die

¹⁾ G. Landt. Absch. von 1770. Art. 18. Landsch. Privilegien von 1770. Art. 45 und 46.

Meinung gewesen, bei Eröffnungen solcher Stellen dem Herzoge die Wahl unter zweien, nach Stimmenmehrheit vorzuschlagenden Subjekten zu überlassen. Die dem Landesfürsten vorbehaltene Bestätigung des Präsentirten setzt übrigens voraus, daß dieselbe aus erheblichen Gründen verweigert werden kann. Es ist nämlich nicht anzunehmen, daß hier die Absicht auf eine leere Förmlichkeit gerichtet gewesen sey; auch ist ein Grund nicht vorhanden, hier ein Anderes zu verordnen, als unten über die Bestätigung des erwählten Landsyndicus geschehen ist (§. 38.), wo dabei vorausgesetzt wird, daß von Seiten des Landesfürsten »gegen die Person nichts zu erinnern« gefunden werde.

Die landschaftlichen Mitglieder des Landessteuer-Collegiums sind den herzoglichen durchaus gleich, und sollen »in Hinsicht ihrer Ansetzung und Entlassung andern Staatsdienern völlig gleichgestellt« seyn; eine Bestimmung, welche sich schon aus dem §. 19. ableiten lassen würde, indem sie aus der Gleichheit der Dienstverhältnisse folgt, und wohl nur gemacht seyn wird, um Zweifeln entgegen zu treten, welche aus der Stellung jener Mitglieder zur Landschaft, und der ihnen, als Mitgliedern des engern Ausschusses, gegebenen Vollmacht erhoben werden könnten, da Vollmachten unter andern Umständen stets widerruflich sind.

Bei der Berathung über diesen Paragraphen kam zur Sprache, inwiefern gewisse Staatsdienste unverträglich mit dem Amte eines ständischen Steuerraths anzunehmen seyn möchten, und es ward vorgezogen, die Wahlfreiheit unbeschränkt zu lassen, damit bei jedem einzelnen Falle erwogen werden könne, ob eine Verbindung der landschaftlichen Stelle mit einem herzoglichen Dienste

zuzulassen sey. Für diesen Zweck ist die Bestimmung des zweiten Abschnitts dieses Paragraphen gemacht, und so gesorgt worden, daß eine nachmalige Veränderung der Dienstverhältnisse den Steuerrath nicht in eine Lage solle versetzen können, welche seiner Wahl entgegen gestanden haben möchte, wäre sie bereits damals eingetreten gewesen. Dieser Ausweg empfiehlt sich durch die Umstände, indem kein Grund vorliegt, über die Wahlfähigkeit der Repräsentanten des Landes strengere Grundsätze anzunehmen, als in ganz constitutionellen, auf ihre Freiheit höchst eifersüchtigen Ländern, z. B. in Großbritannien geschehen ist, wo bekanntlich die Stellen der Deputirten zum Unterhause mit jedem Staatsamte, selbst mit Ministerstellen vereinbarlich erachtet werden, und man sich durch eine, der hier erwähnten gleiche Maaßregel gegen die Folgen bedenklicher Veränderungen in dem Dienstverhältnisse der Repräsentanten gesichert hat. Auch dürfte nicht leicht seyn, gewisse Staatsämter vor andern für unvereinbar mit einer landschaftlichen Steuerrathsstelle zu erklären; da nach der bestehenden Verfassung alle Verwaltungsbeamten, die höchsten eingeschlossen, ohne Selbstständigkeit sich finden, der Staatsdienst überdem bei uns wie ein ergriffener Beruf, eine Lebensweise und Versorgung betrachtet wird, welche nicht leicht aufzugeben und mit andern zu vertauschen sind, auch lange und kostbare Vorbereitung erfordern; alles Gründe, welche alle diese Beamten in Hinsicht auf die Abhängigkeit vom Landesfürsten gleichstellen. Und dennoch möchten die Staatsbeamten dieser Classe nicht wohl Alle auszuschließen seyn, weil unter ihnen vorzugsweise Männer zu suchen sind, deren Vorbildung und Erfahrung eben die erforderlichen Eigenschaften voraussetzen lassen. Uebrigens bezieht sich die

erwähnte Bestimmung auf die Annahme eines herrschaftlichen Dienstes, oder eine Vertauschung eines bereits bekleideten, betrifft also keine vorübergehende Aufträge ohne wirkliche Anstellung, noch Commissionen.

Ohne die hier im Eingange des letzten Abschnitts dieses Paragraphen gegebene Erklärung, würden die Deputirten der Städte und Freisassen entweder nicht zu Steuerräthen gewählt werden, oder solche Stelle nur vorübergehend behalten können, und so zeigt sich diese Bestimmung als eine Folge derjenigen, welche dieses Amt in Hinsicht auf die Entlassung von ihm den andern Staatsdiensten gleichsetzt. Da übrigens jeder Steuer-rath am Sitze des Collegiums seinen Aufenthalt haben muß, für den landschaftlichen Steuerrath überdem noch die Verpflichtung hinzutritt, als Mitglied des engern Ausschusses stets bereit zu seyn, bei der herzoglichen Regierung in den dazu geeigneten Fällen gesammte Landschaft zu vertreten; so ergiebt sich hieraus die Bedingung der Wählbarkeit, zu Braunschweig seinen Wohnort nehmen zu können. Dieses Erforderniß schließt die Bürgermeister u. d. übrigen Städte aus, da diese sich nicht von ihrer Stadt trennen, ihre Stellen in den Stadtmagistraten aber auch nicht aufgeben und mit dem Amte eines Steuerraths vertauschen dürfen. Denn da sie zur Theilnahme an der Repräsentation bei der Landschaft nicht kraft besondern Auftrages, vielmehr durch ihr Amt berufen sind; so würden sie mit diesem die Eigenschaft eines Landstandes, und hierdurch die Fähigkeit verlieren, ständischer Steuerrath zu seyn. Auch folgt aus der Bestimmung, daß jede Section »aus ihrer Mitte« zu wählen habe, die Beschränkung auf diejenigen Personen, welche durch das, bei Eröffnung des Landtages von der

Regierung aufgestellte, Verzeichniß der Mitglieder jeder Section (§. 42 und 43.) dazu gerechnet sind; daher also diejenigen, welche ihrer Grundbesitzung wegen zur ersten Section gehören, sich aber zur zweiten halten müssen, oder dahin gewendet haben, so lange dieses besteht, in jener unwählbar erachtet werden müssen. (S. oben beim §. 9.)

In Beziehung auf die vorkommenden Wahlen bleibt die zweite Section in ihrer Zusammensetzung so lange bestehen, bis der nächstfolgende Landtag neue Deputirtenwahlen bewirkt, und ist also die Wahl von Landtags-Deputirten der Städte und Freisassen nicht bloß für den Landtag, sondern für den ganzen Zeitraum bis zum folgenden zu treffen, oder als in solcher Ausdehnung geschehen anzusehen. (§. 9.)

§. 35.

Der Wirkungskreis des engern Ausschusses wird hier angegeben; eine Bestimmung, welche ihre Ergänzung im §. 3. am Ende und im §. 18. findet.

Schon frühzeitig finden sich Spuren solcher Ausschüsse, wie in andern Deutschen Ländern ¹⁾, so auch im Braunschweigischen. Die Bezeichnung: engerer Ausschuß, trifft man jedoch zuerst im Jahre 1570 an, wo ein solcher »unter Communication mit getreuen Ständen erwählt, denen dann die Macht gelassen, ohne Maaß oder Ziel zu setzen, sondern nach Befinden wohl andere von der Landschaft in wichtigern Sachen mit zur Deliberation zu ziehen, welche dann alle auf gemeine Kosten zusam-

¹⁾ Hüllmann, Ursprung der Stände u. 2te Auflage. Seite 661 flg.

menkommen« ¹⁾. Hierin liegt zugleich die Entstehung des größern Ausschusses. Gegen Ende des Jahrs 1598 fand ein Unterschied zwischen den Schatzrathen und dem großen und kleinen Ausschusse in soweit Statt, »daß jene von diesen, wie auch von gemeiner Landschaft, erst Information in Vorfällenheiten einholen« mußten ²⁾. In der neuern Zeit identificirte sich der engere Ausschuß mit dem Schatzcollegium, soviel seine Zusammensetzung betraf ³⁾, fand sich übrigens von dem jetzigen in einem völlig verschiedenen Standpunkte. Denn vormals war über die Berufung des allgemeinen Landtages nichts verordnet, und man suchte dieselbe möglichst zu umgehen; daher fand sich denn, der Wirklichkeit nach, die ganze Repräsentation des Landes in den Händen des engern, allenfalls auch des größern Ausschusses, und die Kenntniß der Landesangelegenheiten in die engen Grenzen der Zahl der Mitglieder dieser Ausschüsse, einem Monopole ähnlich, gebannt. Unter ähnlichen Umständen hatte die Lüneburgische Ritterschaft endlich durchgesetzt, daß in Regel wenigstens alle sechs Jahre der Landtag berufen werden mußte, und die Theilnahme an dem Ergehen und der Gesetzgebung des Landes wiederum ein Gemeingut der dazu Berechtigten werden konnte. Hier scheinen für einen ähnlichen Zweck keine Schritte gethan, das Bedürfniß nicht gefühlt zu seyn. Jetzt aber, wo verfassungsmäßig alle drei Jahre ein Landtag gehalten werden soll, ist die Wirksamkeit der Ausschüsse auf ihre ursprüngliche

¹⁾ Wißmann, Annalen 1770. Nr. 38.

²⁾ Ebendaf. 1598. Nr. 123.

³⁾ Privilegien von 1770. Art. 15.

Bestimmung zurückgeführt, die Landschaft keinesweges zu ersetzen, sondern nur insofern zu vertreten, als die Umstände nicht gestatten, sie selbst mit ihrer Ansicht u. s. w. zu vernehmen. Dieses ist der Gesichtspunkt, aus welchem die Bestimmungen des Paragraphen zu beurtheilen und zu erklären sind.

Die Erstattung von Berichten und Gutachten auf Anforderung der Regierung bietet keinen Zweifel dar; hingegen wird bei unaufgefordert zu machenden Anträgen nach den Grundsätzen verfahren werden müssen, die in den §§. 18 — 31. ausgesprochen und oben entwickelt sind. Wo ein Beschluß der gesammten Landschaft vor-
ausgesetzt wird, also erforderlich ist, kann von den Ausschüssen nur unter dringenden Verhältnissen gehandelt werden. Bewilligungen werden nach den Regeln beurtheilt werden müssen, welche darüber im §. 18. besonders ertheilt sind. Dagegen findet sich der Ausschuß zu Vorstellungen, welche das öffentliche Wohl oder die Sicherung der landschaftlichen Rechte erheischen mögen, unbedingt und jederzeit ermächtigt.

Die Versicherung, welche die Privilegien von 1770, Art. 6. aussprechen, nach Gelegenheit, „wo nicht dem größern, doch dem engern Ausschusse von dem statu publico und vorfallenden Reichs- und Kreisaffairen, wie auch sonst in Krieg und Frieden angehenden Sachen bei allen, dem Vaterlande zustehenden Nothfällen, vertrauliche Nachricht ertheilen zu lassen“, ist hier nicht wiederholt worden. Unstreitig deßhalb, weil sie mehr eine Erklärung dessen enthält, was aus dem Verhältnisse zwischen Fürsten und Ständen hervorgeht, als ein Recht der Letzten begründet. Ob solche Sachen eine Mittheilung erlauben und nützlich machen, muß dem Ermessen der

Regierung anheimgestellt bleiben, da die Natur der Staatsverhandlungen in der Regel Oeffentlichkeit ausschließt, und also fast durchaus das Recht der Staatsverträge zu den, von einer ständischen Einwilligung unabhängigen, Befugnissen der Regierung gezählt werden muß ¹⁾, dieses auch selbst in constitutionellen Staaten so gehalten wird.

§. 36.

Der größere Ausschuß bestand bei der Auflösung der vaterländischen Verfassung im Jahre 1808 aus dem engern Ausschusse und vier Prälaten, neun Deputirten der Ritterschaft und den Abgeordneten der Städte Braunschweig, Schöningen, Seesen und Königslutter ²⁾; und zwar bildeten die ritterschaftlichen Deputirten desselben insofern die Pflanzschule für den engern Ausschuß, als die Wahl der drei ritterschaftlichen Schatzräthe aus ihrem Mittel getroffen werden mußte.

Die hier gegebenen Vorschriften über die Wahl der Mitglieder des größern Ausschusses, wie der Umstand, daß die städtischen Deputirten, und diejenigen der Freisassen, von Landtage zu Landtage einem Wechsel unterworfen sind, ergeben, daß der ganze Ausschuß jedesmal nur auf die Zeit von einem Landtage bis zum nächstfolgenden erwählt wird, und auf jedem Landtage durchaus neu gebildet werden muß. Nöthige Ergänzungen in der Zwischenzeit werden nach Analogie des §. 34. vorzunehmen seyn.

Sollte der engere Ausschuß durch Abwesenheit oder Behinderung einzelner Mitglieder unter die Zahl von drei

¹⁾ Klüber, Bundesrecht, §. 463.

²⁾ Landsch. Privilegien von 1770. Art. 15.

Anwesenden sich gebracht finden, scheint ein gültiger Beschluß nicht gefaßt werden zu können, und die Nothwendigkeit einzutreten, sodann den größern Ausschuß einzuladen.

Titel III.

Von der Versammlung der Stände auf dem Landtage und der Behandlung der Geschäfte derselben.

§. 39.

Die Bestimmung im Eingange dieses Paragraphen ist eine nothwendige Folge der weiter unten vorgeschriebenen Geschäftsordnung, indem die Landschaft nur auf dem Grunde gefaßter Beschlüsse sich aussprechen kann, diese aber allein aus einer, sectionsweise gepflogenen Berathung und darauf gefolgter Abstimmung hervorgehen können. Die hier erwähnte Berufung einzelner Mitglieder der Stände, eine Versammlung von Notabeln, wird einzig zu gutachtlichen Aeußerungen zu führen vermögen; wie die im zweiten Abschnitte gestatteten Zusammentretungen der Stände auf eigene Veranlassung nur Berathschlagungen und Verabredungen herbeiführen können, welche Normen für die Theilnehmer, nicht aber Landesbeschlüsse aufstellen, und Unterhandlungen mit dem Landesfürsten zwar einzuleiten, nicht aber Landtags-Abschiede

und das Land verpflichtende Stipulationen hervorzubringen geeignet sind.

Diese Versammlungen ständischer Mitglieder bilden ein altes Recht der Stände, früher oft, und unter andern bei den Maaßregeln gelten gemacht, wodurch die Stände den Sturz des landesverderblichen, sogenannten Landdrostenregiments oder Streithorsischen Ministeriums unter Herzog Friedrich Ulrich bewirkt haben ¹⁾, und ihnen nothwendig, um sich gegen Beeinträchtigungen zu benehmen, wenn der Landtag etwa nicht berufen werden sollte. Die landschaftlichen Privilegien von 1770 erwähnen dieser Befugniß im Art. 18. und gestatten der Landschaft, » sich zur Berathschlagung der Landesnothdurft, vermöge hergebrachter alter Freiheit, in zugelassenen Fällen zusammen zu bescheiden, welches für keine verbotene Conventicula und Conspirationes gehalten werden soll. « Die veränderte Fassung des zweiten Abschnitts des vorliegenden Paragraphen enthält keine Beschränkung. Die » hergebrachte Freiheit « wird vielmehr hier abermals bestätigt, und nur bestimmt, daß der Zweck der Zusammenkunft der Regierung eröffnet werden müsse, als das beste Mittel, den Charakter von Conventikeln und Conspirationen zu entfernen, und darzulegen, daß die Berathung auf » zugelassene Fälle « sich beziehen solle. Ob ein solcher Fall wirklich vorliege, hängt dabei nicht von der Zulassung der Regierung ab, sondern muß aus Zweck und Bestimmung der Landschaft entnommen werden, welche sich verpflichtet finden kann, eben gegen die Vorschritte oder Unterlassungen der Regierung aufzutreten und dieserhalb Verabredung zu treffen.

¹⁾ Des Verfassers Beiträge zur Geschichte der Braunschw. Länd. u. n. b. Lande. IX. S. 167 flg.

Eine merkwürdige Abweichung von der Regel bieten die Verhandlungen dar, welche dem Receß vom 2ten September 1775 vorhergegangen sind. Damals war kein allgemeiner Landtag, wohl aber eine allgemeine Landesversammlung, und zwar durch den engern Ausschuß, jedoch auf Ansinnen des Landesfürsten, ausgeschrieben, welche Deputirte erwählte zur Unterhandlung mit der Regierung über die nachmals im Receße entschiedenen Punkte. Dieser Vorgang vermag aber die begründete Ordnung um so weniger zu ändern, als damals die Veranlassung vom Herzoge ausgegangen ist, und die Einberufung sämmtlicher Stände, sowie deren Bevollmächtigung von Deputirten, die Erfordernisse erfüllten, welche der frühern Verhandlungsweise entsprachen. Denn zu jener Zeit fand eine Trennung in Sectionen nicht Statt, ward keine zwiefache und getrennte Erörterung der Gegenstände, kein Beschluß als das Resultat solcher gesonderten Behandlung erfordert; vielmehr pflegte man sich vorläufig dahin zu vereinigen, daß nicht curienweise, vielmehr nach Köpfen in einer vereinigten Versammlung aller drei Curien berathschlagt und gestimmt werden sollte. Was also jetzt die, als wesentlich vorgeschriebene Form nicht erfüllen würde, war unbedenklich zulässig.

§. 40.

Früher war über die Wiederkehr der Landtage nichts bestimmt, und deren Einberufung dem andesfürstlichen Befinden überlassen. Nur bei dringenden Veranlassungen fanden sie Statt, und die davon unzertrennlichen Kosten, wohl auch die Besorgnisse, mit Beschwerden und Desiderien gedrängt zu werden, ließen sie möglichst vermeiden.

Daß hierbei der Zweck einer ständischen Verfassung,

die Berathung mit einer größern Anzahl der Landeseingesessenen, die eben in dieser Zahl Sicherheit gegen Einseitigkeit und Einfluß des Hofes zu gewähren vermochte, größtentheils verfehlt werden mußte, leuchtet ein, und so liegt in der Bestimmung dieses Paragraphen eine wesentliche Verbesserung. Die Theilnahme an den Verhandlungen der Landesangelegenheiten tritt von jetzt an in rege Uebung, und sichert dem Vaterlande, nach Verlauf der Jahre, erfahrene und geschäftstüchtige Vertreter, wo sonst die Repräsentation in den Händen einiger Wenigen, in denen des engern Ausschusses war, welcher, aus dem Mittel des größern Ausschusses ergänzt, einen oligarchischen Charakter annahm, und wo bei den seltenen Fällen landschaftlicher Versammlung die Hinzutretenden, in Regel völlig unbekannt mit der Verfassung und den Gegenständen der Verhandlungen, nur der Leitung des Ausschusses leidend sich überlassen konnten. Hierzu kommt, daß die baldige Wiederkehr des Landtages gestattet, mit den zu treffenden Maaßregeln Versuche anzustellen, die Erfahrung einbessernd zu benutzen und Irrthümer zurückzunehmen, wo früher der Fehlgriff lange hinaus das Land bedrücken konnte.

§. 41.

Die Leitung der Wahl der Abgeordneten zur zweiten Section des Landtages wird hier, wie bereits oben (§. 11 und 12.), den »betreffenden Gerichtsbehörden beigelegt, und obwohl seitdem Rechtspflege und Verwaltung getrennt worden sind, also bezweifelt werden könnte, ob nicht dieses Geschäft den Verwaltungsbehörden nunmehr zufalle; so dürfte es doch noch jetzt mit dem Buchstaben der Landschaftsordnung gehalten werden müssen. Bei

der Wahl der Deputirten, »der Grundbesitzer des Landes«, findet überdem jener Zweifel nicht Statt, da die Kreisämter die Verwaltungsgegenstände zugleich mit gewissen Richterattributionen in ihren Bezirken zu besorgen haben. In den genannten drei Städten hingegen, wo Justiz- und Gemeinerverwaltung gesondert sich finden, möchte es bedenklich seyn, durch den Magistratsvorstand die Wahl leiten zu lassen, weil derselbe schon kraft seines Amtes Deputirter ist, also den aus seiner Stellung hervorgehenden Einfluß gelten machen könnte, um selbstständige Männer zurückzuhalten. Bei den Gerichtsbehörden fällt eine solche Besorgniß nicht nur hinweg, sondern es werden dieselben auch geeigneter seyn, die Fragen zu erwägen und zu beseitigen, welche zur Legitimation über den erforderlichen Grundbesitz (s. §. 11.) gehören. Hierzu kommt, daß die drei Stellen, welche diese Verordnung enthalten (§§. 11, 12 und 41.), nicht des Kreisgerichts allein erwähnen, sondern den Ausdruck Gerichts- und Justizbehörde gleichfalls gebrauchen, hiermit aber die Eigenschaft bezeichnen, in Hinsicht deren der Auftrag dem Kreisgerichte ertheilt werden soll.

§. 42 und 43.

Da die Zusammensetzung beider Sectionen stets für den ganzen Zeitraum von Landtag zu Landtag geschieht, so findet eine Veränderung des Personals nicht anders Statt, als wie durch eine neue Besetzung eines zur Stimmführung berechtigenden Amtes. Dieses wird hier ausdrücklich ausgesprochen, und verordnet, daß die Legitimation für alle Versammlungen der Section, wozu Jemand gehört, gelte, und daß die Uebertragung der Stimme durch Vollmacht nur vor der Legitimation bei

der obersten Staatsbehörde zulässig sey, nach derselben aber nicht mehr gestattet werde. Bei vorübergehenden Behinderungen tritt nur eine Beurlaubung oder Entschuldigung ein, und fällt sodann die Stimme ganz aus. (§. 75.)

§. 44.

Der Ort der Landtagszusammenkunft ist hiernach unbestimmt gelassen, und wird zu einer Uebereinkunft zwischen dem Landesfürsten und dem engern Ausschusse verstellt bleiben müssen, da der Landtags = Abschied von 1770, Art. 39, dieses ausdrücklich bestimmt. Aus der Einrichtung der Sitzungszimmer u. s. w. im Landschaftsgebäude zu Braunschweig ist nur die stillschweigende Vereinbarung, daß die Landtage in der Regel daselbst versammelt werden sollen, nicht aber eine, jede Abweichung ausschließende, Bestimmung zu folgern.

Der Ausdruck »Mitglied« bezieht sich auf alle diejenigen, welche den Landtag für das Mal bilden, also auch auf die Vormünder unmündiger Mitglieder der Ritterschaft, obwohl diese kein eignes Stimmrecht haben mögen. Sie leisten den erforderlichen Eid ab in eigenem Namen und für die Dauer ihrer Vormundschaft; so daß ihr Pflegbefehlner, wenn er mündig wird und zur Stimmführung gelangt, auch für sich den Eid zu schwören hat. Es ist dieser Eid mit einem Amtseide zu vergleichen und von der Huldigung zu unterscheiden.

§. 45.

Dieser Paragraph wendet die Bestimmung der §§. 1 und 14. über die Aufhebung der vormaligen drei

Gurien an, indem er jeden Unterschied der Mitglieder in den Sectionen aufhebt, sie sämmtlich einander gleichstellt.

Die Fassung der Beschlüsse »nach absoluter Mehrheit der Stimmen«, als Regel für den Geschäftsgang hier verordnet, findet jedoch eine Ausnahme im Falle des §. 64. Die Entscheidung nach Stimmenmehrheit hat längst bestanden. (Landt. Absch. von 1586, v. 1625, 31sten Jan., v. 1636, 10ten Novbr., v. 1638, 3ten Aug., v. 1642. §. 3.)

§. 46.

Die Verhandlungen in den Sectionen sind collegialischer Art, und erfordern eine gemeinschaftliche Berathschlagung und Erörterung. Einseitige Prüfung der Sache genügt keinesweges, indem ein Jeder aus der Vergleichung der verschiedenen Ansichten Belehrung entnehmen kann und soll. Dieser Grundsatz ist es, der jede Instruction ausschließt und Eingebungen Andrer unzulässig macht.

§. 47.

Daß die Sitzungen beider Sectionen nicht zu gleicher Zeit gehalten werden sollen, wird hier nicht unbedingt vorgeschrieben, sondern nur verordnet, weil beide Sectionen gleiche Rechte, daher auch gleiche Ansprüche auf die Hülfe des Landsyndikus haben. Da nun die Geschäfte sehr gefördert werden, wenn die Verhandlungen gleichzeitig fortschreiten können, auch sodann die Möglichkeit eintritt, durch mündliche, etwa durch den Landsyndikus besorgte, Mittheilungen unter den Sectionen den Gang der Berathung zu erleichtern, so wird es nicht nur zulässig, sondern nützlich seyn, die Sitzungen beider

Sectionen zu gleicher Zeit zu halten; vorausgesetzt, daß in der Einen derselben, oder in Beiden solche Secretäre gewählt sind, die in der Protokollführung hinlänglich geübt sich fühlen, unter den Mitgliedern auch an Männern es nicht fehlt, welche durch Erfahrung und Kenntniß der Landesverfassung den Beirath des Landsyndikus für die Zeit zu ersetzen vermögen, welche derselbe, unter beiden Sectionen sich theilend, der andern widmen muß.

§. 48.

Dieser Paragraph kann in der Anwendung Zweifel veranlassen. Er läßt nämlich unentschieden, ob zu einem jeden der drei Candidaten zur Präsidenten- und Vicepräsidenten Stelle einzeln zu wählen ist, oder aber, ob diejenigen drei Mitglieder, welche unter den, durch die Abstimmung Benannten, die relativ mehrsten Stimmen erhalten haben, dem Landesherrn vorgeschlagen werden sollen? Auf dem ersten Landtage (am 24sten November 1820) ward von der ersten Section nach der ersterwähnten Ansicht, von der zweiten hingegen nach der letzten verfahren, und die Regierung hat beide Methoden stillschweigend gebilligt, den Zweifel also ungelöst gelassen. Da nun, eben weil damals die Sache nicht als zweifelhaft herausgehoben und zur Entscheidung gebracht worden ist, hieraus nicht gefolgert werden kann, daß beide Verfahrensorten gleich zulässig sind; wie denn ohnehin die Declaration eines Landesvertrages nur im Wege einer Uebereinkunft unter den Paciscenten geschehen kann; so bleibt diese Ungewißheit noch durch nähere Bestimmung zu lösen. Die Sache ist übrigens keinesweges unwichtig, und sprechen, bei näherer Erwägung, die mehrsten Gründe für die erste Ansicht, obwohl der Buchstaben des Para-

graphen der letztern Meinung das Wort redet. Denn, nach der hiernach einzuschlagenden Verfahrensweise kann, im Falle die Abstimmung einstimmig ausfallen und ein und dasselbe Mitglied bezeichnen sollte, eine zweite, vielleicht auch eine dritte Wahl nicht vermieden werden, eben weil drei Candidaten vorzuschlagen sind; auch mag derjenige, welcher hier etwa nur einige Stimmen erhalten hat, eine auszeichnende Meinung seiner Collegen für sich nicht anführen, kann dennoch aber unter den Dreien sich finden, welche die mehrsten Stimmen erhalten haben. Erwägt man nun, daß der Zweck ist, drei Candidaten zur Auswahl dem Landesfürsten vorzuschlagen; daß jeder dieser Drei gleich berufen seyn, eine wenigstens ähnliche Qualification nach dem Urtheile der Section für sich anzuführen haben muß, und endlich im Rechte der einzelnen Stimmführer die Befugniß liegt, solche Männer indirect auszuschließen, welche er für untüchtig hält; so dürfte die nöthige Auslegung nicht zweifelhaft, aber um so unerläßlicher seyn, als hier die logische der grammatischen Interpretation entgegen wirkt.

§. 49.

Ueber die Erfordernisse zum Amte eines Secretars giebt der §. 52. den Aufschluß.

§. 50.

Zu 1) ist auf die Bestimmungen der §§. 47, 56 und 75 zu verweisen, indem wegen der Zeit der Sitzungen eine Uebereinkunft mit dem Vorstande der andern Section erforderlich ist (§. 47.), für die Verhandlung über einzelne Anträge der Mitglieder ein Tag mit dem Antragenden vorgängig verabredet werden muß (§. 56.),

und, wegen Aussetzung der Sitzungen auf kurze Zeit, ein Beschluß der Section über das Vorhandenseyn einer »hinreichender Veranlassung« erfordert wird (§. 75.).

Zu 2) Ueber die Ordnung bei den Arbeiten der Section finden sich die Vorschriften unten, §. 54 bis 65.

Bei 3) muß der §. 70. verglichen werden, so wie zu 4) der §. 61.

Ueber die Stimmensammlung — 5) enthalten die §§. 45, 64 und 54, jene beiden über die Berechnung der Stimmenmehrheit, dieser über die Zeit der Abstimmung die nähern Vorschriften.

§. 54.

Der Anfang der Versammlung, nicht eigentlich die Eröffnung der Sitzung der Section, soll sich nach der Bestimmung richten, welche der Präsident darüber gemacht hat (§. 50.); denn die Sitzung wird nur eröffnet werden können, nachdem sich die erforderliche Anzahl Mitglieder wirklich eingefunden hat, nämlich wenigstens ein Drittheil der ganzen Zahl, wenn nur über die Vorfrage (s. §. 56.) zu stimmen ist, oder die Hälfte, wenn endliche Beschlüsse gefaßt werden sollen.

Diese relative Zahl bestimmt sich nach derjenigen, welche aus der Anmeldung und Legitimation bei Anfang des Landtages (§. 42.) hervorgeht, nicht etwa nach dem Bestande der eben am Orte des Landtages Anwesenden, nachdem die vorübergehend Entschuldigten abgerechnet sind; denn nicht diese allein machen die Summe »der die Section bildenden Mitglieder« aus.

§. 55.

Da die landesfürstlichen Propositionen die Vorfrage,

sowohl über die Zulässigkeit einer Erwägung, als auch darüber, ob die Sache zur vorläufigen Prüfung einer Commission übertragen werden soll, hinwegfällt, und dieselben immer von einer solchen vorbereitend bearbeitet werden müssen (§. 73.); so findet, nach der Mittheilung der Proposition, bloß eine nochmalige Bekanntmachung derselben in der Section Statt, und muß sofort diese Commission ernannt werden. Hierzu aber wird geschritten werden können, auch wenn nur ein Drittheil der Mitglieder versammelt ist (§. 54.).

§. 56.

Da die Gegenstände, worüber von den Ständen Anträge bei der Regierung gemacht werden können, ihre Bestimmung oben in den §§. 29 bis 31. erhalten haben; so muß dieser Paragraph darauf bezogen werden, ohne daß hier eine uneingeschränkte Befugniß zu Anträgen ertheilt befunden werden dürfte.

Die Frage, ob ein Antrag an eine Commission zu verweisen sey? beantwortet sich nach den Bestimmungen der §§. 66 und 73.

§. 58.

Dieser Paragraph handelt von den Reden, oder umfassenden Vorträgen über einen zur Berathung verstellten Gegenstand, unterschieden von den kürzern Entwicklungen, welche die Mitglieder zur Begründung ihrer Ansichten zu äußern für gut finden, und von denen der §. 60. handelt. Nur bei jenen bedarf es einer vorgängigen Bestimmung der Folge der Vorträge, wenn letztere sie nur erforderlich machen, wenn Mehrere zugleich das Wort verlangen sollten. Uebrigens beziehen sich dieser und der

folgende Paragraph, obwohl beide nur der Verhandlungen über Anträge gedenken, zugleich auf die Art der Berathschlagung über landesfürstliche Propositionen. Die commissarische Vorarbeit schließt nämlich ausführliche Vorträge von andern, nicht zur Commission ernannten, Mitgliedern keinesweges aus.

§. 59.

Sollte die Berathung eröffnet seyn, ohne daß die zur Fassung eines Beschlusses erforderliche Anzahl der Mitglieder (§. 54.) gegenwärtig sich befunden, oder sich Einzelne früher haben entfernen müssen, so muß die Abstimmung nicht nur vertagt, sondern die Discussion selbst offen erhalten werden, ohne daß es solcherhalb einer besondern Bestimmung der Versammlung bedarf.

§. 60.

Die Beschränkung der Vorträge bezweckt, einer unnöthigen Weitläufigkeit in der Behandlung der Geschäfte vorzubeugen, wird aber überall Ausnahmen zu lassen, sobald dazu ein erheblicher Grund vorliegen sollte. Nur darf es nie zu einem gegenseitigen Disput kommen; vielmehr hat ein Jeder, ohne die Widerlegung Anderer zum Ziele zu nehmen, nur die Begründung seiner Ansicht im Auge zu behalten, bloß auszuführen, daß seine Meinung die vorzüglichere sey; die Vorträge u. der übrigen aufgetretenen Redner hingegen nur insoweit zu berücksichtigen, als dieser Zweck erfordert.

§. 64.

Der Verordnung dieses Paragraphen liegt die Absicht zum Grunde, dem Neuerungsgeiste der Zeit ein

wohlthätiges Hinderniß entgegen zu setzen, und Anträge zu wesentlichen Veränderungen in der Landes- und Steuerverfassung nur von einem bedeutenden Uebergewichte der Stimmen ausgehen zu lassen, damit die Gewißheit erlangt werden möge, daß sie das Ergebnis einer allgemeinen Ueberzeugung von ihrem Nutzen und ihrer Dringlichkeit sind. Der Gesetzgeber wünscht die Mittelstraße eingeschlagen zu sehen, zwischen dem Drange zur Anwendung abstracter Grundsätze, dem Leichtsinne im Probiren auf die Gefahr hin, das Glück einer ganzen Generation ungereiften Theorien zum Opfer darzubringen, und dem starren Festhalten am Bestehenden; er zielt auf die Erwartung hin, daß die Vertreter des Landes sich mit dem Fürsten vereinigen werden, um das einmal vorhandene nicht revolutionär zu zerstören, sondern dem anerkannten Bedürfnisse gemäß, von der Erfahrung geleitet, umzubilden. Auf diesem Wege ist diese Ordnung entstanden, und so möge sie, allmählig fortschreitend, sich durch Verbesserungen der Vollkommenheit nähern!

§. 65.

Hier werden die bekannten Grundsätze von der Wirkung der Stimmenmehrheit und Ueberstimmung in Collegien auf die landschaftlichen Sectionen in Anwendung gebracht; eine nothwendige Wirkung der Verhältnisse.

§. 66.

Bei einem, in der einen Section beschlossenen, Antrage fällt die Abstimmung über die Vorfrage (§. 56.) in der andern hinweg, welche sich auf dem hier vorgeschriebenen Wege damit beschäftigen und über ihn abstimmen muß. Uebrigens trifft auch bei den Berathungen

über landesfürstliche Propositionen zu, was hier in Beziehung auf die von der Landschaft ausgehenden Anträge von der erforderlichen Uebereinstimmung der Beschlüsse beider Sectionen verordnet ist. Die Beschlüsse der Sectionen gelten nur vorläufig, bilden keinen landschaftlichen Beschluß, als sofern sie im Einklange sind; denn nur dann können sie dem Landesfürsten vorgelegt werden, um dessen Resolution auszuwirken.

§. 67.

Die nöthige Vereinbarung beider Sectionen über einen übereinstimmenden Beschluß wird oftmals schon durch Mittheilung ihrer beiderseitigen Gründe, welche der Landsyndikus am passendsten besorgt, bewirkt werden können; da es von beiden gewünscht werden muß, vermöge gegenseitiger Annäherung einen Gegenstand zu erledigen, der sonst ganz würde beruhen müssen (§. 69.). Das hier nachgelassene »Zusammentreten der Mitglieder beider Sectionen« findet nur als ein Mittel zur Uebereinkunft Statt, kann aber die Regeln über den Geschäftsgang nicht abändern. Auch bei einem solchen Zusammentreten darf die Abstimmung und Stimmenberechnung bloß sectionsweise vorgenommen werden, und würde ein Ueberzählen der Stimmen ordnungswidrig und unwirksam seyn, weil die zwiefache Behandlung der Berathungsgegenstände, in zwei getrennten Abtheilungen der Landschaft, wesentlich und eine Eigenthümlichkeit der Verfassung ist (§. 2 und 45.).

§ 68.

Da die Berichterstattung in dem hier vorausgesetzten Falle einer Meinungsverschiedenheit beider Sectionen nicht als Beschluß der Landschaft betrachtet werden kann

84 Von der Versammlung der Stände auf dem Landtage

(§. 66 und 69.), so ist sie nur als eine der Regierung, auf deren Proposition, ertheilte Antwort zu betrachten. Die landesfürstliche Bestimmung zu der einen der beiden Ansichten, vermag nicht derselben die Kraft eines verabschiedeten Punktes beizulegen, und der einzige Gebrauch, welcher von einem solchen doppelten Gutachten gemacht werden kann, wird bei der Entwerfung neuer Propositionen für den nächstkünftigen Landtag einzutreten vermögen.

§. 71.

Im Jahre 1602 trugen die Stände darauf an, daß der Herzog persönlich dem Landtage beizuhocken möge, welches jedoch, als nicht gleichförmig früher beobachtet, abgelehnt ward. (Landt. Absch. v. 1642. §. 3.)

§. 73.

Eine vorläufige Prüfung und Bearbeitung der vorkommenden Gegenstände durch eine Commission ist nothwendig:

- 1) bei allen landesfürstlichen Propositionen;
- 2) bei den Anträgen, welche in einer Section beschlossen und zur Beistimmung an die andre gebracht sind (§. 66.);
- 3) bei jedem von der Section selbst ausgehenden Antrage, welcher nicht sogleich übersehen und beurtheilt werden kann.

Denn Gegenstände, bei welchen dieses der Fall ist, können nicht zu den »umfassenden« gezählt werden, und die im Paragraphen aufgestellte Regel läßt Ausnahmen zu, sobald die beabsichtigte Gründlichkeit und Vollständigkeit der Erörterung auf einem kürzern Wege erreicht

werden kann, eine commissarische Vorarbeit aber eine leere Förmlichkeit enthalten würde.

§. 74.

Der Vortrag, welcher Namens der Commission über das Resultat ihrer Berathschlagung in der Section zu halten ist, darf nicht nur schriftlich gefaßt und abgelesen werden (§. 60.); sondern es wird ein schriftlicher Aufsatz sogar erfordert, wenn das Gutachten der Commission auf einen Antrag an den Landesfürsten gerichtet ist, indem es zur Vollständigkeit der ihr übertragenen Bearbeitung gehört, die Sache bis zur Abstimmung vorzubereiten, ihr Gutachten überdem auch einem in Vorschlag gebrachten Antrage zu vergleichen ist, der unter solcher Voraussetzung immer schriftlich gefaßt werden muß (§. 57.).

§. 76.

In der hier verordneten Geheimhaltung der landschaftlichen Verhandlungen liegt ein indirectes Verbot der Deffentlichkeit der Sitzungen. Es ist nicht Zweck dieser Abhandlung, die Grundsätze der Landschaftsordnung einer Kritik zu unterwerfen; dennoch werden folgende Bemerkungen hier nicht am unrechten Orte stehen. In einer so zahlreichen Versammlung, wie die Landschaft bildet, bedarf es der Garantie nicht, welche in die Deffentlichkeit der Verhandlungen gesetzt wird; weil die Erfahrung ergibt, daß schon aus der Zahl der Mitglieder eine genügende Deffentlichkeit hervorgeht, die nöthige gegenseitige Beaufsichtigung durch sie gesichert ist, und die Geheimhaltung, des Gebots ungeachtet, nur sehr selten und immer unvollkommen beobachtet wird. Die Verhandlungen Jedermann zugänglich machen, würde, zumal bei dem

jetzigen Stande unserer öffentlichen Bildung, wo die Fertigkeit der Rede sich selten entwickelt findet, den Nachtheil herbeiführen, dem Sprechfertigen das Uebergewicht vor dem Erfahrenen und Gelehrteren, wenn dieser seiner Redekunst nicht vertrauet, zu geben, desjenigen Nachtheils nicht einmal zu gedenken, welcher aus der Furcht vor der Gallerie zu besorgen seyn wird, indem diese, weniger mit Staatsbürgern, als den Satelliten einzelner Parteihäupter besetzt, durch Einschüchtern der Furchtsamen, die freie und vielseitige Beleuchtung der Gegenstände beeinträchtigen möchte.

§. 77.

Die Redaction des Landtags-Abschiedes geht, nach der Bestimmung des §. 66, von der Regierung aus, indem derselbe eigentlich nur eine Zusammenstellung der landesfürstlichen Resolutionen auf die einzelnen Berichte ausmacht. Es wird derselbe jedoch zuvor im Entwurfe den Ständen, oder einer Deputation derselben, zur Prüfung mitzutheilen, und diese mit ihren Erinnerungen darüber zu hören seyn, da er einen Landesvertrag enthält und beurkundet. Die Privilegien von 1770, Art. 14, besagen dieses ausdrücklich.

§. 78.

Bei den alten Hoftagen (s. Einleitung) war es eingeführt, daß die dazu berufenen Dienst- und Lehnmannen, auch Kirchenbeamten, auf Kosten des Fürsten, mit ihren Pferden und Knechten, verpflegt wurden, und dieses Herkommen ist in mehrern Reichslanden auf die Landtage übergegangen ¹⁾. Im Braunschweigischen ist darüber keine

¹⁾ Hüllmann, Ursprung der Stände. §. 53.

festen Regel beobachtet worden, und in der neuern Zeit sind nur den Mitgliedern der zu Bearbeitung landschaftlicher Gegenstände niedergesetzten Deputationen und den Ausschüssen Diäten bewilligt worden. Der vorliegende Paragraph enthält über diesen Gegenstand die ersten vollständigen Bestimmungen. Die Diäten wurden im Jahre 1669 auf 2½ Thlr., im Jahre 1695 aber auf 3 Thlr. täglich bestimmt ¹⁾.

§. 79.

Dieser Paragraph wiederholt die Bestimmung der Privilegien von 1770, Art. 9

¹⁾ Wißmann, Annalen zu den angeführten Jahren.

Anlage I.

Verordnung, die erneuerte Landschafts-Ordnung betreffend, d. d. Carlton House, den 25^{ten} April 1820.

Wir GEORG der Vierte, von Gottes Gnaden König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland, auch König von Hannover, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unseres vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg &c.

fügen hiemit zu wissen:

Demnach wir den, in Gefolg Unserer Verordnung vom 6^{ten} September voriges Jahres, zu Braunschweig versammelten Ständen des Herzogthums Braunschweig-Wolfenbüttel und des Fürstenthums Blankenburg vor allen andern Propositionen zuvörderst den Entwurf einer revidirten Landschafts-Ordnung für beide Länder vorlegen lassen, und derselbe, nach den darüber gepflogenen Unterhandlungen und erfolgter Vereinbarung, folgendermaßen wörtlich abgefaßt und von den Ständen angenommen und vollzogen worden:

Titel I.

Von dem Wesen und den Bestandtheilen der Landschaft, den Eigenschaften und Wahlen ihrer Mitglieder.

§. 1. Die vereinten Stände des Herzogthums Braunschweig-Wolfenbüttel und des Fürstenthums Blankenburg repräsentiren die Gesamtheit der Einwohner beider Länder, ohne besondere Beziehung auf die verschiedenen Classen, denen sie angehören, und haben dieselben auf den Landtagen und bei allen ständischen Versammlungen und Berathschlagungen zu vertreten, deren Interesse und Rechte verfassungsmäßig wahrzunehmen, und die letztern insonderheit auf die, in der gegenwärtigen Landschafts-Ordnung vorgeschriebene Art und Weise in Ausübung zu bringen.

§. 2. Die gesammte Landschaft bildet ein, aus zwei einander an Rechten und Ansehen völlig gleichen Sectionen bestehendes, ungetrenntes Ganzes. Die erste derselben begreift die Hälfte der bisherigen Prälaten-Curie und die Besitzer der bisher landtagsfähigen Güter, die zweite die andere Hälfte der bisherigen Prälaten-Curie, die Deputirten der Städte und die Abgeordneten der Besitzer ländlicher freier Güter, welche bislang nicht landtagsfähig waren.

§. 3. Zu der Ritterschaft gehören alle Eigenthümer der bisher mit Sig und Stimme auf den Landtagen berechtigten und im Besiz der Landstandschaft befindlichen adeligen Güter, jedoch die Güter, welche die Landesherrschaft erworben hat, ausgeschlossen, namentlich die Besitzer der Rittergüter zu: 1) Allrode, 2) Altena, 3) Ampleben, 4) Aistfeld, 5) Bahrum, 6) Buchhagen, 7) Benzingerode, Oberhof, 8) Benzingerode, Unterhof, 9) Bisperode, 10) Bodenburg, 11) Braunschweig, Rüchenhof, 12) Brunkensen, 13) Brunsrode, 14) Burgdorf, 15) Büstedt, 16) Cattenstedt, 17) Deensen, 18) Al. Denke, 19) Destedt, Oberburg, 20) Destedt, Unterburg, 21) Detum, 22) Dusterthal, 23) Duttonstedt, 24) Engerode, 25) Esbeck, 26) Gittelde, 27) Glentorf, 28) Halchter, 29) Hedwigsburg, 30) Hehlen, 31) Herrhausen, 32) Hilprechtshausen, 33) Ildehausen, 34) Kirchberg, 35) Kirchbraak, Oberhof, 36) Kirchbraak, Unterhof, 37) Königslutter, Oberhof, 38) Kö-

nigslutter, Unterhof, 39) Rüblingen, 40) Lauingen, 41) Pesse
 42) Linden, 43) Linden, 44) Lutter am Barenberge und
 Rhode, 45) Meinbrexen, 46) Reindorf, 47) Nienhagen,
 48) Niedern-Sicke, 49) Nordsteimke, 50) Delber, Oberhof,
 51) Delber, Unterhof, 52) Remlingen, 53) Riddagshausen,
 54) Rimmerode, 55) Rottorf, 56) Samleben, 57) Schep-
 pau, 58) Groß-Sisbeck, 59) Schlieftedt, 60) Schöningen,
 Canzlerhof, 61) Schöningen, Schulhof, 62) Seesen, 63)
 Stadtdendorf, 64) Süplingenburg, 65) Thiede, 66) Thüne,
 67) Timmenrode, 68) Groß-Zwülpfstedt, 69) Groß-Bahl-
 berg, 70) Klein-Bahlberg, 71) Beltheim an der Dhe, 72) Vol-
 kersheim, Oberhof, 73) Volkersheim, Niederhof, 74) Wabum,
 75) Wendessen, 76) Westerbrak, 77) Windhausen, 78) Wol-
 perode.

Die Virilstimme auf den Landtagen haftet auf dem jetzigen
 ganzen Umfange der in die Rittermatrikel eingetragenen Zu-
 behörungen der Güter, und soll eine Zerstückelung derselben,
 oder die Veräußerung solcher immatrikulirter Parzellen den
 Verlust des Stimm-Rechts zur Folge haben, wofern der Be-
 sitzer des Guts davon nicht vorher bei dem permanenten Aus-
 schusse der Landschaft Anzeige gemacht, und auf dessen Bericht
 an den Landesherrn die höchste Genehmigung seines Vorha-
 bens erlangt hat.

§. 4. Aus der bisher bestandenen Curie der Prälaten
 erscheinen als Mitglieder der ersten Section die Aebte der
 Stifter und Klöster Königsutter, Amelunxborn, Riddags-
 hausen, die Decane oder Deputirte der Stifter St. Blasii
 und St. Cyriaci und der Probst des Stiftes Steterburg, und
 als Mitglieder der zweiten Section die Aebte oder Präbste der
 Stifter und Klöster Marienthal, Michaelstein, Marienberg,
 Lorenz, Frankenberg, Elus und Brunshausen.

§. 5. Von Seiten der Städte des Landes wohnen de-
 ren Abgeordnete der zweiten Section bei, und zwar für die
 Hauptstadt Braunschweig sechs Deputirte, für Wolfenbüttel
 und Helmstedt zwei; und jede der übrigen Städte, namentlich
 Blankenburg, Gandersheim, Hasselfelde, Holzminden, Kö-
 nigslutter, Schöningen, Schöppenstedt, Seesen und Stadtd-
 endorf sendet ein Mitglied zu der Versammlung.

§. 6. Für den Stand der nicht zu der Ritterschaft ge-

Verordnung, die erneuerte Landschafts-Ordnung betreffend. 91

hörigen Grundbesitzer auf dem Lande wird in jedem Kreisgerichte aus der Zahl der sowohl auf dem platten Lande, als in den Städten und Flecken ansässigen Schrift- und Freisassen ein Deputirter ausersehen und der zweiten Section zugeordnet.

Die Güter und Höfe derselben dürfen in ihren Hauptbestandtheilen keiner Dienst- oder Meier-Verpflichtung unterworfen seyn, und sollen von dem darüber aufgenommenen Verzeichnisse die betreffenden Auszüge den verschiedenen Kreisgerichten zugefertigt werden, um sich derselben bei den einzuleitenden Wahlen zu bedienen.

Das Stimm-Recht und die Wahlfähigkeit der Besitzer solcher Güter und Höfe haftet auf dem jetzigen Umfange derselben und geht eben so, wie bei den Rittergütern §. 3 festgesetzt worden, durch Trennung und Veräußerung der Theile derselben verloren.

§. 7. Es kann die solchergestalt zusammengesetzte Landschaft mit keinem neuen Mitgliede vermehrt, und insonderheit die Landstandschafft keinem Gute anders beigelegt werden, als mit Bewilligung des Landesherrn und Zustimmung der ständischen Section, in welche ein neues Mitglied aufgenommen werden soll.

§. 8. Um auf dem Landtage erscheinen zu können, wird erfordert, daß derjenige, welcher dabei Sitz und Stimme führen will, volljährig, der christlichen Religion zugethan, nicht wegen Verbrechen in Untersuchung sey, oder zu einer härtern, als Geld- oder simplen Gefängnißstrafe verurtheilt worden.

§. 9. Wenn Jemand mehr, als ein Rittergut besitzt, so ist er doch nur zu einer Stimme berechtigt; auch haben mehrere, welchen ein solches gemeinschaftlich zugehört, davon nur eine Stimme zu führen, und hängt es von ihnen ab, wem sie unter sich dieselbe übertragen wollen.

Niemand kann auf einem und demselben Landtage persönlich in den beiden Sectionen zugleich auftreten, wohl aber in der, wo er nicht selbst erscheint, einen Bevollmächtigten stellen. Wer vermöge seines Amtes in eine der beiden Sectionen eintritt, muß da persönlich anwesend seyn, wo ihm das Amt den Platz anweist. Wer als Besitzer eines Ritterguts zu einer Virilstimme berechtigt, zugleich aber, wegen eines ihm zu-

gehörigen Freisassenguts, zum Deputirten der Freisassen erwählt ist, muß persönlich in der zweiten Section sich einfinden.

§. 10. Frauenzimmer können nicht in Person auf dem Landtage erscheinen. Für Verheirathete wird das auf ihren Gütern ruhende Stimm-Recht von ihren Ehemännern ausgeübt; Unverheirathete können es von einem Bevollmächtigten ausüben lassen, jedoch muß der letztere selbst Rittergutsbesitzer seyn. Für Minderjährige geschieht solches durch ihre Vormünder. Den Haussohn vertritt der Vater, wenn wegen seines Gutes keine besondere Vormundschaft angeordnet ist. Ueberhaupt kann jeder Rittergutsbesitzer, so wie jedes, vermöge seines Amtes, eintretende Mitglied der Landschaft, wenn es verhindert wird, in Person auf dem Landtage zu erscheinen, zur Führung seiner Stimme einen Mitstand, oder ein Rittergutsbesitzer einen seiner volljährigen Söhne, bei Fideicommissen den Substituirtten, schriftlich bevollmächtigen, jedoch muß das Hinderniß jedes Mal bescheinigt werden, und mehr als zwei solcher Vollmachten darf kein Landstand übernehmen. Für in Concurs gerathene Rittergüter ruht das Stimm-Recht so lange, als der Concurs dauert.

§. 11. Die Städte werden durch den Vorsteher der die Güter der Stadt verwaltenden Behörde (Bürgermeister, oder wie der erste Staatsbeamte nach der bestehenden oder künftig einzurichtenden Verwaltungs-Ordnung heißen möge) vertreten, daher auch in den Städten Braunschweig, Wolfenbüttel und Helmstedt der Stadt-Director, erste Stadtrath oder Bürgermeister, vermöge seines Amtes einer der von diesen Städten abzuordnenden Deputirten ist. Die übrigen fünf Abgeordneten der Stadt Braunschweig müssen aus der Bürgerschaft gewählt werden, und zwar dergestalt, daß zwei derselben aus den Großhändlern, Banquiers und Fabrikherren, die drei Andern aber aus der übrigen Kaufmannschaft, den kleinern Fabrikanten, Rentirern, Künstlern oder Handwerkern und anderen bürgerliche Nahrung treibenden Personen zu nehmen; auch müssen diese Deputirte sämmtlich mit Grundstücken angeschlossen seyn. Ein Gleiches gilt von den zu wählenden Deputirten der Städte Wolfenbüttel und Helmstedt, welche ebenfalls zu den Classen der bürgerliche Gewerbe treibenden Einwohner gehören müssen. Diese Abgeordneten der erwähnten Städte wer-

den für jeden Landtag von den Stadt-Deputirten durch die Mehrheit der Stimmen gewählt, und geschieht diese Wahl unter Leitung der Justiz-Behörde, welche den Gewählten davon benachrichtigt und darüber eine Urkunde zur Legitimation desselben ausfertigt, sich jedoch alles Einflusses auf die Wahl selbst zu enthalten hat. Findet sich bei mehreren gewählten Personen eine Gleichheit der Stimmen, so entscheidet das Loos unter ihnen.

§. 12. Die Deputirten der zur zweiten Section gehörigen Besitzer freier, bisher nicht landtagsfähiger, Güter werden durch freie Wahl von den Besitzern selbiger Güter ernannt, und zwar dergestalt, daß dieselben, so viel ihrer im Umfange des Kreisgerichts sich befinden, auf Veranlassung und unter Leitung des Kreisgerichts zusammentreten und ihren Deputirten durch Mehrheit der Stimmen aus ihrer Mitte erwählen.

Es können jedoch unter den Besitzern der Freisassen-Güter nur solche zu Deputirten erwählt werden, welche den Ackerbau als ihr Hauptgewerbe betreiben, nicht aber diejenigen, bei welchen andere bürgerliche Verhältnisse vorherrschend sind.

Wenn in einem Kreisgerichte weniger als drei solcher freier Gutsbesitzer vorhanden seyn sollten, so kann unter diesen eine solche Wahl nicht Statt finden, sondern selbige müssen auf Veranlassung ihres Kreisgerichts mit den Deputirten eines benachbarten Kreisgerichts zur Wahl zusammentreten, durch welche sodann auf dieselbe Weise, wie vorsteht, die Deputirten für beide Kreisgerichte durch Stimmenmehrheit ernannt werden. Das Kreisgericht, mit dessen Deputirten solchergergestalt zur Wahl zusammen zu treten ist, ist dasselbe, vor welchem die Beamten des betreffenden Kreisgerichts in persönlichen Sachen, nach Anleitung der Verordnung vom 24sten Februar 1814, Recht zu nehmen haben, nur mit der Ausnahme, daß, eintretenden Falls, die Kreisgerichte Wolfenbüttel und Riddagshausen nicht mit den Städten Wolfenbüttel und Braunschweig, sondern unter sich gegenseitig zusammentreten sollen.

Von dem betreffenden Kreisgerichte wird dem vorstehendermaßen erwählten Abgeordneten zu seiner Legitimation eine gerichtliche Ausfertigung darüber gegeben, auch von der getroffenen Wahl an die Landesherrschaft berichtet.

Die bisherigen Abgeordneten, sowohl der Städte, als der ländlichen Grundbesitzer, können bei einer neuen Zusammenkunft der Landstände in gleicher Eigenschaft wieder gewählt werden und erscheinen.

§. 13. Sollten ganz besondere und wichtige Gründe eintreten, warum Jemand dem in ihn gesetzten Vertrauen nicht entsprochen und das ihm durch die Wahl übertragene Amt eines Deputirten einer Stadt oder eines Kreisgerichts-Bezirks nicht annehmen kann, so muß er solches, nach erhaltener Benachrichtigung, der betreffenden Behörde sofort anzeigen, damit von derselben wegen einer neuen Wahl das Nöthige zeitig verfügt werde.

Titel II.

Von den Pflichten und Rechten der Landstände.

§. 14. Die erste und heiligste Pflicht der Landstände besteht darin, daß sie die Wohlfahrt und das Beste des Vaterlandes und ihrer Mitbürger in dem ihnen angewiesenen Wirkungskreise, ohne alle Nebenabsichten und Rücksichten auf einzelne Personen und Verhältnisse, nach ihrer besten Einsicht mit Gewissenhaftigkeit zu befördern suchen, und bei allen Angelegenheiten und Vorfällen, wo ihre Einwilligung und Mitwirkung und ihr Rath erfordert wird, hauptsächlich vor Augen haben. Hiernächst haben dieselben bei Ausübung der ständischen Rechte und Befugnisse und bei allen Verhandlungen der Landschaft die bestehende Verfassung und festgesetzte Ordnung genau zu beobachten.

§. 15. Da, der bisherigen Verfassung nach, nur die Reichs-, Kreis- und Princessinnen-Steuern, so wie überhaupt die zur nothwendigen Vertheidigung des Vaterlandes erforderlichen Auslagen, ohne vorherige Verwilligung der Stände aufgebracht werden mußten, so erhält dieser Grundsatz im Wesentlichen bei der allgemeinen Besteuerung des Landes auch ferner seine Anwendung.

Nur versteht es sich bei den inzwischen in Deutschland eingetretenen Veränderungen der Staatsverhältnisse, und da vermöge derselben die Verfügungen und Beschlüsse der Bundesversammlung für sämtliche Deutsche Staaten verbindlich

sind, daß die danach und zur Erfüllung der Bundesverpflichtungen des Landes erforderlichen Steuern und Lasten von den Unterthanen getragen und statt der vormaligen Reichs- und Kreisanlagen auch ferner nach Bedürfniß aufgebracht werden müssen.

Wenn aber zu anderen Staatszwecken und Einrichtungen neue Abgaben den Einwohnern des Landes auferlegt und von ihnen entrichtet werden sollen, so kann solches nicht anders, als mit Einwilligung der Stände geschehen. Ein Gleiches gilt von neuen Leistungen, welche den Unterthanen auferlegt werden sollen, und nicht unter der ihnen obliegenden Landfolge, als Kriegesfuhren und dergleichen, hergebrachte Lasten begriffen sind. Es darf solchemnach in Hinsicht der bestehenden Auflagen und Leistungen keine Veränderung ohne Concurrenz der Landstände getroffen werden.

§. 16. Es macht hiebei keinen Unterschied, welche Gegenstände solche allgemeine Landesauslagen und Leistungen betreffen, ob sie auf Grundstücke, Vermögen, Personen, Gewerbe, oder auf den Verbrauch von Lebensmitteln und Consumtibilien gelegt werden sollen; hingegen ist diese erforderliche Einwilligung der Stände nicht auf solche Abgaben und Leistungen zu ziehen, welche vermöge der höchsten Polizeigewalt zur Leitung des Handels und der Gewerbe, oder zur Ausführung nöthig befundener polizeilicher Einrichtungen und Maaßregeln anzuordnen sind, als wohin namentlich Zölle und Weggelder und Packhaus-Entrichtungen zu rechnen sind. Indessen sollen, hinsichtlich der zu entrichtenden Chausseeelder, künftige Abänderungen des bestehenden Tarifs nicht ohne Zustimmung der Stände vorgenommen werden. Eben so wenig bedarf es der ständischen Concurrenz und Zustimmung in Hinsicht der Aufbringung und Repartition der, ihrer Natur und Beschaffenheit nach, einzelnen Gemeinden, Städten, Ortschaften und Districten obliegenden Lasten, Ausgaben und Kosten, welche nach den Bestimmungen der Regierung durch die betreffenden Behörden zu reguliren sind. Es versteht sich jedoch von selbst, daß hierunter nur die Ausgaben für die Bedürfnisse jedes Orts gemeint sind, und daß allgemeine Landesanlagen oder Einrichtungen nicht unter der Benennung von Gemeindelaisten eingeführt oder erhoben, oder den Gemeinden auferlegt werden sollen.

§. 17. Das ständische Steuerverwilligungs-Recht erstreckt sich übrigens bei seiner Ausübung nicht bloß auf die Art und den Betrag der öffentlichen Abgaben und Leistungen, sondern auch auf die Grundsätze und Verhältnisse, nach welchen selbige auf Gegenstände oder Personen zu legen und zu vertheilen sind, so wie auf die Dauer, Erhebungsweise und Verwendung der aufzulegenden Steuer.

Nachdem über alles dieses zwischen der Landesherrschaft und den versammelten Ständen die nöthigen Unterhandlungen und Berathungen gepflogen und eine gemeinsame Uebereinkunft getroffen worden, wird in deren Gemäßheit die verwilligte Auflage durch eine auf die gewöhnliche Weise, und mit Bezug auf die gepflogene Unterhandlung mit der Landschaft, zu publicirende landesherrliche Verordnung ausgeschrieben und ihre Erhebung verfügt.

§. 18. Die Bestimmung, daß ohne vorgängige Bewilligung der gesammten Stände keine allgemeine Steuer oder Leistung ausgeschrieben werden kann, leidet nur die einzige Ausnahme, wenn in sehr dringenden Fällen das Bedürfniß und Beste des Landes es nicht erlaubt, mit der Ausschreibung der nöthigen Steuer oder Leistung bis zur Versammlung der gesammten Landschaft Anstand zu nehmen.

Wäre ein solcher dringender Fall eingetreten, so wird die Landesherrschaft darüber mit den von den Ständen ernannten Mitgliedern des §. 19. erwähnten Steuer-Collegii, als beständigen Deputirten der Stände, zum Behuf der einstweilen zu treffenden Maaßregeln communiciren, und diese haben alsdann, insofern die Eile der Sache solches erlauben sollte, mit dem zu bildenden größeren Ausschusse der Landschaft zusammen zu treten und sich zu vereinigen. Die hienach vorläufig getroffenen Verfügungen und Anordnungen müssen jedoch auf dem nächsten Landtage den gesammten Ständen eröffnet, ihnen die vorgewalteten Umstände, welche die Aufbringung einer außerordentlichen Steuer, oder die Auferlegung einer neuen Leistung nothwendig gemacht, dargelegt und, nachdem auf ihre Zustimmung angetragen worden, und darüber Berathung geschehen, die weiteren Verfügungen mit ihnen gemeinschaftlich beschloffen und zur Ausführung gebracht werden.

§. 19. Die verwilligten und ausgeschrieben Steuern

Verordnung, die erneuerte Landschafts-Ordnung betreffend. 97

aller Art sollen unter der Aufsicht und Leitung eines von dem Landesherrn und den Ständen gemeinschaftlich besetzten und abhängigen Landessteuer-Collegii erhoben, verwaltet und berechnet werden.

Dieses Collegium ist in Hinsicht seiner Amtsführung sowohl dem Landesherrn als den Ständen dahin verpflichtet und verantwortlich, daß in Absicht der Erhebung und Verwaltung der Steuern überall den bestehenden Landesgesetzen gemäß verfahren werde.

Würden in besonderen Fällen specielle Instructionen für dasselbe erforderlich, so sollen selbige von der Landesherrschaft mit den Ständen concertirt werden.

Es wird aus acht Mitgliedern oder Råthen bestehen, von welchen die eine Hälfte von dem Landesherrn, und die andere von den Ständen ernannt wird.

Dem Landesherrn ist es überlassen, die Beeidigung und Einführung der Mitglieder des Steuer-Collegii zu verfügen, und zu bestimmen, wer unter ihnen den Vorsitz darin zu führen habe, so wie Höchstdemselben auch die Ernennung des dabei anzustellenden Secretairs und der subalternen Officianten zusteht.

§. 20. Das Landessteuer-Collegium hat, als zu seinem Wirkungskreise gehörig, folgende ihm obliegende Geschäfte zu besorgen:

- 1) die bei dem Steuer-Departement und dessen verschiedenen Zweigen nöthigen Beamten und Officianten zur landesherrlichen Anstellung vorzuschlagen, und hiernächst zu verpflichten, zu bestallen und zu instruiren;
- 2) nach den getroffenen Bestimmungen über die Erhebung und Verwendung der bestehenden und verwilligten Steuern, die jährlichen Etats über die Einnahme und Ausgabe der Steuer-Cassen zu entwerfen und zur landesherrlichen Genehmigung einzusenden;
- 3) in Gemäßheit der genehmigten Etats die Erhebung der Steuern anzuordnen und exsequiren zu lassen, auch wegen der nachgesuchten, oder in Antrag kommenden Remissionen Vorschläge zu thun;
- 4) auf gleiche Weise die Verwilligungen, Zahlungsbefehle und Anweisungen an die Steuer-Erheber und Verwalter

zu erlassen, und dahin zu sehen, daß solchen gemäß die eingehobenen Gelder wirklich verwandt, und insonderheit die zu den Lokal-Bedürfnissen nicht angewiesenen Gelder in die allgemeine, unter der Aufsicht und Verwaltung des Collegii stehende Steuer-Casse richtig abgeliefert werden;

- 5) die allgemeine und genaue Aufsicht über die Lokal-Steuer-Cassen und deren Verwaltung zu führen;
- 6) die Steuer-Erheber und Verwalter zu einer ordnungsmäßigen und übersichtlichen Führung ihrer Rechnungen, so wie zu gehöriger und prompter Ablegung derselben, anzuweisen und anzuhalten, auch zur Controlirung der Rechnungsführer zweckmäßige Einrichtungen zu treffen;
- 7) die eingereichten Rechnungen über die verschiedenen Steuer-Erhebungen sorgfältig moniren und revidiren zu lassen, auch abzunehmen; hiernächst aber die abgenommenen und darauf Bezug habenden besonderen Rechnungen, nebst den Monitis, deren Beantwortung und darauf abgegebenen Resolutis an das Fürstliche Geheime-Raths-Collegium einzusenden, worauf besagtes Collegium eine nochmalige Revision und wegen Liberation der Rechnungsführer das Erforderliche verfügen wird;
- 8) die Verwaltung der allgemeinen Steuer-Casse, welche dem Collegio, abgesondert von den landesherrlichen Cassen, untergeordnet wird und die Disposition über die darin befindlichen Gelder zu den im Voraus angewiesenen Zwecken.

So wenig aber die Landesherrschaft über die Steuer-Casse einseitig verfügen wird, eben so wenig darf dieß von Seiten des Steuer-Collegii zu anderen, als den bestimmt vorgeschriebenen Zwecken geschehen. Würden daher Ueberschüsse in der Steuer-Casse entstehen, über deren Verwendung im Voraus noch nicht bestimmt wäre, so hat das Steuer-Collegium darüber, wie solche zum Besten des Landes am besten zu verwenden, gutachtlichen Bericht an die Landesherrschaft zu erstatten, und erst nach erfolgter deren Zustimmung, oder anderweiter gemeinschaftlicher Uebereinkunft darüber, demgemäß zu verfügen. Die jährliche Rechnung über die allgemeine Steuer-Casse wird der Landesherrschaft abgelegt, welche selbige revidiren und die etwaigen Bemerkungen erledigen, auch bei jedesmaligem Land-

Verordnung, die erneuerte Landschafts-Ordnung betreffend. 99

tage den versammelten Landständen vorlegen läßt.

- 9) Hat das Landes-Steuer-Collegium die Direction der allgemeinen Brandversicherungs-Anstalt zu übernehmen, und
- 10) die von der Landesregierung verlangten, oder sonst durch die Geschäftsführung veranlaßten Berichte, Gutachten und Vorschläge in Steuersachen auszuarbeiten und einzureichen.

Ob die Besorgung der das Landes-Schuldenwesen betreffenden und dahin einschlagenden Angelegenheiten dem Steuer-Collegio, oder einer eigenen gemeinschaftlichen Commission zu übertragen, und welche Grundsätze und nähere Bestimmungen über diesen wichtigen Gegenstand anzunehmen und festzusetzen, am zweckmäßigsten seyn werde, wird einer besondern Berathung und Uebereinkunft zwischen der Landesherrschaft und den Ständen vorbehalten.

§. 21. Die Geschäfte dieser gemeinschaftlichen Steuerbehörde werden ganz collegialisch behandelt. Zeigen sich daher bei den Verhandlungen getheilte Meinungen, so entscheidet, ohne Unterschied des vorliegenden Gegenstandes, jederzeit die Mehrheit der Stimmen; bei einer sich ergebenden Gleichheit derselben giebt aber die Stimme des vorsitzenden Mitgliedes den Ausschlag.

§. 22. Ueber die Art und Weise, wie die Geschäfte des Steuer-Collegii zu betreiben, so wie wegen der zu haltenden Sitzungen und deren Anzahl, wird das Nähere, besonders mit Benutzung der erst zu sammelnden Erfahrung, gemeinschaftlich bestimmt, und in einer zu erlassenden Geschäfts-Ordnung vorgeschrieben werden.

§. 23. In Hinsicht der, sowohl den Mitgliedern, als den Subalternen des Steuer-Collegii auszusetzenden angemessenen Besoldungen und deren Anweisung, wird gleichfalls sofort unterhandelt und ein besonderes Uebereinkommen getroffen werden.

§. 24. Den versammelten Ständen sollen die Etats und Rechnungen über die Einnahme und Ausgabe der allgemeinen Steuer-Casse, auch eine Nachweisung über die Verwendung der, durch die ausgeschriebenen Steuern eingegangenen Summen, von einem Landtage zum andern vorgelegt werden, und können dieselben, wenn sie es für angemessen und zuträglich erachten, schriftliche Bemerkungen darüber bei

der Landesherrschaft einreichen und Anträge darauf gründen, welche alsdann, nach Beschaffenheit der Sache, weitere Erörterungen, Unterhandlungen und gemeinsame Verfügungen herbeiführen können. Die Etats über neu aufzulegende Steuern werden stets von dem Landesherrn und den Ständen gemeinschaftlich regulirt.

§. 25. So wie bei Auslegung neuer Steuern, eben so erforderlich ist die Einwilligung der Stände, wenn auf den Credit des Landes Anlehne contrahirt, und Staats-, Cammer-, Stifts- und Klostergüter oder Einkünfte verpfändet oder veräußert werden sollen. Die oberste Verwaltungs-Behörde der ebengedachten Güter ist dafür verantwortlich, daß in Ansehung derselben nicht anders verfahren werde. Ueber den Betrag, die Bedingungen und die Rückzahlung solcher Staats-Anlehne muß auf gleiche Weise vorher mit den Ständen communicirt und eine Vereinbarung getroffen werden. Auch ist überhaupt wegen des Landes-Schuldenwesens mit ihnen Berathung zu pflegen, und solches nach gemeinsamen Beschlüssen und Bestimmungen zu reguliren.

§. 26. Verordnungen, welche eine Abänderung in den bestehenden allgemeinen Civil- und Criminal-Gesetzen bezwecken, werden, so oft es die Umstände gestatten, den Ständen vorgelegt und dieselben darüber mit ihren Bemerkungen, Gutachten und Rath gehört werden.

§. 27. Ein neues Civil- und Criminalgesetzbuch, eine neue Proceß- und allgemeine Polizei-Ordnung können nicht ohne Berathung mit den Ständen eingeführt werden.

§. 28. Ist von wesentlichen Veränderungen die Rede, welche die Landesverfassung, Landes-Collegien, Gerichts- und allgemeine Verwaltungsbehörden, deren Wirkungskreis und Verhältnisse betreffen; soll von Bestimmungen, welche zwischen dem Landesfürsten und der Landschaft vertragsweise getroffen sind, abgewichen; sollen allgemeine gesetzliche Veränderungen in Ansehung der Zehnten, Dienste, Meier- und sonstigen gutherrlichen Verhältnisse und Gefälle verfügt, oder endlich allgemeine Gesetze über die Theilung der Gemeinheiten gegeben werden: so ist hiezu alle Zeit eine Verhandlung und Uebereinkunft mit den Ständen nöthig.

§. 29. Wenn die Stände auf dem Landtage versam-

PH

Verordnung, die erneuerte Landschafts-Ordnung betreffend. 101

melt sind, steht ihnen frei, dem Landesfürsten Vorschläge zu allgemeinen Landesgesetzen, Verfügungen und Anstalten zu thun, und werden solche von der Regierung stets mit aller Aufmerksamkeit aufgenommen, sorgfältig geprüft und thunlichst berücksichtigt werden.

§. 30. Nicht weniger sind die Landstände befugt, wegen bemerkter Mängel oder Mißbräuche bei der Gesetzgebung, Rechtspflege und Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten, angemessene Vorträge an den Landesfürsten zu richten, und sich über deren Abstellung gutachtlich zu äußern.

§. 31. Auch ist den Ständen unbenommen, falls sie dazu hinlängliche Gründe zu haben glauben, dem Landesherrn Beschwerden und Klagen über die höheren Landesbehörden und Staatsdiener, wegen pflichtwidriger Verwaltung ihrer Amtsgeschäfte, vorzutragen, besonders wenn dieselben sich dadurch vorschrifts- und ordnungswidrige Willkühr und Eingriffe in die bürgerlichen Rechte der Unterthanen, oder in die Verfassung des Landes erlaubt haben sollten, und werden auf solche beschwerende Vorstellungen jeder Zeit genaue Untersuchungen angestellt, und, wenn sie begründet erscheinen, die Angeeschuldigten zur gebührenden Verantwortung und Strafe gezogen, auch sonst darauf alle angemessenen abhülfsliche Verfügungen getroffen werden. In Ansehung untergeordneter Beamten und einzelner Mitglieder der Landes-Collegien können indessen dergleichen Anklagen nicht anders angebracht werden, als wenn selbige schon vorher bei der vorgesetzten Behörde ordnungsmäßig vorgetragen und von derselben unbeachtet und ohne gehörige Remedur gelassen waren.

§. 32. Um den verfassungs- und ordnungsmäßigen Gang der Staatsgeschäfte und die öffentlichen Beamten wegen ihrer Verantwortlichkeit zu sichern, werden die, unter der höchsten Unterschrift des Landesherrn erlassenen Rescripte und Verfügungen jedes Mal auch mit der Contrasignatur eines Ministers oder Mitgliedes des Geheimen-Raths versehen, wodurch diejenigen Collegien und Staatsdiener, an welche selbige gerichtet sind, und alle, die es angeht, sich vergewissern können, daß die betreffende Angelegenheit durch die rechte Behörde verfassungsmäßig an den Landesherrn gelangt, und Höchstdessen Entschluß darüber, nach geschehenem Vortrage

oder vernommener Meinung des Geheimen-Raths-Collegii, gefaßt worden sey. Es kann daher eine, mit der erforderlichen Contrasignatur nicht bezeichnete Verfügung des Regenten in Landesangelegenheiten nur als erschlichen angesehen werden.

§. 33. Damit der nach den Bundesverpflichtungen zu haltende Militair-Stat um desto besser auf eine, mit den Kräften des Landes übereinstimmende Weise ausgeführt und unterhalten werde, sollen solcherhalb die Geseze über die Militair-pflichtigkeit und die Aushebung der Mannschaft mit den Ständen definitiv concertirt und erlassen werden.

§. 34. Das in §. 19. erwähnte Recht der Stände, vier Mitglieder zu dem gemeinschaftlichen Landes-Steuer-Collegio zu ernennen, wird von denselben dergestalt ausgeübt, daß jede Section aus ihrer Mitte zwei Mitglieder durch relative Stimmenmehrheit dazu erwählt, welche dem Landesherrn zur höchsten Bestätigung zu präsentiren, und in Hinsicht ihrer Ansetzung und Entlassung andern Staatsdienern völlig gleichgestellt sind. Diese Wahl geschieht unter der Leitung des Präsidenten, mittelst verschlossener Zettel, auf welche die Namen der Gewählten zu schreiben sind, und die nach Abgebung der Stimmen sofort eröffnet werden.

Wer nach der auf ihn gefallenen Wahl zum Steuer-rathe einen herrschaftlichen Dienst annimmt, oder den bis dahin bekleideten mit einem andern vertauscht, verzichtet dadurch stillschweigend auf jenes Amt, kann jedoch bei einer neuen Wahl wieder dazu ausersesehen werden.

Die von der zweiten Section etwa zu Steuerräthen gewählten Stadt-Deputirten, außer dem Bürgermeister, oder die dazu erwählten Freisassen behalten die Eigenschaft als Deputirte für die Zeit ihrer Amtsführung im Steuer-Collegio. Sollte die Stelle eines ständischen Steuerraths durch den Tod oder auf andere Weise sieben Monate, oder noch früher, vor dem bestimmten Landtage erledigt werden, so haben die bleibenden landschaftlichen Steuerräthe sämtliche Mitglieder der Section, von welcher der Abgegangene gewählt war, binnen Monatsfrist nach Braunschweig zu berufen, um durch ihre Wahl ein neues Mitglied des Steuer-Collegii zu bestimmen. Zu der Gültigkeit einer solchen Wahl ist es hinlänglich, wenn neun Mitglieder der betreffenden Section daran Theil nehmen.

§. 35. Die von Seiten der Landschaft dem Steuer-Collegio zugeordneten Mitglieder bilden zugleich einen bleibenden Ausschuss derselben für die zwischen den Landtagen nöthig oder rathsam befundenen Mittheilungen. Von diesem beständigen Ausschusse kann die Landesherrschaft, so oft es ihr gut dünkt, Nachrichten, Berichte und Gutachten einziehen; es ist demselben auch unbenommen, seiner Seits unaufgefordert, besonders bei ungewöhnlichen und dringenden Vorfällen oder Veranlassungen, Vorstellungen und Anträge in landschaftlichen Angelegenheiten bei dem Landesherrn zu machen und seine gutachtliche Meinung darüber pflichtmäßig zu äußern.

§. 36. Außer dem ebengedachten permanenten Ausschusse der Landschaft besteht noch ein größerer aus neun Mitgliedern beider Sectionen, welchen der erstere in allen zwischen den Landtagen etwa vorkommenden landschaftlichen Angelegenheiten von Wichtigkeit zuzuziehen und demselben bei der Berufung die Gegenstände der zu haltenden Berathschlagung wo möglich sofort mitzutheilen hat, und dessen Mitglieder bei den gemeinschaftlichen Berathungen, den Mitgliedern des engern Ausschusses, in Ansehung des Stimm-Rechts und sonst, völlig gleich sind.

Die Wahl des größern Ausschusses wird alle Zeit von den, auf den ordentlichen Landtagen versammelten, Ständen vorgenommen, und zwar dergestalt, daß zum ersten Male die erste Section fünf und die zweite Section vier Mitglieder, zum zweiten Male aber die letztere fünf und die erstere vier Mitglieder, und so ferner abwechselnd, aus ihrer Mitte durch Mehrheit der Stimmen ernannt.

§. 37. Hiernächst kommt der Landschaft die fernere Führung eines eigenen Siegels zu, welches mit der Umschrift: „Siegel der vereinten Braunschweig-Wolfenbüttelschen und Blankenburgschen Landschaft 1820.“ zu versehen ist. Auch hat dieselbe die Freiheit von Gerichtsporteln, Stempeln und Porto, wie vorhin, ferner zu genießen.

§. 38. Endlich ist die Landschaft befugt, einen Land-Syndicum anzunehmen und zu bestellen, und zwar in der Art, daß zum ersten Male die erste Section drei Candidaten erwählt, von welchen die zweite Section einen auswählt und benennt, im zweiten Falle aber umgekehrt die zweite Section

die Wahl der drei Candidaten, und die erste die Ernennung vornimmt, und daß in der Folge mit gleicher Abwechselung verfahren werde. Die Anstellung des Land-Syndici ist lebenswierig, und der anderer Staatsdiener gleich, jedoch damit die Verwaltung eines herrschaftlichen Dienstes nicht vereinbar. Von der geschehenen Bestellung des Land-Syndici wird der Landesherrschaft Anzeige gemacht, und von dieser darauf, wenn sie gegen die Person nichts zu erinnern findet, dessen Confirmation und die Abnahme des von ihm zu leistenden Erbhuldigungseides verfügt.

Der Land-Syndicus hat, als beständiger Consulent der Landschaft, derselben über alle vorkommenden Gegenstände, und, so oft es verlangt wird, die nöthigen Nachrichten und Gutachten, besonders über Rechtsverhältnisse, mündlich und schriftlich mitzutheilen, auch das Amt des ersten Secretairs und Chefs des Kanzleiwesens, sowohl bei dem Steuer-Collegio, als bei dem bleibenden Ausschusse der Stände, zu verrichten, und das landschaftliche Archiv, so wie die Registratur des Steuer-Collegii, unter gehöriger Aufsicht und auf die Ordnung dabei zu halten. Er führt auch ein votum consultativum und das Protocoll, sowohl in beiden Sectionen der Landschaft, als bei dem Steuer-Collegio und den Versammlungen der landschaftlichen Ausschüsse.

Wird die Stelle des Land-Syndici in der Zeit, da kein Landtag versammelt ist, durch den Tod oder auf andere Weise erledigt, so werden von den landschaftlichen Steuerräthen drei Candidaten zu deren Wiederbesetzung ausersehen, und dem größern Ausschusse in Vorschlag gebracht, welcher in Verbindung mit dem engern Ausschusse einen derselben durch Stimmenmehrheit erwählt.

Titel III.

Von der Versammlung der Stände auf dem Landtage und der Behandlung der Geschäfte derselben.

§. 39. Nur auf den von dem Landesherrn ausgeschriebenen Landtagen können die Stände die Vertretung des Landes ausüben, und die Angelegenheiten desselben mit dem Fürsten verhandeln. Es hängt jedoch von der Landesherrschaft ab,

bei besonderen Veranlassungen einzelne Mitglieder der Stände zusammen zu berufen, um über die ihnen vorgelegten Landesangelegenheiten sich zu berathen und ihre Meinung zu vernehmen.

Dergleichen Zusammentretungen können auch von den Mitgliedern der Landschaft selbst eingeleitet werden, wenn sie eine besondere Veranlassung zu haben glauben, über Gegenstände von gemeinsamen Interesse sich zu berathschlagen; jedoch muß vor der wirklichen Versammlung selbst davon und von dem Zwecke der Versammlung zeitig der Landesherrschaft gehörige Anzeige gemacht werden.

§. 40. Alle drei Jahre wird regelmäßig ein Landtag gehalten, außerordentlicher Weise aber auch dann, wenn der Landesherr besondere Veranlassung dazu findet.

§. 41. Vor Zusammenberufung des Landtags wird von dem Landesherrn, wegen der vorzunehmenden Wahlen der wählbaren Abgeordneten der Städte Braunschweig, Wolfenbüttel und Helmstedt und der Grundbesitzer des Landes, das Nöthige an die betreffenden Gerichtsbehörden verfügt, und hiernächst werden von Höchstdemselben mit Bestimmung des Orts und der Zeit der ständischen Versammlung, die Berufungs-Rescripte an die Mitglieder der Landschaft erlassen.

§. 42. Die zum Landtage berufenen und eingetroffenen Mitglieder der Stände haben ihre Ankunft bei dem Fürstlichen Geheimen-Raths-Collegio schriftlich anzuzeigen, und die gewählten Deputirten der vorgenannten drei Städte und der freien Grundbesitzer des Landes zugleich das über ihre Wahl aufgenommene Document, so wie die Bevollmächtigten ihre Vollmachten mit einzureichen; worauf ein Verzeichniß der anwesenden und sich legitimirten Mitglieder von gedachtem Collegio angefertigt und demnächst an jede Section der versammelten Landschaft übersandt wird.

§. 43. Wer auf diese Weise sich in seiner Qualität als Landstand oder Bevollmächtigter angemeldet und ausgewiesen hat, ist für seine Person berechtigt, in die Versammlung der Section, welcher er angehört, zu treten und seine Meinung und Stimme über die vorkommenden Gegenstände bei den desfalligen Verhandlungen abzugeben, kann diese Befugniß aber keinem andern Mitstande übertragen.

§. 44. Die Eröffnung des Landtags geschieht mittelst Berufung beider Sectionen an dem festgesetzten Tage und Orte von dem Landesherrn selbst, oder dem dazu von Höchst- demselben beauftragten Commissario, unter den jedesmal Höchst- sten Orts zu bestimmenden Feierlichkeiten und religiösen Hand- lungen.

Jedes Mitglied schwört bei der Eröffnung der ersten Stände-Versammlung, daß es dem regierenden Landesherrn und Höchst- dessen Nachfolgern aus dem Hause Braunschweig mit Treue ergeben, und den bestehenden Gesetzen gehorsam seyn, auch insonderheit die ihm, vermöge der Landschafts- Ordnung, obliegenden Pflichten nach bester Einsicht gewissen- haft erfüllen wolle.

Dieser Eid wird bei den folgenden Landtagen nur von den neuen Mitgliedern derselben abgeleistet.

§. 45. Jede Section bildet für sich eine besondere Ver- sammlung, in welcher und bei deren Berathschlagungen keine Abtheilung noch Unterschied der Mitglieder, und eben so wenig eine gewisse Ordnung in Ansehung des einzunehmenden Si- zes und der Abstimmungen, Statt findet, sondern über alle zur Ueberlegung und Entscheidung kommenden Angelegenhei- ten nach absoluter Mehrheit der Stimmen ein Beschluß ge- faßt wird.

§. 46. Bei ihren Abstimmungen haben die Mitglieder der Landschaft ganz allein ihrer auf sorgfältige Prüfung der vorliegenden Gegenstände gegründeten eigenen Ueberzeugung und ihrem Gewissen zu folgen, keinesweges aber Instructionen und Eingebungen von Anderen anzunehmen und zu beachten.

§. 47. Die Sitzungen der beiden Sectionen der Land- schaft werden nicht zu gleicher Zeit gehalten, damit der Land- Syndicus in beiden Sectionen anwesend seyn könne.

Das erste Geschäft jeder Section der ständischen Ver- sammlung besteht in der, aus ihrer Mitte zu treffenden Wahl ihrer Vorsteher und Beamten, nämlich eines Präsidenten, eines Vice-Präsidenten und eines Secretairs, welcher letztere im Falle der Behinderung des Land-Syndici dessen Geschäfte versieht.

§. 48. Diese Wahl geschieht vermittelt verschlossener Zettel, auf welche jeder anwesende Landstand den Namen desje-

nigen schreibt, welchen er zu der fraglichen Stelle ausersehen hat, und wird durch die Mehrheit entschieden, dergestalt, daß zu den Stellen des Präsidenten und Vice-Präsidenten diejenigen drei Mitglieder der Section, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind, dem Landesherrn präsentirt werden, um daraus einen zu bestätigen, der sodann, nach erhaltener Höchster Bestätigung, sein Amt gleich antritt.

Die Uebertragung des Amtes des Secretairs hängt bloß von der Stimmenmehrheit ab, und bedarf keiner landesherrlichen Confirmation.

§. 49. Bei dem ebengedachten Wahlgeschäfte versteht das an Jahren älteste Mitglied jeder Section die Stelle des Präsidenten, und von dem Land-Syndico wird darüber ein Protocoll geführt.

§. 50. Das Amt und die Verrichtungen des Präsidenten jeder Section bestehen hauptsächlich und im Allgemeinen in der Leitung der Geschäfte der Versammlung und in der Aufrechthaltung der Ordnung bei den Verhandlungen derselben.

Der Präsident hat daher insonderheit

- 1) die Sitzungen der Sectionen zu bestimmen, zu eröffnen und zu schließen;
- 2) über die Beobachtung der Vorschriften und der Ordnung bei den Berathschlagungen und Abstimmungen zu halten;
- 3) bei den Verhandlungen alles, was dem Zwecke und dem Anstande zuwider ist, so wie alle persönliche Anzüglichkeiten zu entfernen und zu rügen;
- 4) die von der Versammlung zu entscheidenden Fragen aufzustellen und vorzutragen, und
- 5) die Stimmen darüber sammeln und nach der Mehrheit derselben die Beschlüsse fassen zu lassen und auszusprechen.

§. 51. Der Vice-Präsident kann alle oder einen Theil der Functionen des Präsidenten versehen, wenn sie ihm von Letzterem übertragen werden, in dessen Abwesenheit aber stehen sie ihm, vermöge seines Amtes, zu.

§. 52. Der Land-Syndicus, oder in dessen Abwesenheit der Secretair, hat in den Sitzungen das Protocoll zu führen, die abgegebenen Stimmen zu zählen, und nach der Mehrheit derselben die Beschlüsse zu fassen und niederzuschreiben; ferner alle, Namens der versammelten Section, ab-

zufassende Aufsätze und Erlasse zu entwerfen und auszufertigen.

§. 53. Für die Schreiberei und Registratur werden bei jeder Section von dem Präsidenten die für die Zeit der ständischen Versammlung nöthigen Officianten angenommen und zur Verschwiegenheit und gehörigen Verrichtung ihrer Dienstgeschäfte eidlich verpflichtet und angewiesen, auch wegen deren Remuneration von demselben bei dem Steuer-Collegio angemessene Anträge gemacht, worauf dasselbe wegen Verwilligung der dazu erforderlichen Geldsummen das Nöthige zu veranlassen und zu besorgen hat.

§. 54. Die Sitzungen der ständischen Sectionen werden zu der von dem Präsidenten bestimmten Zeit eröffnet, und über die jedesmalige Vorfrage, ob ein Antrag in Berathung zu nehmen sey, gestimmt, so wie mit den zu berathenden Verhandlungen der Anfang gemacht, sobald ein Drittheil der die Section bildenden Mitglieder sich dazu eingefunden hat; zu den Abstimmungen wegen der zu fassenden Beschlüsse kann aber nicht eher geschritten werden, als bis die Hälfte derselben versammelt ist.

Unter den Anwesenden nehmen nur der Präsident und der Land-Syndicus oder Secretair in der Mitte der Versammlung einen besondern Platz ein.

§. 55. Die von Seiten der Landesherrschaft an die Stände zu machenden Propositionen und Mittheilungen werden den gesammten Ständen eröffnet, und, wenn selbige eingegangen sind, vor allen andern Gegenständen der landschaftlichen Verhandlungen von dem Präsidenten der Section in der nächsten Sitzung nochmals zur Kenntniß der Mitglieder derselben, und ohne daß über die, im folgenden §. erwähnte Vorfrage gestimmt wird, in den folgenden Zusammenkünften nach und nach zur Berathschlagung der Section gebracht.

§. 56. Nicht allein der Präsident, sondern auch jedes Mitglied der Versammlung, ist befugt, über Gegenstände, welche der Landesherrschaft zur Berücksichtigung zu empfehlen, Anträge zu machen; jedoch muß jeder gethane Antrag zuvorberst durch die Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder, als zur Berathung geeignet, erklärt, auch zugleich bestimmt werden, ob die Angelegenheit einer Commission zur vorgängigen Prüfung und Berichtserstattung zu übergeben

Verordnung, die erneuerte Landschafts-Ordnung betreffend. 109

sey, und, wenn solches geschehen, kann derjenige, von welchem der Antrag herrührt, einen Tag zur Deliberation und Abstimmung darüber vorschlagen, an welchem die Sache alsdann mit Genehmigung des Präsidenten verhandelt wird.

§. 57. Wer den Antrag zu einem, an die Regierung zu gelangenden Beschlusse machen will, muß selbigen schriftlich abfassen und zur Einrückung in das Protokoll vorlegen, worauf er denselben vor der Berathschlagung darüber näher zu entwickeln und mit Gründen zu unterstützen hat.

§. 58. Diejenigen, welche für oder wider einen gemachten Antrag zu reden wünschen, haben sich, indem sie von ihren Sizen aufstehen, deshalb an den Präsidenten zu wenden, der ihnen in der Ordnung, wie er ihre Anrede vernommen, das Wort zu geben hat. Es steht auch jedem anwesenden Landstande frei, über geschehene Anträge Veränderungen vorzuschlagen, über welche eben so, wie über die Anträge selbst, gestimmt wird.

§. 59. Bei jedem zur Berathung gelangten Antrage muß erstere der Abstimmung vorangehen, und hängt es von der Bestimmung der Versammlung ab, ob nach Beschaffenheit der Sache darüber sogleich, oder in einer andern Sitzung gestimmt werden soll.

§. 60. Bei den Berathschlagungen kann jedes anwesende Mitglied der Stände seine Meinung vortragen und entwickeln, darf jedoch in derselben Sitzung nur Einmal über die zur Entscheidung stehende Frage reden, es sey denn, daß eine unrichtig verstandene Aeußerung desselben einer kurzen Erläuterung bedürfte.

Auch dürfen diese Vorträge bloß mündlich gehalten werden, und nur die landesherrlichen Commissarien, und die, Namens der ständischen Commissionen auftretenden, Referenten die ihrigen in schriftliche Aufsätze bringen und ablesen.

Nach beendigter Berathung fordert der Präsident die gegenwärtigen Mitglieder nach der Reihe, wie sie zufällig sitzen, auf, ihre Stimmen abzugeben.

§. 61. Um aber die vorliegenden Anträge zur Entscheidung zu bringen, kleidet der Präsident die Gegenstände derselben in deutlich bestimmte Fragen ein, worüber mit Ja! oder Nein! laut gestimmt wird. Sollten über die aufgestellten

Fragen Erinnerungen gemacht werden, so wird über die vorgeschlagenen Abänderungen gestimmt, und entscheidet die ganze Versammlung über die Abfassung der Fragen.

§. 62. Die abgegebenen Stimmen werden von dem Land-Syndicus oder Secretair namentlich bemerkt, und der auf geschehene Zählung nach ihrer Mehrheit gefaßte Beschluß wird hierauf der Versammlung sofort eröffnet.

§. 63. Ergiebt sich aus der vorgenommenen Sammlung der Stimmen eine Gleichheit derselben, so wird die Sache in einer folgenden Sitzung nochmals in Umfrage gebracht, und bleiben sich die Abstimmungen auch alsdann gleich, so wird diejenige Meinung, welcher der Präsident beigetreten ist, als der Beschluß der versammelten Section angesehen.

§. 64. Von dem festgestellten Grundsatz, daß zur Fassung eines Beschlusses über die verhandelten Gegenstände nur die absolute Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder erfordert werde, tritt allein eine Abweichung ein, wenn ständischer Seits ein Antrag an den Landesherrn gemacht werden soll, welcher eine wesentliche Abänderung der bisherigen Landes- oder Steuer-Verfassung enthält. In einem solchen Falle müssen wenigstens zwei Drittheile der Versammlung dem vorgeschlagenen Antrage beistimmen, um als gültig beschloffen betrachtet werden zu können.

§. 65. Sowohl in dem ebengedachten Falle, als wenn die Stimmenmehrheit entschieden hat, kann und darf die Wirkung und Beförderung eines gefaßten Beschlusses weder durch Verwahrungen, noch Berufung auf die höchste Entscheidung, noch auf andere Weise aufgehalten, oder gehindert werden, sondern jedes ständische Mitglied muß sich das Resultat der Abstimmung schlechterdings gefallen lassen und dabei beruhigen, obwohl demselben unbenommen bleibt, seine besondere Meinung schriftlich auszuführen und zu den Acten zu bringen.

§. 66. Die über verhandelte Gegenstände von einer Section beschloffenen Anträge werden sofort der andern Section mitgetheilt, in welcher die vorliegende Sache alsdann einer Commission zur vorläufigen Prüfung übergeben, und nach von derselben darüber abgestatteten Berichte, die Berathung und Abstimmung bald thunlichst erfolgen und nach dem Resultate der letztern ein Beschluß gefaßt werden muß. Es kön-

Verordnung, die erneuerte Landschafts-Ordnung betreffend. 111

nen auch Verbesserungen oder Veränderungen von der einen Section der andern vorgeschlagen werden, und erst, wenn beide Sectionen über einen Antrag völlig einverstanden sind, wird derselbe von Seiten der Landschaft mit einem, von dem Präsidenten zu unterzeichnenden Berichte an den Landesfürsten überreicht; worauf die höchste Resolution darüber vermittelst Rescripts ertheilt wird.

§. 67. Sollten beide Sectionen sich über einen vorliegenden Gegenstand nicht vereinigen, so findet eine Zusammenkunft von aus jeder Section in gleicher Anzahl zu ernennenden Commissarien und, wenn die Sectionen es auch nur einseitig wünschen und darauf antragen, die Zuordnung landesherrlicher Commissarien Statt, und wird von dieser gemischten Commission der Versuch gemacht, ob durch annähernde Vorschläge und Modificationen eine Vereinbarung der Sectionen zu erreichen stehe.

Unter gleichen Umständen kann auch ein Zusammentreten der Mitglieder beider Sectionen Statt finden.

§. 68. Wenn von Seiten des Landesherrn ein Erlass oder Antrag an die Stände gelangt ist, und beide Sectionen können sich über ihre darauf abzugebende Erklärung nicht vereinigen, so ist darüber Namens gesammter Landschaft Bericht an die Landesherrschaft zu erstatten, in welchem das Resultat der Verhandlungen jeder Section, mithin das gutachtliche Dafürhalten jeder derselben, besonders aufzunehmen ist.

§. 69. Ueber einen Gegenstand, in Ansehung dessen eine Vereinbarung beider Sectionen nicht zu Stande gebracht worden, ist ein neuer Antrag und eine weitere Deliberation während desselben Landtages nicht mehr zulässig.

§. 70. Da die zu beobachtende gute Ordnung bei den Berathschlagungen es mit sich bringt, daß nicht allein alle unziemliche Aeußerungen und Persönlichkeiten, sondern auch unnütze Weitläufigkeiten und Abschweifungen vermieden werden, und daß Niemand im Reden unterbrochen werde, so liegt es dem Präsidenten jeder Section ob, darauf genau zu halten; sollte sich gleichwohl Jemand durch die erhaltene Zurechtweisung beeinträchtigt finden, so kann er darüber die Entscheidung der Versammlung verlangen, bei welcher er sich alsdann aber beruhigen muß.

§. 71. Der Landesherr kann, seinem Gutfinden nach, Geheime=Räthe, oder andere Staatsbeamte als Commissarien zu einzelnen Sitzungen der Sectionen abordnen, um die an die Landschaft erlassenen Anträge mit ihren Gründen näher zu entwickeln und auseinander zu setzen. Die ständische Versammlung wird von der Abordnung solcher landesfürstlicher Commissarien und der Zeit ihrer Ankunft vorher benachrichtigt, dieselben bleiben jedoch bei ihren Berathschlagungen und Abstimmungen nicht gegenwärtig.

§. 72. Würden mündliche Mittheilungen, Erörterungen und Berathungen zur Beförderung einer Angelegenheit oder eines Geschäfts zwischen Landesherrn und Ständen für zu träglich gehalten, so wird von Seiten der Landesherrschaft eine Zusammentretung des Fürstlichen Geheimen=Raths=Collegii oder anderer Fürstlicher Commissarien mit einer ständischen Deputation von 3 bis 6 Mitgliedern veranlaßt. Auch die ständischen Sectionen können ihrer Seits in dazu geeigneten Fällen darauf antragen, daß einer Deputation aus ihrer Mitte mündliche Aufklärung oder nähere Erläuterungen über landesherrliche Erlasse durch Fürstliche Commissarien ertheilt werden mögen.

Die Bestimmung der Personen und Zahl der Mitglieder einer solchen Deputation geschieht von jeder Section selbst.

§. 73. Nicht nur alle von dem Landesherrn und von einer Section an die andere erlassenen Anträge, sondern auch alle sonst in Erwägung kommende umfassende Gegenstände müssen, vor ihrer Verhandlung in der ständischen Versammlung, der vorläufigen Prüfung und Bearbeitung einer zu wählenden Commission von 3, 5 oder 7 Mitgliedern übergeben werden. Der ernannten Commission muß der Vorwurf der vorzuarbeitenden Sache genau bestimmt werden, es mag nun solcher in einer vorzunehmenden Untersuchung, oder in einem abzustattenden Gutachten, oder in Abfassung eines schriftlichen Aufsatzes bestehen.

§. 74. Jede solchergestalt niedergesetzte Commission wählt zuerst unter sich ein Mitglied, welches den Vorsitz, und ein anderes, welches das Protocoll zu führen hat, betreibt ihre Geschäfte collegialisch, und macht hiernächst, nach Beendigung ihrer Arbeit, von dem Resultate derselben durch eines ihrer

Verordnung, die erneuerte Landschafts-Ordnung betreffend. 113

Mitglieder Vortrag an die versammelte Section, worüber sodann von der letzten, so wie über jeden andern Antrag, berathschlagt und gestimmt wird.

§. 75. Jede Section kann, unter hinreichenden Veranlassung dazu gebenden Umständen, ihre Sitzungen auf gewisse kurze Zeit aussetzen. Aber nur von dem Landesherrn kann die Vertagung des Landtags verfügt werden. Während der Vertagung der Sitzungen der Landschaft steht den zu niedergesetzten Commissionen nicht gehörigen Mitgliedern derselben frei, sich aus dem Orte zu entfernen.

So lange die Sitzungen dauern, darf kein Mitglied der Landschaft ohne Urlaub seiner Section abreisen.

§. 76. Die Verhandlungen der Landschaft müssen so lange geheim gehalten werden, bis die Resultate derselben gefaßt und zur Publication gelangt sind. Es ist auch nicht erlaubt, die Meinungen und Vota einzelner Mitglieder bekannt zu machen.

§. 77. Vor dem, von der Bestimmung des Landesherrn abhängenden Schlusse des Landtags werden die verschiedenen Gegenstände und Punkte, worüber Höchstderselbe und die Stände in Gefolge der während desselben gepflogenen Unterhandlungen sich vereinigt haben, in einen Landtagsabschied oder Recess zusammengetragen, und ist solcher nicht nur von dem Landesherrn und von Seiten der Stände von den Präsidenten und dem Land-Syndico zu unterzeichnen und zu besiegeln, sondern demnächst auch durch den Druck zur öffentlichen Kunde zu bringen, worauf die allgemeine Landesversammlung auf ähnliche Art und Weise, als bei der Eröffnung geschah, feierlich geschlossen wird.

Titel IV.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 78. Alle durch die Zusammenberufung und Versammlung der Stände veranlaßten allgemeinen Kosten werden aus der Steuerkasse bestritten, es erhalten aber daraus die Mitglieder der Landschaft keine Vergütung für die Kosten ihrer Reisen und ihres Aufenthalts bei dem Landtage, sondern ein jedes Mitglied, das nicht aus eigenem Rechte erscheint, muß

von denjenigen, für welche es erscheint, entschädigt werden: und bleibt es besonders den freien Grundbesitzern unbenommen, sich mit ihren Deputirten über solche Entschädigung zu vereinbaren.

Sowohl den Prälaten, als den zu der zweiten Section abgeordneten auswärtigen Mitgliedern wird deshalb eine billige Entschädigung zugestanden und das Nähere darüber durch ein zu treffendes Uebereinkommen bestimmt werden.

Die, zu den Commissionen deputirten Mitglieder erhalten sämmtlich, wie auch die versammelten Mitglieder des größern Ausschusses, Diäten nach den demnächst zu bestimmenden Sätzen.

Während der Vertagung des Landtags bekommen nur diejenigen Mitglieder der Landschaft Diäten, welche bei der niedergesetzten Commission zurückgeblieben sind.

§. 79. Der jedesmalige Landesherr kann nach dem Antritte Seiner Regierung die gewöhnliche Erbhuldigung von den Unterthanen nicht eher verlangen und sich leisten lassen, als bis von Höchstdemselben die gegenwärtige Landschafts-Ordnung förmlich und bündig angenommen und bestätigt, auch die hergebrachte Versicherung wegen Aufrechthaltung der über die Primogenitur in dem Fürstlichen Hause Braunschweig-Wolfenbüttel bestehenden Verträge und des Pacti Henrico-Wilhelmiani schriftlich ausgestellt worden ist.

Im Fall der Minderjährigkeit des Landes-Fürsten ertheilt der, die Landesregierung führende Vormund diese Bestätigung und Versicherung für die Zeit seiner Verwaltung.

§. 80. Die Wirksamkeit der Bestimmungen der Landschafts-Ordnung fängt nach deren öffentlicher Bekanntmachung von eben der Zeit an, als solches bei andern Gesetzen geschieht.

Vorstehender Entwurf ist dato von den Landschaften des Herzogthums Braunschweig und Fürstenthums Blankenburg angenommen, und im Auftrage gesammter Stände von deren Deputirten durch Unterschrift und Siegel vollzogen.

Braunschweig, den 19ten Januar 1820.

(unterz.)

August Christ. Bartels, Abt zu Riddagshausen. — Georg Conrad Heinrich Mahner, Namens der Stifter St.

Blasii und Cyriaci. — Johann Wilhelm Heinrich Ziegenbein, Abt zu Michaelstein. — Gottfried Philipp von Bülow, Probst zu St. Laurentii. — Just Gebhard von Böttcher, wegen Ampleben. — Hans Georg Gottfried von Plessen, wegen Büstedt. — Christian Friedrich Adolph von Gramm, wegen Lesse. — Heinrich Georg Christian Friedrich von Bülow, genannt von Wendhausen, wegen Rüblingen. — Friedrich Wilhelm Carl Franciscus Anton Christian von Campe, wegen Deensen. — Hilmar Ludewig Wilhelm Ernst Graf von Dberg, wegen Duttonstedt. — Johann Philipp von Häckel, tutorio nomine, wegen Hehlen. — Röttger Graf von Beltheim, wegen des Küchenhofes. — Friedrich Carl von Strombeck, auf Groß-Sisbeck. — Dodo Friedrich Walter. — Friedrich Carl Culemann, wegen des Gerichts Braunlage und wegen der Rittergüter Benzingenode und Cattenstedt. — Johann Heinrich Wilmerding, wegen der Stadt Braunschweig. — Heinrich Peter Beynroht, wegen der Stadt Helmstedt. — August Georg Ruchendahl, wegen der Stadt Blankenburg.

Und dann diese revidirte Landschafts-Ordnung, ihrem ganzen Inhalte nach und in allen Puncten von Uns genehmigt worden: so ratificiren Wir hiedurch und Kraft dieses die solchergestalt mit den Ständen des Herzogthums Braunschweig-Wolfenbüttel und des Fürstenthums Blankenburg getroffene Uebereinkunft, und verordnen zugleich, daß darüber von Jedermann, den es betrifft, und überall auf das Genaueste gehalten werden solle, haben auch das Fürstliche Geheimeraths-Collegium zu Braunschweig befehligt und autorisirt, in Unserm Namen nach den Bestimmungen der vorstehenden Landschafts-Ordnung die gesammten Stände so bald als thunlich wieder zusammen zu berufen und ihnen die ferner zu berathenden Propositionen mitzutheilen, so wie die gegenseitigen Anträge und

116 Anlage II. Auszug aus dem Landtags=Abschied

Wünsche derselben entgegen zu nehmen und darüber das Weitere zu verhandeln und bis zu Unserer Ratification zu concertiren.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Fürstlichen Geheime=Canzlei=Siegels.

Carlton House, den 25sten April 1820.

(L. S.)

George. R.

E. Graf von Münster.

Anlage II.

Auszug aus dem Landtags=Abschied vom
28^{ten} Juni 1702.

Zu wissen: Als bei den Durchlauchtigsten Fürsten und Herren, Herrn Rudolph August und Herrn Anton Ulrich Gebrüdern, Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg, Dero getreue Landschaft verschiedene gravamina unterthänigst eingebracht und Dieselben sich darauf gnädigst erklärt, derselben darunter alle landesfürstliche und väterliche Hülfe wiederfahren zu lassen, daß es bei der für dasmal mit den aus dem Mittel der Landschaft von Prälaten, Ritterschaft und Städten dazu Deputirten verschiedener Landesangelegenheiten halber gepflogenen Communication solche gravamina zugleich folgendergestalt erörtert und verabschiedet worden: nämlich

1) gleichwie — — — —

6) Und wie höchstgedachte Ihro Durchl. Durchl., was sowol die Anlage der neuen Collecten an sich, als auch den modum collectandi und die Erfüllung solcher Anlagen betrifft, es bei demjenigen, was in den Landtags-Abschieden, in specie anno 1419, 1500, 1572, 1597 und 1598 deshalb disponirt, ohnveränderlich bewenden lassen; also declariren hiermit ausdrücklich Dieselbe, daß absque praescitu et consensu statuum dergleichen nicht angelegt, noch ratione modi collectandi einige Aenderung gemacht, auch an die jedesmalige Districts-Commissarios, damit dieselben (daß bei deren particularen Eintheilungen eine Dorffschaft vor der Andern zur Ungebühr nicht übersezt werde) um soviel besser beobachten können, von solchen Aenderungen, nicht weniger auch zu dergleichen Zweck, bei Verlegung der Cavallerie von deren Einquartirungs-Repartitionen jedesmal zeitige Nachricht gegeben werden solle. — — — —

31) Erklären oft höchstgedachte Ihro Durchl. Durchl. circa rationem expediendi negotia publica sich hiemit gnädigst dahin, daß hinführo alle dahin gehörige Sachen im geheimen Rathe tractiret, und daselbst loco consulto die capita deliberanda ausgemacht, und die libera vota erörtert, das conclusum mediante protocollo Ihnen beiderseits, wofern sie nicht selbst zugegen, zugefertigt und Dero Befehl und Genehmhaltung darüber erwartet, und dann, wenn Ihro Durchl. Durchl. beiderseits das Conclusum unanimiter agreiren, solches zur Execution gebracht werden solle &c. — —

So geschehen Wolfenbüttel, den 28sten Junii 1702.

(L. S.)

Rudolph August.

Anton Ulrich.

Christian Specht, Abbas Riddagshusanus. — Gebhard Levin Lüddecke, Brunsv. Consul et Syndicus. — Friedrich von Steinberg. — Eduard Ernst Friedr. v. Weserling. — Richard Seiden, Helmstad. Consul et Syndicus.

Anlage III.

Gesammter Landschaft Privilegia und Befugnisse, vom 9^{ten} April 1770.

Von Gottes Gnaden, Wir Carl Herzog zu Braunschweig und Lüneburg ic. für Uns, Unsere Fürstl. Erben und Nachkommen an der Landesregierung; Urkunden hiermit: Was gestalt Namens Unserer getreuen Landschaft von Prälaten, Ritterschaft und Städten, die aus derselben zu dem vorgewesenen Landtags-Geschäfte deputirten Stände Uns im Monat Julius des nächstverfloffenen 1769sten Jahres einen aus den Landtags-Abschieden, fürstlichen Reversalen, Verordnungen, Resolutionen, Begnadigungen und Documenten, auch hergebrachter Gewohnheit, zusammengetragenen Extract der, vorgedachter gemeiner Landschaft zustehenden Privilegiorum, Freiheiten und Gerechtigkeiten überreicht, mit beigelegter unterthänigster Bitte, daß Wir über sothane, sowohl Unsere getreue Landschaft insgesamt, als eine jede Curiam besonders betreffende Privilegia, Freiheiten und Gerechtigkeiten, wie sie in einen Auffatz zusammengebracht und oberwähntermaaßen Uns unterthänigst eingereicht worden, Unsere Landesfürstliche Confirmation zu ertheilen in Gnaden geruhen mögten. Als Wir nun schon zum voraus während Unserer Regierung durch die That bezeugt und diesesmal gnädigst versichern lassen, wie Wir allerdings gemeinet, Unserer getreuen Landschaft der ihr zustehenden Privilegien, Freiheiten und Gerechtigkeiten ruhiglich genießen zu lassen, auch den mit Unserer getreuen Landschaft von Zeit zu Zeit und noch zuletzt von Uns in diesem Jahre verglichenen Landtags-Abschieden, Recessen und andern verbindlichen compactatis, auch vorhandenen Landesfürstlichen Reversalen ohnverbrüchlich nachzukommen, und darüber mit allem Ernst und Nach-

druck zu halten, mithin Wir sothanem unterthänigsten Ansuchen in Gnaden statt geben: So haben Wir den vorhin gedachten Extract sothaner Privilegiorum, Freiheiten und Gerechtigkeiten, nachdem solcher mit den dabei angeführten Documentis zusammengehalten, auch mit dem in diesem Jahre neu errichteten Landtags-Abschiede verglichen, was nach solchem einer Aenderung oder Ergänzung bedurft, geändert und ergänzt, mithin dadurch alles in Richtigkeit und Gewißheit gesetzt, auch aus besondrer gnädigsten Zuneigung für unsre getreue Landschaft verschiedene neue Begnadigungen hinzugethan worden, diesem zu inseriren gnädigst befohlen, inmaassen denn solcher von Wort zu Wort folgendergestalt lautet:

Gesamelter Landschaft Privilegia und Befugnisse.

I. In Ecclesiasticis und Religionsachen zc.

II. In Politicis und Justizsachen.

Art. 6. Se. Durchl. sind gnädigst geneigt, durch Dero Fürstl. Geheimenrätthe, so oft es dazu Gelegenheit geben wird, wo nicht dem größern, dennoch dem engern Ausschusse von dem statu publico und vorkommenden Reichs- und Kreis-affairen, wie auch sonst in Krieg und Frieden angehenden Sachen, und bei allen, dem Vaterlande zustehenden Nothfällen, vertrauliche Nachricht ertheilen zu lassen, wohingegen sie, auch alle und jede Stände, welche außer ihnen zu Rathe gezogen werden möchten, nicht nur als getreue Patrioten, alles in sicherm silentio bei sich zu behalten, sondern auch als nati et perpetui patriae consilarii den verlangten Beirath nach ihrem besten Wissen und Gewissen zu ertheilen haben.

Art. 7. Der gnädigste Landesherr wollen keine Dörfer, Schlösser u. dgl. und andere ansehnliche Stücke des Herzogthums vergeben, noch alieniren, es geschehe denn mit Wissen, Willen und Vollwort der Prälaten, Ritterschaft und Städte. Auch wollen höchstgedachter Landesherr in casu belli defensivi, mit Vorbewußt und Einrathung der Landschaft die nöthigen Mittel vorsehen, wogegen getreue Landschaft in vorkommenden Kriegsnothen zu Errettung und Vertheidigung

des Vaterlandes dem Herkommen gemäß das ihrige zu thun und anzuwenden, ohnvergeffen und bereitwillig ist und bleibt 2c. 2c.

Art. 9. Der gnädigste Landesherr wollen von getreuen Ständen die Erbhuldigung nicht eher verlangen, bis dieselben wie über den punctum primogeniturae, also über das pactum Henrico-Wilhelmianum hinlänglich affecurirt worden sind.

Art. 10. Wie die gnädigsten Landesherrn getreue Stände jederzeit als perpetuos patriae consiliarios, welche die Pflicht auf sich haben, zu Sachen, die des Vaterlandes Wohlfahrt und Bestes betreffen, ihren Rath, so oft sie gefragt werden, nach bestem Wissen und Gewissen zu ertheilen, bei Abfassung landesfürstlicher Geseze und Verordnungen von Zeit zu Zeit in Rath genommen haben; so sind des Herrn Herzogs Durchl. nicht weniger gnädigst geneigt, so oft es die Umstände nöthig und rathsam machen, der getreuen Stände Gutachten zu vernehmen und sich ihres Beiraths zu bedienen. —

Art. 14. Die Landesfürstliche Proposition bei Landtagen, welche mit dem Gottesdienste den Anfang nehmen, wird getreuer Landtafel auf derselben Ansuchen schriftlich communicirt. Nicht weniger werden die Concepte oder Entwürfe der nach den gepflogenen Handlungen auf dem Landtage zum Schlusse gekommenen Landtags-Abschiede getreuen Ständen ad revidendum et formandum monita vor deren Vollziehung gnädigst mitgetheilt. Ueber die Landtags-Abschiede selbst soll cum effectu gehalten, und deren Inhalt jederzeit unabbrüchig nachgesetzt werden. Wenn über den eigentlichen Sinn eines Landtags-Abschiedes Irrungen entstehen, soll, da derselbe eine reciproque Verbindlichkeit mit sich führet, niemals eine einseitige Interpretation statt finden.

Art. 15. Die gnädigst confirmirten Schatzräthe führen ihr eignes Schatzsiegel, welches gleichwohl nach abgetragenen Schulden an die Fürstl. Regierung zurückzuliefern ist, und bis dahin in Verwahrung des Stiftes Sti. Blasii bleibt.

Die Schatzräthe haben Macht, Gelder aufzuleihen und Versuren damit zu machen, deßfals ihnen jedoch Fürstl. Schutz gebühret, also daß Sie und die Ihrigen, wenn sie sich auch gleich als Bürgen unterschrieben hätten, weiter nicht

als jemand anders von der Landschaft, verbunden bleiben. Das Collegium des engern Ausschusses und Schatzrathes soll in seiner Consistenz und Autorität geschützt und erhalten, und demselben in dem, was de modo exsequendi und insonderheit wegen der in allen Districten verordneten perpetuirlichen Executoren vorgeschlagen, gewillfahrt werden.

Sie setzen und entsetzen indessen die Schazeinnehmer, wie auch andre bei der Biersteuer und Brantweinsaccise benötigten Beamten und Executores, nehmen die Schatzrechnungen der vier Districte ab, nehmen auch interimweise die Landrenterei-Rechnung, Biersteuer-Rechnung und Brantweinsaccise-Rechnung, imgleichen die landschaftliche Wittwenkasse-Rechnung, auch Wegebetterungsscaffe-Rechnung von dem Landrentmeister ein.

Auch wird von ihnen, mit Zuthuung des Größern Ausschusses aus gemeiner Landschaft, ein landschaftlicher Syndicus per majora erwählet und gesetzt, und nach der Bestallung, welche einem Jeden ertheilet wird, erlassen oder nach dem Befinden entsetzet. Die geschehene Wahl des landschaftlichen Syndici wird dem gnädigsten Landesherrn jedesmal gemeldet, auch, wenn der Syndicus den Erbhuldigungseid noch nicht geleistet hätte, solcher bei Fürstl. Geheimerathsstube abgenommen. Die Wahl des Landrentmeisters wird von dem Engern und Größern Ausschusse vorgenommen, darauf dem gnädigsten Landesherrn der gewählte vom Engern Ausschusse zur gnädigsten Confirmation präsentirt, auch von demselben die Instruction für den Landrentmeister abgefaßt, unterschrieben, mit dem Schazsiegel besiegelt, und zur gnädigsten Prüfung und Ratification eingesandt, welche darauf unter des höchsten Landesherrn Unterschrift und beigedrucktem Canzlei-Siegel expedirt wird, mit deren Inserirung der neue Landrentmeister, von welchem Sr. Durchl. und getreuer Landschaft zugleich, der Diensteid in Fürstl. Geheimerathsstube in Gegenwart des Engern Ausschusses geleistet wird, seinen Revers ausstellt, und dem engern Ausschusse zur Aufbewahrung einliefert. Die Entsetzung des Landrentmeisters aber wird begebenden Falls von der getreuen Landschaft unter des gnädigsten Landesherrn Ratihabition vorgenommen.

Nicht weniger ist getreuer Landschaft frei gelassen, nebst

dem von dem gnädigsten Landesherrn bei der Kriegscasse bestellten Kriegs-Commissario einen Neben-Commissarium, der monatlichen Contribution halber, zu bestellen, welcher sowohl in der gnädigsten Herrschaft, als auch in der Landschaft Pflichten steht. Imgleichen wird der Proviant-Verwalter von getreuer Landschaft erwählt, welcher ebenfalls sowohl in des gnädigsten Landesherrn, als der Landschaft Pflichten steht.

Die unter Landesherrlicher Autorität verordneten Brandversicherungs-Anstalten werden von dem engern Ausschusse dirigiret; die aus der Landrenterei vorgeschossenen und wieder aufzubringenden Gelder, nebst den aufgehenden Kosten repartiret, ausgeschrieben, die dabei erforderlichen Bedienten bestellt, die repartirten Gelder bei der Landrenterei-Casse eingehoben, auch die Rechnungen über solche Brandversicherungs-Gelder abgenommen.

Das Collegium der Schakrätthe und sogenannten Engern Ausschusses bestehet aus dem Decano und Capitul-Gemeine des Stifts St. Blasii von und wegen der Prälaten, dreien Personen von und wegen der Ritterschaft und der Stadt Helmstedt von und wegen der Städte; und haben des gnädigsten Landesherrn Durchl. die Fürstl. gnädigste Versicherung von sich gegeben, daß solcher numerus nicht vermehrt werden, sondern es dabei ferner und inskünftige sein unveränderliches Verbleiben haben, und alles, so dem zuwider von ein und andern erschlichen werden möchte, pro sub- et obreptio declariret und aus gutem Vorbedachte cassiret und aufgehoben seyn soll.

Der sogenannte große Ausschuss bestehet aus vier Prälaten, neun Personen von der Ritterschaft und den vier Städten: Braunschweig, Schöningen, Seesen und Königs-lutter, und werden, wenn in den ersten beiden curiis Praelatorum et Nobilium eine Vacanz vorfällt, von jeder Curie zur Ersetzung der bei ihr vacirenden Stelle, andre Personen erwählt, und der gnädigsten Herrschaft zur Confirmation unterthänigst präsentirt.

Wenn eine Stelle im Ausschusse oder von den Schatz-verordneten vaciret, und die Landstände jemand dazu vorschlagen, der gnädigste Landesherr auch denselben approbirt;

soll keiner ohne erhebliche Ursache sich dessen verweigern, sondern sich dazu gern brauchen lassen.

Art. 16. Alle Landesrechnungen, als der Kriegescassen Rechnung über die Contribution und was dazu gehört; die monatlichen Milizrechnungen, Proviandrechnung, Commisbäckerei-Rechnung, Landrenterei-Rechnung, Biersteuer-Rechnung, Brantweinsaccise-Rechnung, die zu jeder der angeführten Rechnungen gehörigen Wittwencassen-Rechnungen, werden, nachdem die Miliz-, Kriegscassen-, Proviand-, Commisbäckerei-, die dazu gehörigen Wittwencassen- und specifiqen Wegebetterungs-Rechnungen vorher getreuer Landschaft communiciret, jährlich auf Convocation des Engern Ausschusses und zweener Stände jeder Curie des Größern Ausschusses in deren Gegenwart in Fürstl. Geheimenrathsstube abgenommen.

Die Rechnungen von den Wegebetterungen sollen getreuen Ständen, da aus den Landescassen dazu ein beträchtlicher Zuschuß verwilligt, der Abrede gemäß communiciret werden.

Art. 18. Getreuer Landschaft ist gestattet, sich zur Berathschlagung der Landesnothdurft, vermöge hergebrachter alter Freiheit, in zugelassenen Fällen zusammen zu bescheiden, welches für keine verbotene Conventicula und Conspiraciones gehalten werden sollen.

Art. 19. Wenn von getreuen Ständen wohlgemeinte und geziemende Erinnerungen geschehen, soll solches ihnen niemals übel genommen werden; es tragen aber Se. Durchl. zu Dero getreuen Ständen das gnädigste Vertrauen, daß sie ihre etwa nöthig zu seyn erachtete Erinnerungen mit gebührendem Respecte und anständigen Ausdrücken vorbringen lassen werden; und versichern hingegen gnädigst, daß Sie solchen Falls selbige in Ungnaden nicht aufnehmen, noch getreue Stände deswegen beungnadigen oder zu ihrem Nachtheile Ihnen etwas beibringen lassen wollen.

Art. 21. Getreue Landschaft ist nicht gehalten, diejenigen contrahirten Schulden, so ohne Landesnoth und also zum Ueberflusse, ohne deren Consens gemacht worden, zu übernehmen.

Art. 23. Anlagen und Schatzungen, welche entweder

die Grundstücke des Landes, *necessaria vitae*, oder sämtliche Einwohner des Landes, oder doch den größten Theil derselben betreffen, mithin gemeine Lasten sind, sollen andrer gestalt nicht, als unter vorhergegangener Communication auf offenen Landtagen und darauf erfolgter Bewilligung aller Stände ausgeschrieben und aufgebracht werden.

Getreue Landschaft ist auch nicht schuldig, über die bewilligte Zeit mit den Schatzungen und Anlagen zu continuiren, sondern es cessiren dieselben nach abgelaufener Zeit von selbst.

Art. 24. Nach Fürstl. Reversalen, Verträgen und Grundsätzen sind getreue Stände zu keinen andern Schatzungen und Steuern, als zu Reichs-, Kreis- und Prinzessinnen-Steuern, und zu demjenigen, was zur nothwendigen Defension des Vaterlandes gehört, verbunden. Ueber die außer solchen etwa eintretende gemeine Bedürfnisse, wird mit getreuer Landschaft zuvor auf Landtagen deliberirt, und werden ohne derselben Vorwissen und Bewilligung keine Landes-schatzungen und Steuern ausgeschrieben.

Soviel die auf gemeinen Reichstagen bewilligten Reichs-steuern, imgleichen die Kreissteuern betrifft, wozu das hiesige Herzogthum beizutragen schuldig ist, lassen der gnädigste Landes-herr es bei dem Herkommen und üblicher Aufbringung und Abtragung derselben bewenden, und wollen zur weitem Besorgung des nöthigen dem Engern Ausschusse der Landschaft den Reichsabschied oder Reichschluß, worin die Bewilligung geschehen, nicht weniger die Abschrift von den Quitungen ertheilen lassen, welche über die ausgezahlte Kreissteuer eingegangen sind. Wie in Ansehung des *modi convocandi* der getreuen Stände *articulo 41.* des heutigen Landtags-Abschiedes die völlige Vorsehung gemacht ist; so hat es dabei sein Bewenden. In Betracht des *modi collectandi*, falls dieserhalb, oder wegen sonst außerordentlich zu bewilligender Landesanlagen eine Aenderung oder ungewöhnlicher Vorschlag gemacht werden sollte, soll darüber und durch welchen modum das Bewilligte aufzubringen, mit gesammten Ständen gehandelt und geschlossen werden, wonach die Ausschreiben ins Land ergehen sollen. Es soll auch an die verordneten Districts-Commissarien von solchen Ver-

änderungen, damit eine Dorfschaft vor der andern nicht überseht werde, wie auch zu dergleichen Zweck, bei vorzunehmender Verlegung der Cavallerie, von deren Einquartierungen jedesmal zeitige Nachricht ertheilt werden.

Art. 25. Getreue Landschaft ist nicht schuldig eine höhere Prinzessinsteuer als Zwanzig Tausend Fürstengulden an currenter Landesmünze, jedoch in Sorten, wenigstens von 4 Ggr. Stücken, für eines wirklich regierenden Durchlauchtigsten Landesherrn Prinzessinnen Töchter, es sey bei Deroselben Leben, oder nach Dero von Gott verhängtem Ableben, auf gnädigstes Ansinnen des jedesmal regierenden Herzogs Durchl. und für die Prinzessinnen Töchter des jedesmaligen Durchlauchtigsten Herrn Erbprinzen gegen die im Fürstl. Hause hergebrachte Verzicht herzugeben, und bedarf es dieserhalb, da sowohl die Summe, als der modus collectandi nach dem Römerzuge, bei welchem es sein Verbleiben hat, ausgemacht und in Uebung ist, keiner vorgängigen Landtäglichen Deliberation oder Bewilligung, sondern es wird über das vorsehende Ausschreiben dem Herkommen nach, nur mit dem Engern und Größern Ausschusse Abrede genommen. Die Schmuckgelder und was zur übrigen Aussteuer und zum Beilager erfordert wird, aufzubringen, ist getreue Landschaft nicht schuldig, sondern es wird solches von der Fürstl. Cammer übernommen. Die Prinzessinsteuer wird binnen Jahr und Tag bezahlet und bis dahin nicht verzinset.

Art. 45. Der gnädigste Landesherr wollen den Kriegs-Stat also einrichten, daß derselbe den Kräften des Landes gemäß sey, und daß die Ausgabe bei der Kriegscasse die Einnahme derselben niemals übersteige, wie denn die aus dem Lande auffkommende Einnahme bei der Kriegscasse ohne Vorwissen und Bewilligung getreuer Stände niemals vergrößert werden kann.

Art. 46. Wenn über den schon festgesetzten Fuß eine Augmentation der Landmiliz jemals nöthig gefunden werden sollte, geschieht solches nicht anders, als mit Einrath und Bewilligung getreuer Stände, wie denn auch, so viel den Gebrauch der Landmiliz betrifft, es bei den vorhandenen Ausschufsordnungen sein Bewenden hat.

Art. 47. Wenn der gnädigste Landesherr aus landes-

126 Anlage III. Gesammter Landschaft Privilegia von 1770.

fürstlicher Macht beträchtliche Festungsbaue zu unternehmen nöthig findet, sollen getreue Stände über die dazu gehörigen Mittel jedesmal gnädiglich gehört werden.

Art. 64. Wenn sich eine Vacanz im Schatz-Collegio unter den adlichen Schatzrathen ergiebt, werden vom Engern Ausschusse, die im Collegio des Größern Ausschusses befindlichen adlichen membra und dazu noch so viele aus der Ritterschaft, dazu jedoch der höchste Landesherr, wegen Dero Patrimonialgüter oder Aemter und Fürstl. Güter, die in der Rittermatricul befindlich sind (vorbehältlich jedoch des Erscheins bei allgemeinen Landesversammlungen) nicht mitgezogen werden, ausgeschrieben, daß selbige mit dem größern Ausschusse der Ritterschaft majorem partem des corporis nobilium ausmachen, von welchen nebst dem Engern Ausschusse zur Schatzrathswahl dergestalt geschritten wird, daß von ihnen zwei membra aus der Ritterschaft des Größern Ausschusses, nach der Vielheit der Stimmen gewählt, und dem gnädigsten Landesherrn zur Confirmation unterthänigst präsentirt werden, welche nach Höchstedenenselben zustehenden Election Serenissimus einem derselben gnädigst ertheilen wollen &c. &c.

So geschehen und gegeben in Unserer Stadt Braunschweig, den 9ten April 1770.

Carl,

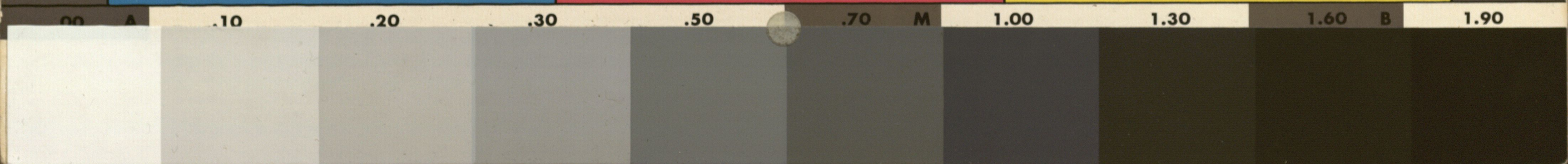
(L. S.)

Herz. zu Br. u. Lüneb.

H. B. v. Schließadt.

KODAK GRAY SCALE

C	Red-Filter Negative	Cyan Printer	M	Green-Filter Negative	Magenta Printer	Y	Blue-Filter Negative	Yellow Printer
----------	---------------------	--------------	----------	-----------------------	-----------------	----------	----------------------	----------------



black	3-color	white	cyan	violet	magenta	primary red	yellow	green
-------	---------	-------	------	--------	---------	-------------	--------	-------

KODAK COLOR CONTROL PATCHES

These colors have been selected as representative of those most commonly used in photomechanical reproduction.